

Die Politische Meinung



EUROPA?

—
Und ob!

ZUM SCHWERPUNKT Norbert Lammert, Anmerkungen zur Lage Europas und der Demokratie; Aleida Assmann, Die Europäische Union, ihre Nationen und die Menschenrechte; Burkhard Balz, Reformen für eine krisenfeste Währungsunion

INTERVIEW Manfred Weber, Für ein starkes und bürgernahes Europa; Ralph Brinkhaus, Parteipolitische Perspektiven des Jahres 2019

PANORAMA Sabine Thillaye, Für ehrliche Debatten in Frankreich und auf europäischer Ebene; Angelo Bolaffi, „La Lunga Notte dell’Italia“; Agnieszka Łada, Die Polen und die Europäische Union; Anthony Glee, Der Brexit – persönlich genommen

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Ich glaubte, es käme nichts mehr“, rechtfertigt sich Hanno, als er im Familienbuch der Buddenbrooks einen Schlussstrich unter seinen Namen zieht. Thomas Manns Roman stand im Kontext einer Geistesströmung, die bereits Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg Endzeitstimmung verbreitete. Ergeht euch dem Niedergang, so lautete die Botschaft, selbst wenn die Konturen neuer Verhältnisse – etwa in Gestalt der vulgären Buddenbrook-Konkurrenten Hagenström – wenig Gutes verhiessen.

Heute werden auf Europa und den Westen vorzeitige Nekrologe verfasst. Brexit-Chaos, Shutdown und neue Handelskriege bieten aktuell den Stoff, um die Verfallsthesen zu untermauern. Längst sind politische Hagenströms in Regierungen vorgedrungen. Nach den Europawahlen im Mai droht, dass Europaskeptiker und -feinde zumindest einen mächtigen Block im Europäischen Parlament bilden könnten, der das Einigungsprojekt von innen heraus bekämpft.

Selbst Europa-Enthusiasten geraten in Zweifel. Sind sie, wie Hanno, weltflüchtige Spätlinge einer schon verlorenen Zeit? Manche wollen dem Defätismus mit geübten Beschwörungsformeln oder neuen Narrativen begegnen, merken dabei aber nicht, dass sie damit die Aushöhlung europäischer Fundamente mitbetreiben. Wer nur so auf den Ansturm des Kontrafaktischen und die Militanz der Vorurteile reagiert, begibt sich selbst auf die schiefe Ebene der Vereinfachungen, der es zu entrinnen gilt. Europa darf begeistern, muss aber zunächst einmal überzeugen. Dazu gehört nicht zuletzt, dass sich alle Personen und Institutionen, die in und für die Europäische Union Verantwortung tragen, die Frage stellen: Was könnte der eigene Anteil am Misstrauen sein?

Die von Psychologen vorgetragene These, dass Emotion stets die Ratio schlägt, kann sich eine Politik im Sinne der europäischen Idee nicht zu eigen machen. Denn sie fußt auf dem aufklärerischen Leitbild des „animal rationale“ – selbst wenn die konkrete Anschauung dem allzu oft widersprechen mag. Das „Konstrukt“ des freien, sich vernünftig verhaltenden Bürgers gehört zu den Errungenschaften, die es gegen Irrationalität und Affekte mit allen Kräften zu bewahren gilt.

„Stay“ lässt ein Jungdesigner auf rote Schirmmützen nähen, die wohl nicht zufällig an die Kappen erinnern, wie sie Donald Trump im Wahlkampf trug. So wacklig scheint dieses „Konstrukt“ dann doch nicht zu sein: Wenn sich heute wiederum die Konturen neuer Verhältnisse abzeichnen, gewinnt die Europäische Union an Zustimmung. Sie ist laut dem Eurobarometer so beliebt wie seit 25 Jahren nicht mehr.

Die Wahl im Mai ist eine Schicksalswahl, doch steht das Schicksal – anders als bei den Buddenbrooks – nicht unausweichlich fest. Es ist von nicht geringer Bedeutung, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile, die Europa auch im Kleinen mit sich bringt, vor Augen zu führen. Doch zweifellos müssen auch die Antworten auf die großen Fragen der Zukunft skizziert werden: Europa? Und ob! Es kommt noch was.

Bernd Löhmann



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Europa? Und ob!

14 IN ZEITEN DES POPULISMUS

Norbert Lammert

Anmerkungen zur Lage Europas und der Demokratie

19 DER EUROPÄISCHE TRAUM

Aleida Assmann

Die Europäische Union, ihre Nationen und die Menschenrechte

36 SIGNALE DES AUFBRUCHS?

Olaf Wientzek

Die politische Landschaft in der Europäischen Union im Vorfeld der Wahlen

41 UNHAPPY ISOLATION

Paul Michael Lützel

Die Schriftsteller und Europa

53 SPITZENREITER MIT REFORMBEDARF

Bodo Herzog

Die Europäische Union und die Weltwirtschaft

61 HANDELN UND HAFTEN

Burkhard Balz

Reformen für eine krisenfesten Währungsunion

72 ANWALT FÜR DIE FREIHEIT

Hans-Gert Pöttering

Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments gestern und heute

78 NEXT GENERATION

Pencho Kuzev

Hin zum „digitalen“ Europa

83 WAHRUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Gunther Krichbaum

Neue Schutzmechanismen für einen europäischen Fundamentalwert

93 VOM „RING OF FRIENDS“ ZUM „RING OF FIRE“

Antje Nötzold

Die Europäische Union und ihre Nachbarn

98 KONFLIKTMANAGEMENT STATT KONFLIKTLÖSUNG

Frank Priess

Russland, Deutschland und die Europäische Union

Kommentiert

67 BITTE KEINE BLUMIGEN SPRÜCHE!

Lorenz Caffier

Europa und die Ostdeutschen

Interview

26 „AMBITIONIERT, ABER GEERDET“

Manfred Weber, EVP-Spitzenkandidat für die Europawahl 2019: Für ein starkes und bürgernahes Europa

110 „DER STAR IST DIE PARTEI“

Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über Aufbrüche in der CDU, neue Gemeinsamkeiten mit der CSU und parteipolitische Perspektiven

Panorama

32 PROTEST UND ZUSAMMENHALT

Sabine Thillaye

Ein Plädoyer für ehrliche Debatten in Frankreich und auf europäischer Ebene

47 „LA LUNGA NOTTE DELL'ITALIA“

Angelo Bolaffi

Groll gegenüber Europa und Deutschland

88 SOUVERÄNITÄT UND GEMEINSCHAFT

Agnieszka Łada

Die Polen und die Europäische Union

104 ZUTIEFST VERSTÖRT

Anthony Glees

Der Brexit – persönlich genommen

Erinnert

116 KLASSENKAMPF UND ISLAM

Christian Funke

Vierzig Jahre Iranische Revolution

Gelesen

121 PRAGMATISMUS UND MORAL

Alexander Brakel

Einblicke in die Persönlichkeit

David Ben Gurions

125 AUS DER STIFTUNG

128 FUNDSTÜCK



Schluss mit dem Geheule!

Kinderbuchillustratoren zeichnen für *ein Europa*

Die „EU-le“ blickt wieder in die Weite. Ihr in Großbritannien lebender Zeichner Axel Scheffler – Kindern wie Eltern spätestens durch das Monster „Grüffelo“ bekannt – war nach der Brexit-Entscheidung am Boden zerstört. Doch blieb es nicht bei dem Lamento. Mit 44 weiteren Illustratoren aus mehreren europäischen Ländern spürte er die Verantwortung, Stellung für die zuletzt ziemlich „gerupfte“ europäische Idee zu beziehen. Die Zeichnungen – naiv und emotional, teils aber auch hintersinnig – sind gar nicht so niedlich, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Axel Scheffler geht es um Ermutigung – „zu mehr Gesprächen über Geschichte und Politik, und über die Zukunft, in der unsere Kinder leben werden.“

Es mag weit stolzere Vögel als diese „EU-le“ geben, aber Weitsicht, möglicherweise sogar Einsicht könnte man ihr gleichwohl zutrauen.

Illustrationen entnommen aus: „Drawing Europe Together: Forty-five Illustrators, One Europe“, veröffentlicht von Macmillan Children's Books, 2018.

Die deutsche Erstausgabe ist am 13. Februar 2019 unter dem Titel „Zeichnen für ein Europa. Bilder von 45 Illustratorinnen und Illustratoren“ im Verlag Beltz & Gelberg erschienen.

Cover/Umschlagrückseite: © Axel Scheffler 2017, 2018

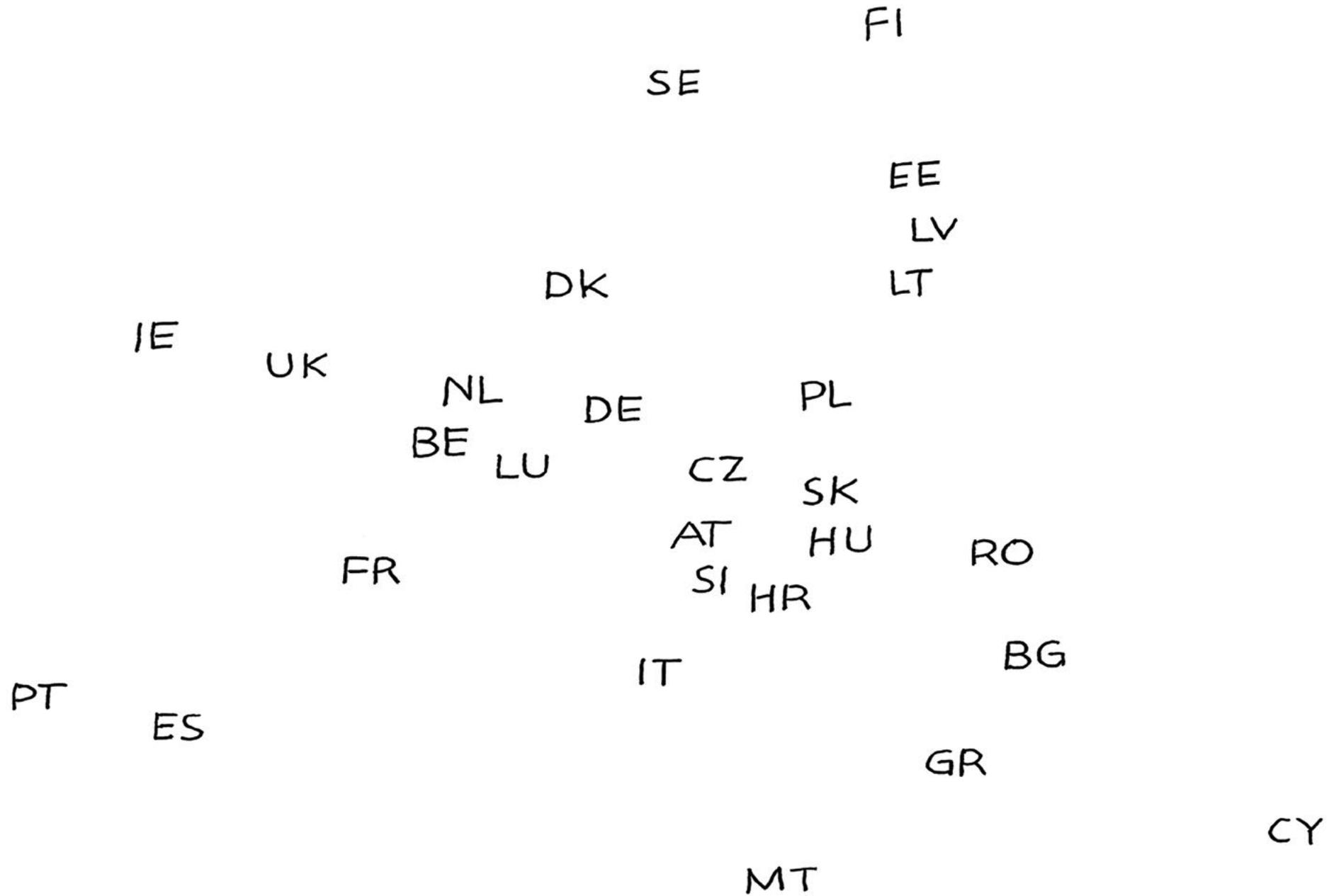
Seite 6/7: © Andreas Németh 2017, 2018; Seite 8/9: © Anne Brouillard 2017, 2018

Seite 10/11: © David Roberts 2018; Seite 12/13: © Penny Dale 2018

Europa?

—
Und ob!

28 Länder, bitte verbinden Sie selbst!





Anne Berg

W. KANE



Do grown-up dinosaurs
always know best ...
I mean, what's best for
little dinosaurs ?

Um...



In Zeiten des Populismus

—
Anmerkungen zur Lage Europas und der Demokratie

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Politiker, Parteien und Bewegungen, die sich der Vereinfachung, Emotionalisierung und nicht selten dreister Lüge bedienen, gewinnen weltweit an Zustimmung – auch in Europa, von Italien bis Schweden. Kommentatoren sprechen von der „Stunde der Populisten“. Die etablierten Parteien in den Parlamenten und zuweilen auch die repräsentative Demokratie

als solche geraten unter Druck. Der Siegeszug populistischer Parteien, die fast alle eine Renationalisierung fordern, trägt zumindest zur Verunsicherung über die weitere Entwicklung bei und wirkt zersetzend auf die Integration Europas.

Populismus ist ein Phänomen, das eine allgemeingültige Definition ebenso scheut wie der Populist das sachliche Argument. Das Thema verlangt jedoch nach Differenzierung. In demokratischen Systemen, in denen der Wähler entscheidet, von wem er regiert werden will, gehört es zur Grundorientierung

jedes Politikers, sich darum zu kümmern, was das Volk denkt. Verantwortliche Politik darf sich jedoch nicht auf Popularität als maßgebliches Kriterium reduzieren lassen. Sie muss im Interesse der Sache und der üblichen Interessen des eigenen Landes zuweilen auch unpopuläre Entscheidungen treffen.

Besonders populär sind Populisten, wenn sie „das Volk“ gegen „die Regierenden“ ausspielen: „Wir“ gegen „die da oben“. Das Unverständnis darüber, dass die vermutete „wahre“ Meinung des Volkes nicht einfach umgesetzt würde, basiert auf einem prekären Missverständnis über die Grundprinzipien der Demokratie, die den „Volkswillen“ nur im Plural kennt. Denn hier geht es nicht um vermeintliche Wahrheiten, sondern um konkurrierende Interessen und Ideen, die in einem Wettstreit nach Mehrheiten streben. Demokratische Lösungen sind weder durch autoritäre Kommandos noch im Hau-ruckverfahren zu haben, wie politische „Führer“ suggerieren. Die einfachen Patentlösungen, mit denen sie auf Stimmenfang gehen, gibt es angesichts der komplexen Herausforderungen der heutigen Zeit nicht; jedenfalls sind sie nicht sachgerecht.

Durch die Stimmabgabe für populistische Parteien bringt ein größer werdender Teil der Öffentlichkeit in ganz Europa zum Ausdruck, sich in den Parlamenten nicht mehr repräsentiert zu fühlen, ohne deshalb das politische System insgesamt infrage stellen zu wollen. Das darin zum Ausdruck kommende Empfinden in Teilen der europäischen Gesellschaft, von der parlamentarischen Willensbildung ausgeschlossen zu sein, muss man ernst nehmen. Auch und insbesondere dann, wenn Kritik übertrieben erscheint oder unberechtigt, müssen die politisch Verantwortlichen die Zusammenhänge verständlicher erläutern. Zu den vielen aktuellen Streitfragen möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage Europas und der repräsentativen Demokratie beisteuern.

Erstens: Ein Blick zurück hilft oftmals, bestehende Verhältnisse ins rechte Licht zu rücken. Unser heutiges Europa ist entstanden unter dem traumatischen Eindruck von zwei Weltkriegen mit Millionen Toten. Sie waren das Ergebnis einer jahrhundertlangen Rivalität von Nationalstaaten, die – nicht ausschließlich, aber überwiegend – in unterschiedlichen Konstellationen mit der Frage beschäftigt waren, wie man die eigene Hegemonie in Europa erreichen und behaupten könne. Heute dagegen leben wir in demokratischen Staaten in Frieden und Freiheit. Und wir haben uns längst daran gewöhnt, diesen historisch außergewöhnlichen Zustand für eine schiere Selbstverständlichkeit zu halten. Daher ist es für eine realistische Lagebeurteilung dienlich, sich hin und wieder in Erinnerung zu rufen, dass wir in einem absoluten Ausnahmezustand der europäischen Geschichte leben. Die Probleme, vor denen unsere Zeit steht, sind beachtlich. Doch sie erscheinen luxuriös im Vergleich zu den nicht gelegentlichen, sondern dauernden Herausforderungen, Verir-rungen und Verwüstungen, die diesen Kontinent jahrhundertlang gekennzeichnet haben.

Zweitens: Wenn es für die großen Veränderungen unserer Zeit überhaupt so etwas wie eine gemeinsame Überschrift gibt, dann ist es die „Globalisierung“. Der folgenschwerste – und übrigens irreversible – politische Effekt der Globalisierung besteht darin, dass die Nationalstaaten zunehmend das verlieren, was sie jahrhundertlang für den Kern ihres Selbstverständnisses gehalten haben: Souveränität. Transnationaler Terrorismus, Migrationsbewegungen, Klimawandel und Digitalisierung – dabei handelt es sich um Probleme, die kein Staat allein wirkungsvoll zu lösen vermag. In diesem Zusammenhang lässt sich der europäische Integrationsprozess auch als eine ehrgeizige, aber hochintelligente Reaktion auf den Verlust von Souveränität in Zeiten der Globalisierung verstehen. Denn durch die geteilte und gemeinsame Wahrnehmung von Souveränität erhalten die Mitgliedstaaten letztlich ihre Fähigkeit, auf die eigenen Angelegenheiten Einfluss nehmen zu können. Daher sind die Tendenzen zur Renationalisierung, die von vielen populistischen Parteien in Europa vertreten werden, anachronistisch und kontraproduktiv.

Drittens: In der Geschichte der europäischen Integration existiert zweifellos eine Asymmetrie zwischen Exekutive und Legislative. Es waren Regierungen, die Europas Einigungsprozess im Wesentlichen vorantrieben, getragen von erstaunlich weitsichtigen, von den historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege geprägten Regierungschefs, die die Autorität im eigenen Land innehatten, die Veränderungen herbeizuführen. Sie haben die Einheit Europas überhaupt erst ermöglicht.

Viertens: Im europäischen Integrationsprozess verbinden sich eine Erregung und ein Problem fast unauflösbar miteinander. Mit jeder vertraglichen Vereinbarung über den Ausbau der Zusammenarbeit der Staaten in Europa, mit jedem Vertragstext von Rom über Maastricht und Amsterdam bis zum Lissabon-Vertrag, wurden Zuständigkeiten, die eigentlich den Mitgliedstaaten obliegen, auf eine Gemeinschaft übertragen, die selbst kein Staat war und ist. Dennoch konnte und kann sie diese Aufgaben nur dann erledigen, wenn sie sich wie ein Staat verhält, was den Mitgliedstaaten bisweilen jedoch nicht gefällt, sodass die getroffenen Vereinbarungen von denjenigen, die diese Vereinbarungen selbst getroffen haben, als Zumutung empfunden werden. Das hat sich jedoch nicht wie ein Naturereignis vollzogen, sondern ist Ergebnis selbstbestimmter Entscheidungen. Daher ist es unsinnig, eine aus guten Gründen wahrgenommene Kompetenzübertragung anschließend als Kompetenzverlust zu beklagen.

Fünftens: Über einen längeren Zeitraum der europäischen Integration bestand eines der großen Ärgernisse darin, dass die gesetzgeberischen Zuständigkeiten, die in den Nationalstaaten bei den Parlamenten lagen, in Europa nicht von einem mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten europäischen Parlament wahrgenommen wurden, sondern von den Ministerräten. Dies ist spätestens mit dem Lissabon-Vertrag in einer bemerkenswerten Weise korrigiert worden. Inzwischen haben wir in Europa einen Zustand, der sich in

vielen Politikbereichen von den Mechanismen der Willensbildung und der Gesetzgebung in den demokratischen Nationalstaaten nicht mehr substantiell unterscheidet. Dazu gibt es – in den Mitgliedsländern in unterschiedlicher Weise – eine weiterentwickelte und im Falle Deutschlands auch verfassungsrechtlich abgesicherte Beteiligung der nationalen Parlamente an europäischen Angelegenheiten.

Als mit der Wiedervereinigung der Artikel 23 Grundgesetz, der den Beitritt von „anderen Teilen Deutschlands“ zum Geltungsbereich des Grundgesetzes regelte, seinen Zweck erfüllt hatte, schloss Deutschland diese Lücke mit einem Europa-Artikel. Dieser neue Artikel 23 hat in Verbindung mit einem eigenen Parlamentsbeteiligungsgesetz zur Folge, dass nach geltender Rechtslage in Deutschland die Regierung verpflichtet ist, von jeder europäischen Regelungsabsicht den Bundestag *erstens* unverzüglich und *zweitens* vollständig zu unterrichten, um dem Parlament Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Und wann immer – das ist der entscheidende dritte Punkt – der Bundestag von seinem Recht auf Stellungnahme Gebrauch macht, gilt diese für die eigene Regierung als verbindliche Verhandlungsposition. Ähnliche Regelungen gibt es in den meisten Mitgliedstaaten. Jedenfalls fällt mir auf diesem Globus keine zweite internationale Institution ein, die es an demokratischer Legitimation mit der Europäischen Union (EU) und ihren Entscheidungsprozessen auch nur annähernd aufnehmen könnte.

Sechstens: In der öffentlichen Meinung wird umfassendere direkte Beteiligung der Bürger immer öfter als probates Mittel gegen die attestierte Verdrossenheit an der Politik angesehen. Dass jedoch die gern und oft geforderten Volksentscheide die unzulässige Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge tendenziell begünstigen, manchmal sogar erzwingen und damit die ideale Plattform für populistische Stimmenfänger bilden, sollte insbesondere derjenige bedenken, der ausgerechnet im Aufweichen des repräsentativen Gedankens den Königsweg aus der Vertrauenskrise in die Politik sucht.

Das Brexit-Referendum ist ein für Europa folgenreiches Beispiel. Die plebiszitäre Urteilsbildung bringt eine Reihe von Fragen und Problemen mit sich: Direkte Demokratie setzt in der Regel überschaubare, wenig komplexe Entscheidungsgegenstände voraus, wie sie eher auf kommunaler Ebene und gelegentlich auf Landesebene vorkommen. Eine direkte Entscheidung durch Bürger erscheint in solchen Fällen sinnvoll, wenn es sich um lokal oder regional begrenzte Themen handelt, die noch dazu mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten sind. Auf nationaler, geschweige denn auf europäischer Ebene sind die zu regelnden Sachverhalte hingegen meist so komplex, dass man ihnen durch Volksabstimmungen kaum gerecht werden könnte. Hier verfügt der Parlamentarismus über den strukturellen Vorteil, in festen Verfahrensabläufen viele Auffassungen und Lösungsmöglichkeiten diskutieren zu können, bevor entschieden wird. Für die getroffenen Entscheidungen haben sich im Übrigen dann Regierungen und Abgeordnete zu verantworten,

die Bürger können sie bei der nächsten Wahl sanktionieren. Für Volksscheide hingegen kann niemand verantwortlich gemacht werden.

Siebtens: Europa ist nicht nur eine „Kopfsache“, sondern vor allem auch eine Herzenssache. Ein Verweis auf wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten reicht nicht aus; Europa muss emotional begründet werden. Auf diesen Sachverhalt wies 2006 schon der frühere österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hin: „Europa darf sich nicht nur wirtschaftlich begründen. Europa war früher ein Herzthema: ‚Nie wieder Krieg‘. Heute ist es ein KopftHEMA, oder es ist heruntergerutscht zum Portemonnaie: Was nützt mir das? Was habe ich davon? Das ist tödlich.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Juni 2006, S. 4)

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden nicht wenige der Populisten antreten, die die europäische Integration grundsätzlich infrage stellen. Die Folgen für die EU könnten verheerend sein. Dabei ist der Zeitpunkt für ein schwaches Europa denkbar ungünstig, denn die gerade im Entstehen begriffene multipolare Weltordnung verlangt nach einer handlungsfähigen EU, die ihre Position im internationalen System selbstbewusst einfordert. Angesichts dessen und in Zusammenhang mit dem Schwinden nationalstaatlicher Souveränität durch die Globalisierung sowie durch transnationale Herausforderungen, vom Klimawandel bis zum internationalen Terrorismus, ist „mehr Europa“ – auch und gerade im Bereich einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – im vitalen nationalen Interesse jedes EU-Mitgliedstaates.

Wie kann dem europäischen Vertrauensverlust begegnet werden? Durch das Ernstnehmen von Kritik; durch das verständliche Erklären von Zusammenhängen; durch gute Argumente, pointiert und beherzt vorgetragen; durch Widersprechen bei unzulässigen Vereinfachungen; und durch Kompromissfähigkeit – in der Einsicht, dass es die eine Wahrheit, wenn überhaupt, nur ganz selten gibt.

Möglicherweise ist die Trendwende in Europas Bevölkerungen bereits eingeleitet. Eine regelmäßige repräsentative Umfrage des amerikanischen *Pew Research Center* zeigt, wie die Zustimmung der Europäer zur EU 2010 bis 2016 deutlich gesunken, dann aber bis zum Frühjahr 2017 wieder erheblich gestiegen ist. „Wenn wichtige Nachbarländer sich in Diktaturen verwandeln und außenpolitisch immer aggressiver auftreten und gleichzeitig der Eindruck entsteht, man könne sich auf den wichtigsten Bündnispartner nicht mehr verlassen, wird der Ärger über kleinliche Vorschriften für den Lebensmittelhandel nachrangig“, kommentiert Thomas Petersen diese Entwicklung im *Jahrbuch der Europäischen Integration 2017*. Es bleibt zu hoffen, dass sich der gestärkte Zuspruch der Bevölkerungen in den anstehenden Europawahlen niederschlägt: Sie entscheiden – mindestens für die nächsten fünf Jahre – über die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungsprozesses.

Der europäische Traum

Die Europäische Union, ihre Nationen und die Menschenrechte

ALEIDA ASSMANN

Geboren 1947 in Gadderbaum bei Bielefeld, Anglistin, Ägyptologin und Literatur- und Kulturwissenschaftlerin, 2018 gemeinsam mit ihrem Ehemann Jan Assmann mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet.

Vor acht Jahren erschien ein kurzes Manifest des 93-jährigen Stéphane Hessel (1917–2013) in Millionenaufgabe. Unter dem Titel *Empört Euch!* (2010 im französischen Original, deutsche Fassung 2011 erschienen) wandte er sich an die Jugend Europas und der Welt, um sie herauszufordern und zu ermutigen: „Schaut euch um“, schrieb er, „ihr findet genug Themen, euch zu empören – wie man mit den Immigrantinnen umgeht, mit ‚Menschen ohne juristische Legitimation‘ (sogenannte illegale Einwanderer), mit den Sinti und Roma. Ihr werdet konkrete Situationen finden, die euch zu kraftvollem Handeln als Bürger veranlassen werden. Sucht und ihr werdet finden!“ Hessel, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, wirkte

nach dem Zweiten Weltkrieg an der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit, die von den Vereinten Nationen (UNO) am 10. Dezember 1948 in Paris verabschiedet wurde – ein Ereignis, an das gerade wieder nach siebzig Jahren in vielen Städten Europas erinnert wurde.

Wir konnten nicht ahnen, wie aktuell gerade dieser Aufruf zur Einmischung 2015 auf dem Höhepunkt der Migrationsbewegung werden würde. Gleichzeitig müssen wir feststellen: Die Empörung hat die Seiten gewechselt. Neben einer Empörung über die Verrohung der Gesellschaft, über Ungültigkeit angesichts massenhaften Leids von Migranten und das Pokern mit Abschiebezahlen gibt es inzwischen eine Empörung gegenüber der Willkommenskultur, eine Aufrüstung der Grenzen und einen Diskurs nationaler Selbstbehauptung. Wer hätte sich je vorstellen können, dass diejenigen, die im Mittelmeer Menschenleben retten, heute kriminalisiert werden? Natürlich hat niemand das Ziel, Völkerwanderungen zu ermutigen, die ganze Kontinente entleeren und andere überfüllen. Dieses Bild ist eine gezielte Form der Propaganda, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Worum es heute tatsächlich geht, ist die Verbreitung einer neuen Grundhaltung, die auf die längst eingetretene globale Verflechtung des Weltsystems antwortet und uns auf das längst real existierende Zusammenleben in diversen Gesellschaften einstellt. Die Empörung, die sich gegen eine zunehmende Verflechtung von Menschen unterschiedlicher Herkunft richtet, setzt auf Abschottung, auf die Reinheit der Nation und auf nostalgische Visionen von Heimat. Dieses Denken ist rückwärtsgerichtet. Man will das Rad der Geschichte zurückdrehen und fordert dabei, dass wir abrupt vergessen, was wir in siebzig Jahren Umgang mit Demokratie und Menschenrechten gelernt haben.

VIER LEHREN DER GESCHICHTE

1918 sind aus der Konkursmasse der alten Imperien viele neue Nationalstaaten entstanden. Mit dem Begriff der Nation verbanden sich dabei gegensätzliche politische Programme: Die einen forderten ethnische Homogenität und erzwangen den Austausch von Bevölkerungsgruppen (wie die Türkei, Serbien oder Rumänien), andere (wie Deutschland und Österreich) erhielten zum ersten Mal eine Verfassung und wurden zu Demokratien. Demokratien sind, wie wir an der Geschichte der 1930er- und 1940er-Jahre gesehen haben, kein Bollwerk gegen autoritäre Bewegungen. Auch heute lautet die Grundfrage: Wie können wir die Demokratie in Europa und der Europäischen Union (EU) in ihrer Krise stützen und retten? Wie können wir entschlossen umsetzen, was wir in siebzig Jahren Umgang mit Demokratie und Menschenrechten gelernt haben?

Dafür werden inzwischen zwei unterschiedliche Strategien vorgeschlagen. Die einen erklären angesichts autoritärer nationalistischer Bewegungen

die Nation zum Grundübel und zur Ursache der Fehlentwicklung in der Geschichte und wollen sie deshalb abschaffen. Sie setzen auf die Europäische Union als einen übergreifenden Staat und als Steuerungsinstrument eines Verbundes von Regionen, die ihre Nationen aufgelöst haben. Dieses Denken nenne ich utopisch und meine das keineswegs negativ. Ernst Bloch hat gesagt: „Eine Landkarte, auf der das Land Utopia nicht eingezeichnet ist, verdient keinen Blick!“ Dennoch kann ich mich dieser Idee nicht anschließen. Mein Weg ist ein anderer; er verteufelt die Nation nicht, sondern setzt auf sie als Träger der Demokratie und orientiert sich dabei an konkreten Lehren aus der Geschichte. Meine These ist nämlich, dass diese Geschichte ein Potenzial enthält, das für die Orientierung der Europäischen Union dringend gebraucht wird und weiterhin zukunftstauglich ist. Dafür muss es aber einmal besser bekannt gemacht werden. Unter dem Stichwort „Europäischer Traum“ habe ich deshalb an vier Lehren erinnert, die die Europäer aus ihrer Gewaltgeschichte gezogen haben – nach 1945: das *Friedensprojekt* – wie aus Todfeinden friedlich kooperierende Nachbarn werden, und das *Freiheitsprojekt* – wie aus Diktaturen Demokratien werden; und nach 1989: eine neue selbstkritische und dialogische *Erinnerungskultur* und die Umsetzung der *Menschenrechte*. Auf die Aktualität der letzten dieser Lehren, die Menschenrechte, möchte ich im Folgenden näher eingehen.

MENSCHENRECHTE SIND KEIN STABILER BESITZ

Die Menschenrechte haben keine kontinuierliche Geschichte. Es gab sie schon seit der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, der Französischen Revolution und der Revolution in Haiti. Warum mussten sie dann vor siebzig Jahren von Veteranen des Ersten Weltkriegs und Mitgliedern der französischen Résistance wie René Cassin noch einmal neu deklariert werden? Die Antwort ist einfach: weil sie immer wieder vergessen und zurückgedrängt wurden. Sie sind alles andere als ein stabiler Besitz und müssen deshalb unter neuen historischen und politischen Umständen immer wieder neu entdeckt und erkämpft werden.

Die Geschichte der Menschenrechte ist eine unterbrochene Geschichte, aber gibt es auch eine Kontinuität unter all den Brüchen. Während das Konzept der „Rechte“ weitgehend gleichgeblieben ist, hat sich das, was unter „Menschen“ verstanden wurde, im Laufe der Geschichte erheblich verändert. Es wurde kontinuierlich erweitert und auf immer neue Gruppen ausgedehnt: nicht mehr nur auf weiße Einwanderer wie noch in den Vereinigten Staaten, nicht mehr nur auf Männer wie in der Französischen Revolution, sondern nach und nach auch auf Frauen, Sklaven, indigene Einwohner, Menschen aller Hautfarben und Kulturen, Migranten, die unter dem Druck von Armut und Gewalt ihre Heimat verlassen müssen, sowie inzwischen auch auf Kinder.

René Cassin erhielt 1968 den Friedensnobelpreis. Das nahm damals in Deutschland kaum jemand zur Kenntnis. Die Stimmung war eine ganz andere. In der Zeit der Studentenbewegung waren die Menschenrechte schon wieder von der Bildfläche verschwunden. In der jugendlichen Protestbewegung spielten sie tatsächlich keine Rolle, denn auf der Agenda standen damals andere Themen: eine radikale Umwandlung des Lebensstils, der Bruch mit erstarrten Traditionen und vor allem: der globale Klassenkampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Es ging um die Befreiung der Arbeiterschaft und den Kampf gegen das Bürgertum; von Menschenrechten war damals keine Rede.

ÖFFNUNG ZWISCHEN OST UND WEST DURCH SCHLUSSAKTE VON HELSINKI

René Cassin starb 1976. Er konnte gerade noch miterleben, wie das Thema Menschenrechte wieder ins Bewusstsein zurückkehrte und auf die Tagesordnung kam – diesmal durch einen Impuls von Politikern, die sich mitten im Kalten Krieg aufeinander zubewegten, um in Europa Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinander zu schaffen. Im Rahmen einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde im August 1975 in Helsinki eine Schlussakte unterzeichnet, in der neben neuen Formen der Zusammenarbeit den Ostblockstaaten die Anerkennung der Grenzen und die gegenseitige Nichteinmischung garantiert wurde, wofür diese Staaten sich im Gegenzug zur Achtung der Menschenrechte verpflichteten. Betont wurden dabei vor allem die Lebensbedingungen in den sozialistischen Diktaturen, weshalb damals Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit an erster Stelle standen. Dieses siebte Kapitel der Schlussakte hatte Konsequenzen, die sich die Warschauer-Pakt-Staaten so nicht vorgestellt hatten. In vielen kommunistischen Staaten entstanden sogenannte „Helsinki-Gruppen“, für die diese Menschenrechtserklärung zu einem wichtigen Bezugspunkt wurde. Auf diese Weise wurde auch die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen erneuert und zur praktischen Grundlage für die Interventionen osteuropäischer Dissidenten und westlicher Menschenrechtsorganisationen.

Ein Beispiel ist die *Charta 77* in der Tschechoslowakei, eine Bürgerrechtsbewegung, der der spätere Präsident Václav Havel angehörte. Diese Gruppe setzte sich für die Rechte von Künstlern und anderen politisch Verfolgten ein. Ein weiteres Beispiel ist der Streik der Arbeiter der Lenin-Werft von Gdańsk, die unter dem Namen *Solidarność* die erste Gewerkschaft im Ostblock gründeten. Aber auch die mutigen Bürgerbewegungen in der DDR sind hier zu nennen, die mit ihrem friedlichen Protest gegen die repressiven Strukturen des Staates demonstrierten.

Kürzlich konnten wir anlässlich seiner Beerdigung den amerikanischen Präsidenten George Bush senior noch einmal in den Medien hören, wie

er 1989 sagte: „We have won the Cold War!“ Er meinte damit nicht nur „Wir Amerikaner“, sondern umfassender: Der Kapitalismus hat gegen den Kommunismus gewonnen. Das ist bis heute die Geschichte der Sieger, aber sie ist oberflächlich und birgt nur die halbe Wahrheit.

Hinter dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Erweiterung steht, so meine These, die Kraft der Menschenrechte, die damals nicht mehr nur von den maßgeblichen Politikern im Munde geführt, sondern immer öfter von mutigen Bürgerbewegungen und Aktivisten gegen ihre Staaten und weltweit eingeklagt wurden. Mit der Helsinki-Deklaration begann eine Phase der Öffnung zwischen Ost und West, die der europäischen Einigung voranging und die sie ganz entscheidend vorbereitet hat. Genau das war der Moment, als die Menschenrechte reaktiviert und als gemeinsames Fundament eines neuen, erweiterten Europas wiederentdeckt wurden. Den Kalten Krieg haben also nicht allein die Amerikaner gewonnen, sondern jene europäischen Politiker, die 1975 die Schlussakte von Helsinki unterzeichneten, und es war nicht der Kapitalismus, sondern es waren die Menschenrechte, in deren Geist die osteuropäischen Aktivistinnen und Aktivisten das Ende des Ost-West-Konflikts eingeleitet haben. Das hat der Menschenrechtsaktivist Gáspár Miklós Tamás bestätigt, der unter Ceaușescu in Rumänien lebte: „Viele Politologen sprechen davon, dass der Systemwechsel von außen und von oben kam. Unsinn. Den Systemwechsel hat zwar nicht das ganze Volk gemacht, aber wir waren damals zwei, drei Millionen Menschen, es gab Klubs, Debatten, Versammlungen, Demonstrationen, es garte unglaublich in der Gesellschaft. Dieser unbändige Freiheitswille von 1989, dieses Freiheitspathos, das war ein Augenblick von sehr großer Schönheit. Das bleibt“ (*Amnesty Journal* 12/2018, S. 67).

PATHOS DES AUTORITÄREN STATT PATHOS DER FREIHEIT

Fast dreißig Jahre später müssen wir hinzufügen: An die Stelle dieses Pathos der Freiheit ist heute in vielen mitteleuropäischen Staaten ein Pathos des Autoritären und der Nation getreten. Das Engagement für die Menschenrechte ist erlahmt und steckengeblieben. Umso wichtiger, dass wir uns heute an diese Geschichte wieder erinnern und die Vorkämpfer der Demokratie und unserer Europäischen Union würdigen. Der Kampf um die Menschenrechte vor 1989 ist ein so wichtiges Kapitel in der Geschichte der EU, weil die Ostblockstaaten eben nicht, wie es die Geschichte der Sieger will, mit dem westlichen Gut der Demokratie „beschenkt“ wurden, sondern weil sie dieses Gut selbst erkämpft und ihre eigene Utopie in die EU eingebracht haben. Heute, wo viele dieser Nationen ihr eigenes Engagement für die Menschenrechte vergessen, sollten wir uns an diese Geschichte wieder erinnern.

Der Menschenrechtsoptimismus der 1990er-Jahre ist inzwischen jedoch schon wieder Geschichte. Nach dem Niedergang der Ideologien kamen

nicht nur die Menschenrechte wieder zur Geltung, sondern auch religiöse, nationalistische und geopolitische Überzeugungen. Diese politischen Orientierungen haben gemeinsam, dass ihre Wertstrukturen und Interessen die Rechte der Individuen einschränken und die des jeweiligen Kollektivs stärken. Die Menschenrechte sind aber nicht nur von außen durch den rapiden Demokratieabbau in autokratischen Regimes bedroht, sondern auch von innen durch ihren schlechten Ruf unter Intellektuellen. Für Stefan-Ludwig Hoffmann zum Beispiel, dessen Buch über die *Geschichte der Menschenrechte* im Mai 2019 erscheint, sind die Menschenrechte „das Mantra unserer Tage. Die damit verbundenen Gedanken und Gefühle gelten stillschweigend als selbstverständliche Wahrheiten, die keiner Rechtfertigung mehr bedürfen“ („Human Rights and History“, in: *Past and Present*, August 2016, S. 1–32, und „Rückblick auf die Menschenrechte“, in: *Merkur*, Januar 2017, Heft 812, S. 5–20).

Hoffmann spricht von einem „Menschenrechtsidealismus“ und positioniert sich damit selbst außerhalb des Menschenrechts-Projekts. So kritisiert er zum Beispiel den Gebrauch der individuellen Menschenrechte als einen moralischen Kompass, der einem globalen politischen Engagement jenseits des Nationalstaats Vorschub leistet (Hoffmann, a. a. O.). Im Gegensatz zu Stéphane Hessel sieht er in der Aufrufung der Menschenrechte einen bedenklichen Interventionismus seitens selbsternannter Aktivisten. Linke Denker sprechen in markierter Distanz vom „neuen Humanitarismus“ der Menschenrechte mit seinem Fokus auf Empathie mit dem leidenden Individuum. Sie sehen darin den Totengräber kommunistischer Werte im Kampf für Fortschritt, Zukunft, Solidarität, Gleichheit und Freiheit. Während die Geschichtsvision des Kommunismus ausschließlich auf Zukunft und Fortschritt ausgerichtet ist, sind die Menschenrechte von der unmittelbaren Erfahrung, Anschauung und Erinnerung an traumatische Gewalt getragen, die gegen Einzelne und Gruppen eingesetzt wurde und weiter eingesetzt wird. Der politische Rahmen der Menschenrechte ist bestimmt durch Begriffe wie „Demokratie“ und „Zivilgesellschaft“, die im militanten linken Vokabular leider immer noch keinen Platz finden.

ERFOLGSGESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN UNION ERZÄHLEN

Nach dem Niedergang politischer Ideologien hat der amerikanische Rechtshistoriker Samuel Moyn die Menschenrechte als „die letzte Utopie“ bezeichnet. Diese Utopie steht derzeit unter starkem Druck. Angesichts des anhaltenden Syrienkriegs erklärte der UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon das Jahr 2016 zum „Katastrophen-Jahr für die Menschenrechte“. Das veranlasste ihn aber keinesfalls zur Resignation, sondern verstärkte sein Engagement und seine Botschaft, dass man die Menschenrechte dringend wieder ins Bewusstsein rücken sollte, um diesen Pfeiler der Zivilgesellschaft zu stärken.

Nicht alle Nationen sind notwendigerweise auf autoritäre Politik, ethnische Homogenität und den Ausschluss von Fremden ausgerichtet. Es gibt seit dem 18. Jahrhundert wichtige Beispiele für Nationen als konstitutionelle Demokratien, die in ihrer Verfassung nicht den Heiligen Gral der Nation, sondern die Freiheit und Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das autoritäre Bekenntnis zur Nation dagegen sprengt den Rahmen der Europäischen Union. Nachdem Europa in Staaten wie Ungarn oder Polen als eine Stütze und Sicherung für die Eigenständigkeit ihres Staats gefeiert worden war, ist es dort inzwischen zum Feindbild geworden, weil es den autoritären Typ der Nation untergräbt, der auf Stolz und Ehre des Kollektivs gegründet ist. Dieses nationale Selbstbild wird von oben politisch und pädagogisch verordnet und nicht von den freien Bürgern des Landes definiert. Der Staat monopolisiert die Öffentlichkeit, andere Stimmen kommen in den Medien nicht mehr zu Wort oder werden als unpatriotisch diffamiert, denunziert, zensiert und verfolgt. Gegen diesen antidemokratischen Typ der Nation gilt es, nicht die Nation als solche abzuschaffen, sondern die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union zu erzählen und die demokratischen Nationen stark zu machen und zu pflegen, was sie ausmacht: historische und politische Bildung, ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, die Menschenrechte, die Unterstützung von Vielfalt und den Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Europa, so meine These, muss die Geschichte kennen, aus der es nach den heißen Weltkriegen und dem Kalten Krieg hervorgegangen ist. Ohne eine europäische Verständigung über diese Geschichte und ihre bis heute anhaltenden Folgen ist es unmöglich, einen gemeinsamen Richtungssinn – und nichts anderes heißt ja Orientierung – in der aktuellen Krise zu gewinnen und eine gemeinsame Zukunft zu imaginieren. In dieser Krise ist gerade das Gegenteil von Nostalgie, feindseliger Abschottung und trotziger Abwehr gefordert: Wir müssen in allen Generationen und Schichten lernen, das, was wir besitzen, zu teilen, die Erfahrungen und Standpunkte anderer anzuerkennen und vor allem auch für neue politische und ökologische Herausforderungen konstruktive Lösungen zu finden, wenn wir in Europa und der Welt Frieden bewahren und eine gemeinsame Zukunft haben wollen.

Zum Weiterlesen

Aleida Assmann: *Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte*, C. H. Beck Verlag, München 2018.

„Ambitioniert, aber geerdet“

Für ein starkes und bürgernahes Europa

MANFRED WEBER

Geboren 1972 in Niederhatzkofen (Landkreis Landshut), seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2014 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, seit 2015 Stellvertretender Parteivorsitzender der CSU, Spitzenkandidat der CDU und CSU und der EVP für das Amt des Kommissionspräsidenten bei den Europawahlen 2019.

Ein berühmter Vers von Heinrich Heine veranlasst immer wieder zu einem vertieften Nachdenken über Deutschland. Wenn man ihn auf die Europäische Union überträgt, was würden Sie dann

sagen? „Denk' ich an Europa in der Nacht, dann ...“?

Manfred Weber: Denk' ich an Europa in der Nacht, dann freue ich mich, dass ich Europäer bin. Weil wir auf einem freien Kontinent leben dürfen, der Wohlstand für die Menschen bringt und in den letzten Jahrzehnten das Leben aller verbessert hat. Dennoch beinhaltet Europa nicht das Versprechen, sorgenfrei zu leben, sondern bedeutet, die Sorgen, Probleme und Konflikte besser miteinander lösen können.

Für den Europa-Wahlkampf ist mir aber wichtig, dass wir in keine Krisenrhetorik verfallen, sondern auch über die

Erfolge sprechen, weil wir die Menschen sonst nicht überzeugen werden. Es sind nicht zuletzt Erfolge der Europäischen Volkspartei (EVP) und ihrer einzelnen nationalen Mitgliedsparteien. In allen Ländern, die von der Eurokrise betroffen waren, haben Politiker der EVP die notwendigen Reformen durchgesetzt.

Welche Erfolge gehören in den Vordergrund?

Manfred Weber: Wenn ich mir die Leistungen der letzten zehn Jahre vergegenwärtige, als die Eurokrise uns in Anspruch nahm, dann sind das enorme Erfolge. Bis heute sind dreizehn Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden, die Neuverschuldung der Staaten liegt unter einem Prozent. Seit 2015 haben sich die Flüchtlingszahlen um über neunzig Prozent reduziert.

Der zurückliegende Europawahlkampf der CSU hatte aber eine doppelte Botschaft: Wir sind zwar grundsätzlich für Europa, aber es gibt auch sehr vieles, was uns stört ...

Manfred Weber: Die Strategie von 2014 hat viele unserer Anhänger irritiert. Unser Ansatz heute bedeutet eine Rückbesinnung auf die Grundüberzeugungen der Christlich-Sozialen Union. Seit den Zeiten von Alfons Goppel und Franz Josef Strauß ist sie eine proeuropäische Partei, die die europäische Idee mit Herz und Kopf vertritt und Europa auch gestaltet hat. Denken Sie an Franz Josef Strauß und den Aufbau des europäischen Flugzeugherstellers Airbus, an Theo Waigel, der für die Einführung des Euro mitverantwortlich war! Für ein Land wie Bayern, im

Herzen Europas, kann es keine andere Zukunft geben als eine europäische. Die CSU ist mit der CDU die Volkspartei Europas, und das werden wir in diesem Wahlkampf auch deutlich machen.

Aber ein Stück Skepsis bleibt vielleicht doch, wenn Sie sagen: „Es darf kein Weiter-so geben.“ Was darf nicht so weitergehen?

Manfred Weber: Mir ist wichtig, dass wir Europa von den Menschen her denken, nicht aus den Amtsstuben in Brüssel. Das heißt, dass wir uns den Themen widmen, die die Menschen bewegen – etwa dem Thema Sicherheit mit seinen vielen Facetten. Beispielsweise geht es um den Schutz der äußeren Sicherheit und der Grenzen. Illegale Migration muss bekämpft werden, und es muss vor allen Dingen völlig nachvollziehbar sein, wer sich auf europäischem Boden befindet.

Weil sich die günstige wirtschaftliche Konjunktur abschwächen könnte, wird auch die Frage, wie wir Arbeitsplätze sichern, wichtiger. Und als drittes Themenfeld sehe ich die Außen- und Sicherheitspolitik. Europa muss im weltweiten Kontext stärker mit einer Stimme sprechen.

Sie haben von einer „Schicksalswahl“ gesprochen. Hauptgegner sei das Gespenst des Nationalismus. Woraus resultieren die nationalistischen Tendenzen? Und was setzen Sie ihnen entgegen?

Manfred Weber: Das Gespenst des Nationalismus ist zurückgekehrt, und deshalb steht bei den Europawahlen viel auf dem Spiel. Der Rückzug ins Nationale ist ein Sich-abschotten gegen die ungeheure



Foto: © EVP-Fraktion

Veränderungsdynamik in vielen Bereichen. Die Aufgabe einer Politik der Mitte ist es, Führung zu zeigen und zu sagen, dass in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung nationale Antworten kaum mehr Durchsetzungskraft haben, sondern uns nur hemmen und abseits stehen lassen. Europa ist eine Antwort auf diese Herausforderungen und nicht das Problem. Europa macht uns stärker und die Menschen sicherer. Das müssen wir den Menschen an konkreten Beispielen vermitteln und ihnen damit Zutrauen und Sicherheit in Zeiten großer Umbrüche geben.

Sie treten als gemeinsamer Spitzenkandidat von CSU und CDU bei der Europawahl an. Welche Impulse bringen Sie für das gemeinsame Wahlprogramm der Union mit ein?

Manfred Weber: Ich freue mich, dass die CDU und CSU geschlossen in die Europawahl ziehen und den Menschen in Deutschland sagen, dass wir eine gemeinsame Idee für die Zukunft Europas haben. Wir wollen ein ambitioniertes Europa, das groß denkt, aber gleichzeitig ein geerdetes Europa, das bei den Menschen ist.

Was bedeutet, groß zu denken, aber bei den Menschen zu bleiben? Ich kann mir beispielsweise vorstellen, dass wir im Kampf gegen den Krebs alle Kräfte bündeln und dafür einen Masterplan erstellen. In fünf bis zehn Jahren wäre es aus wissenschaftlicher Sicht möglich, bestimmte Krebsformen zu stoppen. Wenn Europa die Kraft hat, Krebs zu stoppen, dann ist Europa zu Großem fähig – und zwar ganz konkret auch für die Menschen in ihrem Alltag. Über solche Bilder möchte

ich reden, solche Perspektiven möchte ich geben. Wenn Populisten mit Angst Wahlkampf machen, möchte ich es mit Realismus und begründeter Hoffnung tun.

Was unterscheidet die europapolitischen Positionen der Union von denen der SPD und der Grünen?

Manfred Weber: Da gibt es eine Fülle von Unterschieden. Die Grünen standen beispielsweise dem Binnenmarkt, der Schaffung gemeinsamer Märkte immer ablehnend gegenüber. Im Europäischen Parlament haben sie alle Handelsabkommen, die international abgeschlossen worden sind, abgelehnt. Wir vertreten dagegen die Meinung, dass Wohlstand in Deutschland nur gesichert werden kann, wenn wir offen für Export und Welthandel sind und mit einem sehr entwickelten Land wie beispielsweise mit Kanada weiter Handelsverträge abschließen können.

Mit den Sozialdemokraten sind wir einig in dem Ziel, ein soziales Europa zu schaffen. Aber die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung lehne ich beispielsweise ab, weil die Verantwortung für soziale Sicherungssysteme weiterhin in der nationalen Kompetenz bleiben muss. Diese Fragen werden wir im Wahlkampf diskutieren, um zu entscheiden, in welche Richtung der Kontinent in Zukunft geht.

In Riesa verhandelt die Alternative für Deutschland (AfD) aktuell über die Forderung eines Dexit. Wie bewerten Sie den dortigen Positionsstreit?

Manfred Weber: Es zeigt, wie gefährlich die AfD im Kern ist. Wer aktuell nach Großbritannien blickt, sieht mit aller Klarheit, wie risikoreich es ist, die Mit-

gliedschaft in der Europäischen Union infrage zu stellen. In Großbritannien herrschen wirtschaftliche Instabilität, Zukunftsängste und eine chaotische politische Situation. Daher kann man doch nicht ernsthaft einen deutschen Austritt aus der Europäischen Union in das Schaulfenster stellen, so wie es die AfD macht. Die AfD steht für Instabilität, für große politische Risiken und wirtschaftliche Sorgen.

Viel Skepsis gegen die EU speist sich aus der „Brüsseler Bürokratie“. Hat die EU zu viele Regeln oder besteht das eigentliche Problem darin, dass die Regeln nicht immer eingehalten werden?

Manfred Weber: Europa muss sich auf die großen Aufgaben konzentrieren und sich aus den Aufgaben, die Nationalstaaten, Bundesländer oder die Kommunen selbst gestalten können, heraushalten. Andererseits ist auch klar: Europa ist eine Rechtsgemeinschaft. Beschlüsse, die gefasst werden, müssen umgesetzt und eingehalten werden. Dabei spielt der Europäische Gerichtshof als unabhängige Institution eine zentrale Rolle. Wir müssen Rechte in Europa umsetzen und einhalten. Beide Punkte sind gleichwertig wichtig.

Wenn Sie ein Tableau der wichtigsten Politikfelder aufstellen müssten: Wo würden Sie Ihre Schwerpunkte als Kommissionspräsident setzen?

Manfred Weber: Ich möchte Europa zurück zu den Menschen bringen. Die wichtigsten Aufgaben sind die, die die Menschen umtreiben. Und das ist nach wie vor die Frage der Sicherung der Außengrenzen. Wir müssen die illegale Migration

beenden und trotzdem ein Kontinent der Humanität sein, der weiterhin Hilfsbereitschaft ausstrahlt. Dieser Spagat muss uns gelingen. Das zweite große Thema ist die wirtschaftliche Stabilität, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Einkommenssituation, damit die Menschen mehr Geld im Geldbeutel haben. Die Erhöhung des Lebensstandards in den Krisenstaaten, aber auch in den Staaten, in denen es den Menschen gut geht, ist nach wie vor ein großes Thema. Die künftige wirtschaftliche Prosperität ist ein zentraler Baustein für die Zukunft Europas. Der dritte Schwerpunkt betrifft die Frage, ob wir als Europäische Union außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig werden.

Sie unterstützen die Forderung eines unabhängigen Europäischen Währungsfonds. Inwieweit decken sich Ihre Vorstellungen mit den Vorschlägen Emmanuel Macrons?

Manfred Weber: Wir alle wollen die Unabhängigkeit der Eurozone stärken, und das bedeutet, dass wir einen Europäischen Währungsfonds benötigen, der von den Staats- und Regierungschefs im Dezember 2018 auf den Weg gebracht worden ist. Um es klar zu formulieren: Bei der letzten großen Eurokrise war es notwendig, den Internationalen Währungsfonds in Washington um Geld und um Know-how zu bitten. Und dabei war immer auch die Zustimmung aus dem Weißen Haus notwendig. Bei künftigen Krisen möchte ich nicht von Donald Trump abhängig sein. Ich möchte, dass die Europäer eigenständig in der Lage sind, ihre Probleme zu lösen. Und deswegen brauchen wir diesen Europäischen Währungsfonds.

Sehen Sie unterschiedliche Vorstellungen in Frankreich und Deutschland?

Manfred Weber: Ich glaube, dass der Beschluss des Europäischen Rats im Dezember eine Grundsatzvereinbarung auf dem Kontinent herbeigeführt hat. Die Frage wird sein, ob darüber hinaus weitere Akzente zur Etablierung eines gemeinsamen Investitionsbudgets in der Eurozone notwendig sind. Das sind weitergehende Fragen. Aber der Währungsfonds ist beschlossen und auch akzeptiert.

Wieviel europäische Gemeinsamkeit halten Sie in der Flüchtlingsfrage für realistisch?

Manfred Weber: Das ist eine der großen offenen politischen Fragen des Kontinents. Ich vertrete die Position, dass wir die offenen Enden endlich zusammenbinden müssen. Es gibt heute keine Diskussion mehr darüber, dass die Außengrenzen gesichert werden müssen. Dazu sind 10.000 zusätzliche Frontex-Beamte notwendig, die die Außengrenzen dort schützen, wo die Schlepperbanden intensivere Angriffe durchführen. Damit zeigen wir auch Solidarität mit den Außengrenzenstaaten, vor allem am Mittelmeer.

Auf der anderen Seite möchte ich einen Kontinent der Humanität. Ich will, dass wir legale Wege finden, Menschen in Not auch weiter in Europa aufzunehmen, kontingentiert und zeitlich befristet. Wenn wir beides tun, dann ist die europäische Bevölkerung aus meiner Überzeugung heraus auch bereit, das anzugehen. Priorität ist der Außengrenzenschutz. Wenn wir diesen sicherstellen, können wir für echte Flüchtlinge weiterhin Offenheit praktizieren.

Sie sagen, Europa muss wieder eine gemeinsame Sprache finden. Wie kann das gelingen, wenn man teils in grundsätzlichen Dingen wie Rechtsstaatsfragen auseinanderliegt?

Manfred Weber: Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Es darf in der Europäischen Union keinen Rabatt in Sachen Grundrechte geben. Deswegen haben ich wie auch meine Fraktion das Artikel 7-Verfahren gegen Ungarn und gegen Polen unterstützt. Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen und spreche mich dafür aus, einen eigenständigen, unabhängigen Rule-of-Law-Grundrechtsmechanismus in der Europäischen Union zu schaffen, der vor allem auf eine Entpolitisierung des Verfahrens abzielt und dieses letztendlich in die Hände von Richtern gibt. Es wäre eine wichtige Innovation für Europa und für das, was uns an Werten und Spielregeln am Zusammenleben in der Gesellschaft wichtig ist.

Welche Chancen hat ein Beitritt der Türkei?

Manfred Weber: Ich bin der Meinung, dass die Türkei nicht Mitglied der Europäischen Union werden kann. Wenn ich Kommissionspräsident werde, werde ich mich dafür einsetzen, die Beitrittsgespräche in Partnerschaftsgespräche zu überführen. Die Türkei ist ein wesentlicher Partner für die EU, das steht außer Frage. Aber wir müssen gegenüber der Türkei ehrlich sein und ihr vermitteln, was möglich und was nicht möglich ist.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwarten die Amerikaner mehr Engagement von den Europäern. Um-

gekehrt will sich Europa mehr auf seine eigenen Kräfte stützen. Wie soll sich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fortentwickeln?

Manfred Weber: Die Welt hat sich fundamental verändert. Wir haben mit der russischen Regierung einen Nachbarn, der bereit ist, zur Durchsetzung seiner politischen Ziele militärische Mittel anzuwenden, wie er es in der Ukraine, in Syrien und in Georgien demonstriert hat. Wir haben auf der anderen Seite einen amerikanischen Partner in der für uns so wichtigen NATO, dessen Zusagen vorhanden sind, aber immer wieder durch den Präsidenten hinterfragt werden. Deswegen steht die Grundsatzfrage im Raum, ob wir verstehen, dass wir unsere Sicherheit stärker in die eigenen Hände nehmen müssen.

Wenn die amerikanischen Freunde uns zu Recht zu mehr Engagement ermahnen, dann sage ich als Europapolitiker: Die einfachste und beste Möglichkeit, jetzt mehr Sicherheit für Europa zu schaffen, ist eine engere Zusammenarbeit bei der Verteidigung. Nicht allein, dass es viel Geld sparen würde, wenn wir in der Rüstungsbeschaffung kooperieren. Es geht auch um eine bessere Einsatzfähigkeit durch gemeinsame Strukturen – denken Sie nur an Fragen der Cyber-Defense. Deswegen ein Ja zu verstärktem Engagement, aber das heißt nicht automatisch mehr Geld, sondern zunächst mehr Effizienz, besseres Management und mehr europäische Zusammenarbeit.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 14. Januar 2019.

Protest und Zusammenhalt

Ein Plädoyer für ehrliche Debatten in Frankreich und auf europäischer Ebene

SABINE THILLAYE

Geboren 1959 in Remscheid, seit Juni 2017 Abgeordnete für „La République En Marche!“, Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung. Sie vertritt einen Wahlkreis im Departement Indre-et-Loire.

2019 wird ein Schicksalsjahr für Frankreich und Europa, so viel steht fest. Noch vor den Wahlen zum Europäischen Parla-

ment im Mai steht der Brexit bevor: Ab Mitternacht des 29. März wird Großbritannien nicht mehr Mitglied der Europäischen Union (EU) sein. Wie viele meiner Mitbürger bedaure ich die Entscheidung der britischen Wähler. Und doch haben die Verhandlungen zwischen Brüssel und London unter der Führung Michel Barniers bewiesen, dass die anderen europäischen Mitgliedstaaten trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten weiterhin

mit einer Stimme sprechen können. Dieses Bild der geeinten Union zu stärken, muss mit Blick auf die Wahlen und darüber hinaus unser Ziel sein.

In Frankreich sind die europäischen Parlamentswahlen seit einiger Zeit in den Hintergrund gerückt. Die *gilets jaunes* (Gelbwesten) haben ihr demokratisches Grundrecht wahrgenommen und ihren Anliegen auf der Straße, in den Medien und in der Politik Gehör verschafft. Allerdings hat die Gewalt und die Infragestellung rechtsstaatlicher Prinzipien durch einige Teilnehmer die Legitimität ihrer Anliegen schwer beschädigt. Auch mit Verweis auf die deutsche Debatte rund um die Gelbwesten gilt es zu betonen, dass die Bewegung mitnichten das französische Volk vertritt, wie es einige ihrer selbsternannten Vertreter behaupten. Selbst wenn die Mehrheit der Franzosen die diversen Forderungen der Gelbwesten unterstützte, wäre das noch lange keine Rechtfertigung für die Gewalt gegen Polizisten, für zahllose Sachbeschädigungen und die massiven Drohungen gegen Politiker und Journalisten.

GRÜNDE FÜR DIE WUT DER „GELBWESTEN“

In den vergangenen Wochen habe ich versucht, die Gründe für die Wut der Gelbwesten zu verstehen. Die Erklärung ist dabei weit über meinen Wahlkreis oder Paris hinaus von großer Bedeutung. Die Antwort wird schließlich hoffentlich eine europäische sein. Die Auseinandersetzungen um den Brexit, die Wahlen in Italien und auch die Demonstrationen in Ostdeutschland im vergangenen Jahr haben

den Blick auf die großen Bruchlinien in Europa geschärft: Während sich die eine Seite ein Europa wünscht, das auf der internationalen Bühne mit einer gemeinsamen, starken Stimme spricht, pocht die andere Seite auf Selbstbestimmungsrechte und nationalstaatliche Kompetenzen.

Dabei haben viele der zunächst so unterschiedlich wirkenden nationalen Konflikte in Wahrheit viel gemeinsam. Die Vertrauenskrise, mit der Regierungen in ganz Europa zu kämpfen haben, muss deshalb auf europäischer Ebene diskutiert werden. Die „große Debatte“, die Präsident Emmanuel Macron im vergangenen Dezember als Reaktion auf die Forderungen der Gelbwesten angestoßen hat, sollte anlässlich der Wahlen im Mai auch auf europäischer Ebene geführt werden. Eine selbstbewusste Diskussion mit Kritikern und Gegnern der Europäischen Union ist in allen Mitgliedstaaten vonnöten – in Deutschland über die Europawahl hinaus auch mit Verweis auf die im Herbst anstehenden Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern und die dortigen Prognosewerte der „Alternative für Deutschland“ (AfD).

In Frankreich hat der Geograf Christophe Guilluy mit seinen Thesen viel Aufmerksamkeit erregt. Mit Blick auf die wöchentlichen Proteste seit Anfang Dezember macht auch er auf die neuen Bruchlinien aufmerksam, die sich durch unsere Gesellschaft ziehen. Der Eindruck, dass sich Teile dieser Gesellschaft zunehmend abgehängt fühlen, wird auch in der deutschen Diskussion oft beschrieben. Auch ich hatte während des Besuchs eines Protestlagers in meinem Wahlkreis auf einem der vielbeschriebenen Kreisverkehre im Gespräch mit Protestierenden den Eindruck, dass viele der dort versammelten

Menschen auf der Suche nach Gemeinschaft und Solidarität waren. Das verlorene Gemeinschaftsgefühl wieder zu stärken, ist unsere gemeinsame, europäische Aufgabe. Ob mit Blick auf die Gelbwesten in Frankreich, die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien oder die AfD-Wählerschaft in Deutschland – die Menschen von der Zukunftsfähigkeit europäischer Zusammenarbeit zu überzeugen, wird eine zentrale Aufgabe der Politik in den kommenden Jahren sein.

GUILLUY: DAS „SCHMUTZIGE GEHEIMNIS DER GLOBALISIERUNG“

Die Diskussion über die Vor- und Nachteile von Europäisierung und Globalisierung darf nicht nationalistischen Kräften überlassen werden. Im Dezember hat der *Spiegel* Guilluy in einem Beitrag mit den Worten zitiert, das „schmutzige Geheimnis“ der Globalisierung sei der Untergang der Mittelschicht; das letzte Buch des Autors trägt den Titel *No Society*. Wo aber, wenn nicht auf europäischer Ebene, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die negativen Auswirkungen der Globalisierung die Menschen nicht ungebremst treffen?

Die Gelbwesten-Bewegung zeigt, wie wichtig die gerechte Verteilung von Steuerlast und Sozialabgaben in Zeiten fortschreitender Globalisierung ist. Angesichts transnationaler Phänomene wie Klimawandel, globalen Migrationsbewegungen oder den Herausforderungen des rasanten technologischen Fortschritts kann Frankreich nicht allein handeln – genauso wenig wie Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten. Wer, wenn nicht die EU,

kann der ungezügelter Konkurrenz juristische Grenzen setzen? Wo, wenn nicht in Brüssel, können die Repräsentanten der Mitgliedstaaten gemeinsam jenes „Rendezvous mit der Globalisierung“ moderieren, das Wolfgang Schäuble vor einiger Zeit so treffend beschrieben hat?

Zu Beginn des vergangenen Jahres war es mir eine große Freude, Wolfgang Schäuble in seiner neuen Funktion als Präsident des Deutschen Bundestages in Paris zu begrüßen. Anlässlich des 55-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulle war er als Mitglied einer deutschen Delegation zu Besuch in der französischen Nationalversammlung. Das damals beschlossene Parlamentsabkommen sendet ein wichtiges Signal an alle, die sich für konkrete Fortschritte in der deutsch-französischen Zusammenarbeit einsetzen.

EUROBAROMETER: POSITIVE EINSTELLUNG ZUR EU

Für viele Franzosen ist die EU noch immer eine abstrakte Institution. Ohnehin weit entfernt von den Alltagssorgen der Menschen, wird sie mit ihren vielen Verordnungen und Vorschriften oft eher als Bremsklotz denn als Türöffner wahrgenommen. Dass europäische Erfolge oft genug nationalisiert werden, während hausgemachte Probleme auf die europäischen Institutionen abgewälzt werden, gehört auch zur Wahrheit.

Und dennoch: Die Eurobarometer zeigen regelmäßig, dass ein Großteil der Befragten eine positive Einstellung zur Europäischen Union und zum Euro teilt. Hier

müssen wir als Abgeordnete der nationalen Parlamente ansetzen, die Vorteile der europäischen Zusammenarbeit greifbar und unzutreffende Vorwürfe gegen Europa kenntlich zu machen. Auf Initiative der Parlamente in Berlin und Paris wird das künftig auch in einer gemeinsamen deutsch-französischen Versammlung geschehen. Das europäische Projekt ist seit seiner Begründung von Kompromissen geprägt gewesen. Dabei ist der Begriff „Kompromiss“ in Frankreich heute eher negativ besetzt, wird in den Debatten oft synonym mit „Aufgeben“ verwendet. In Deutschland dagegen gehört der Kompromiss seit langer Zeit zum selbstverständlichen Vokabular demokratischer Meinungsfindung. Diese Meinungsfindung muss in den kommenden Jahren auf europäischer Ebene dazu führen, dass wir uns von *europahobes* genauso wie von *europahilen* Aussagen verabschieden und zu einem gesunden „Europragmatismus“ finden.

TEILS SKEPTISCHE HALTUNG GEGENÜBER DEUTSCHLAND

Für mich stellt sich diese Aufgabe in Frankreich gerade ganz konkret. Als Mitglied der Nominierungskommission meiner Partei für die Europawahlen trage ich mit Verantwortung dafür, dass es uns gelingt, eine Liste aufzustellen, die den Herausforderungen der Europäischen Union in den kommenden fünf Jahren gerecht wird und dabei die französische Gesellschaft in ihrer Diversität abbildet. Es gilt, Kandidaten zu nominieren, die fachpolitisch gute Arbeit leisten, ohne dabei die Alltagssorgen der Bürger zu vernachlässigen. Es gilt, die Anliegen der französi-

schen Wähler in Brüssel zu formulieren, ohne dabei um jeden Preis nationale Interessen durchsetzen zu wollen.

Im französischen Verständnis der Europapolitik spielt Deutschland dabei eine Schlüsselrolle. Einerseits herrscht Einigkeit, dass ohne den berühmten deutsch-französischen Motor auch nach den Parlamentswahlen wenig gelingen kann. Die Initiative für eine deutsch-französische parlamentarische Versammlung ist dafür ein Beleg. Andererseits bleiben Teile der französischen Politik Berlin und seiner Wirtschaftskraft gegenüber misstrauisch. Diese Stimmen fühlen sich durch die zögerlichen Reaktionen auf die Reformvorschläge Emmanuel Macrons bestätigt.

FORMULIERUNG NEUER ZIELE

Der kommende Wahlkampf muss eine ehrliche Debatte über die Frage führen, ob Wähler und Politiker bereit sind, die Europäische Union weiter als Schicksalsgemeinschaft zu begreifen. Die Grundwerte, für die Europa steht und die in Artikel 2 des Lissabon-Vertrages verankert sind, müssen weiterhin die Handlungsgrundlage bilden: Solidarität mit Griechenland, Italien und Spanien in Fragen der Flüchtlingsverteilung gehört ebenso dazu wie die offene Diskussion mit jenen Mitgliedstaaten, die in den vergangenen Monaten rechtsstaatliche Errungenschaften infrage gestellt haben. Europa muss nach den Wahlen im Mai neue Ziele formulieren und neue Prioritäten setzen. Dann kann 2019 ein Schicksalsjahr werden, für Frankreich und für Europa – im besten Sinne.

Signale des Aufbruchs?

Die politische Landschaft in der Europäischen Union im Vorfeld der Wahlen

OLAF WIENZKE

Geboren 1982 in Krappitz/Krapkowice, Oberschlesien (Polen), Koordinator für Europapolitik, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament finden in einem schwierigen Umfeld statt: möglicherweise kurz nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU), nach Jahren mit einigen Erfolgen von Populisten und

autoritären Parteien und nach einer Legislaturperiode, die stark von der Bewältigung verschiedener Krisen, wie beispielsweise der Migrationskrise, der Ukraine-Krise und des Brexit, geprägt war. Umso mehr ist die bevorstehende Wahl entscheidend für die Zukunft der EU: Ihre Handlungsfähigkeit steht auf dem Spiel.

Vergleicht man die politische Landschaft in der EU mit derjenigen vor rund zwanzig Jahren, so ist sie erheblich vielfältiger und undurchsichtiger geworden: Bis in die 2000er-Jahre erfolgte auf nationaler Ebene meist ein regelmäßiger Wechsel zwischen (moderaten) Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Regierungen, die meisten Staats- und Regierungschefs stammten entweder aus dem Lager der bürgerlichen Europäischen Volkspartei (EVP) oder der

Sozialisten. Inzwischen ist die EU „bunter“, was nicht unbedingt positiv sein muss: Von den im Europäischen Rat vertretenen Staats- und Regierungschefs gehörten Ende Januar 2019 nur die Hälfte einem der beiden großen Parteiblöcke an (14 von 28, davon neun der EVP und fünf den Sozialisten), acht sind der liberalen ALDE-Familie (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) zugehörig, drei unabhängig, zwei gehören der euroskeptischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) und einer der Europäischen Linken an.

Im November 2008 waren es noch 19 von 27, 1998 gar 13 von 15 Staats- und Regierungschefs, die einem der beiden großen Parteiblöcke angehörten. Zudem sind inzwischen in rund der Hälfte der EU-Länder europakritische oder populistische Kräfte direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt: Rechte wie linke Populisten oder mit der moderat europakritischen EKR assoziierte Parteien stellen bisweilen den Premier, sind Koalitionspartner in einer Regierung oder tolerieren ein Minderheitenkabinett.

MEHRHEIT FÜR PRO-EUROPÄISCHE KRÄFTE WAHRSCHEINLICH

Rechte und linke Populisten haben in den vergangenen Jahren zwar wichtige Erfolge erzielen können. Es ist jedoch offen, wie stark ihr Zuwachs im Europäischen Parlament tatsächlich ausfallen wird: Durch den Austritt Großbritanniens wird das europakritische Lager im Europäischen Parlament erheblich geschwächt. Eine von Matteo Salvini und Marine Le Pen vollmundig angekündigte Fraktion mit 150 Europaabgeordneten, die dann vermutlich die zweitstärkste Kraft wäre, ist auch aus einem anderen Grund unwahrscheinlich: Traditionell sind die Beziehungen von Parteien des rechten euroskeptischen Spektrums untereinander von Rivalität geprägt. Bei aller gemeinsamen Rhetorik, etwa im Bereich der Migrationspolitik, gibt es durchaus ideologische Unterschiede – etwa, was ihr Verhältnis zu Russland betrifft.

Noch nie ist es der extremen Rechten bisher gelungen, ihr Potenzial in einer gemeinsamen Fraktion zu bündeln. Im Europäischen Parlament gibt es derzeit insgesamt drei Fraktionen rechts der EVP. Zwar scheint ein Zusammenschluss zu zwei Fraktionen wahrscheinlich; die Bildung einer großen gemeinsamen Fraktion ist jedoch unwahrscheinlich. Es wäre nur schwer vorstellbar, dass etwa die nationalkonservative polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) gemeinsam mit der Alternative für Deutschland (AfD) in eine Fraktion wechseln würde. Auch am linken Rand gibt es durchaus Divergenzen: So trat zuletzt der französische Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon mit seiner Bewegung *La France insoumise* aus der Europäischen Linken aus, die seiner Auffassung nach zu sehr von „pragmatischen“ Kräften wie etwa der *Syriza* von Alexis Tsipras geprägt werde.

Unabhängig von diesen Entwicklungen an beiden Rändern ist davon auszugehen, dass das künftige Europäische Parlament nach wie vor über eine breite Mehrheit von Fraktionen mit pro-europäischer Ausrichtung verfügen wird. Je nach Szenario ist zu erwarten, dass EVP, Sozialisten, Liberale, Grüne und andere pro-europäische Kräfte zusammen etwa 64 bis 72 Prozent der Abgeordneten stellen werden. Nach aktuellen Umfragen droht demnach mitnichten eine populistische Parlamentsmehrheit, wie sie einige Beobachter bereits für gegeben halten. Sicher ist hingegen, dass es eine nicht unerhebliche Zahl von zunächst fraktionslosen Abgeordneten geben wird: Einige werden sich extremen Gruppen anschließen, doch viele kommen aus dem moderaten Spektrum und werden sich einer der bestehenden pro-europäischen Fraktionen anschließen.

REGIEREN UND MEHRHEITSFINDUNG WIRD SCHWIERIGER

Dennoch ist im Vergleich zur laufenden Legislaturperiode künftig eine schwierige Mehrheitsfindung im Europäischen Parlament zu erwarten. Hinsichtlich der Zusammensetzung des kommenden Europäischen Parlaments stellen sich verschiedene Fragen:

- a) *Wie viele Parteien müssen koalieren?* Die beiden großen Fraktionen werden voraussichtlich teils erhebliche Verluste erleiden: Während die EVP nach aktuellem Stand immerhin noch mit etwa 175 bis 190 von 705 Sitzen (24,5 bis 27 Prozent) rechnen kann (derzeit 217 von 751), droht der Abgeordnertenanteil der Sozialisten mit 130 bis 140 Sitzen erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments auf unter 20 Prozent zu rutschen. Europäische Volkspartei und Sozialisten wären dann von einer gemeinsamen Mehrheit weit entfernt. Um eine tragfähige Mehrheit zu erreichen, bedarf es mindestens 380, besser 400 Abgeordneter. Nach aktuellem Stand der Dinge wären die Liberalen (ALDE-Fraktion) als weiterer Partner für eine Mehrheit unumgänglich.
- b) *Wie wirkt sich der Macron-Faktor aus?* Sowohl Form als auch Ausrichtung der künftigen liberalen Fraktion sind im Wandel begriffen. Mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner Partei *En Marche* taucht ein neuer Akteur auf der europäischen politischen Ebene auf, der das Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament zwar nicht umkehren, aber neu gewichten kann. Eine gemeinsame Fraktion von ALDE und *En Marche* hätte gute Chancen, drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament zu werden. Sollte es ihr zudem gelingen, neue, bisher noch nicht unabhängige moderate Parteien zu integrieren, könnte sie über 100 Abgeordnete ins Europäische

Parlament entsenden. Damit wäre sie eine Kraft, gegen die schwerlich wichtige Entscheidungen durchgesetzt werden könnten. Eine solche Allianz müsste allerdings einige Hindernisse überwinden: In wichtigen Fragen, etwa zur Zukunft der Eurozone, stehen sich einige wichtige Parteien der ALDE und *En Marche* teilweise diametral gegenüber. Mithin könnte eine neue gemeinsame Fraktion von Liberalen und Macron („Europe En Marche“) zwar einer der Gewinner der Wahlen sein, aber auch ein deutlich heterogenerer und damit unberechenbarer Partner werden.

- c) *Wie wirkt sich das neue Kräfteverhältnis auf Personalentscheidungen aus?* Die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments könnte zur Folge haben, dass die Einigung auf wichtige Personalentscheidungen, aber auch auf programmatische Positionen mehr Zeit in Anspruch nimmt als in der letzten Legislaturperiode. Das gilt besonders für die personelle Besetzung von Positionen im Europäischen Parlament, wenn an den politischen Rändern zwei große Fraktionen von jeweils sechzig bis neunzig Abgeordneten entstehen sollten. Bisher gelang es, gerade die Fraktionen der populistischen Rechten so weit zu isolieren, dass sie die Arbeit des Europäischen Parlaments nicht allzu sehr torpedieren konnten.

Die politische Ausrichtung und die Zusammensetzung einiger Fraktionen werden sich stark verändern. Dies gilt insbesondere für kleinere Fraktionen wie etwa die moderat-euroskeptische EKR-Fraktion: Nachdem sie in der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 oft ein Partner der bürgerlichen Parteien war, bewegte sie sich in den zurückliegenden Jahren immer weiter nach rechts. Nach dem voraussichtlichen Brexit-bedingten Ausfall der Tories wird die Gruppe zum überwiegenden Teil aus Abgeordneten aus Mittelosteuropa bestehen, mit der polnischen PiS als dominanter Kraft.

Diese Faktoren lassen erwarten, dass die Mehrheitsfindung im kommenden Europäischen Parlament nicht einfacher werden wird. Das könnte sich nicht zuletzt auf die Zusammensetzung der künftigen Kommission auswirken: Noch ist unsicher, ob der Spitzenkandidatenprozess, nach dem die europäischen Parteien wie bereits bei der Europawahl 2014 Spitzenkandidaten aufstellen, auch 2019 von einer ausreichenden Zahl von Akteuren unterstützt wird. Durch die Unterstützung von EVP, S&D (*Progressive Alliance of Socialists & Democrats*) und Grünen wird vermutlich eine Mehrheit der Abgeordneten hinter dem Spitzenkandidatenprozess stehen. Der vor allem taktisch motivierte Entzug der Unterstützung durch die ALDE schwächt jedoch die Vorgehensweise und wirkt sich damit negativ auf ein wichtiges Element zur Stärkung der demokratischen Legitimität der EU aus.

Dies spielt insbesondere für den Europäischen Rat eine wichtige Rolle, denn er schlägt den Kommissionspräsidenten vor: Dort stellt die ALDE-Familie derzeit acht Regierungschefs, hinzu kommt Emmanuel Macron, der dem

Spitzenkandidatenprozess ebenfalls skeptisch gegenübersteht. Dabei bleibt abzuwarten, wie sich die Balance im Europäischen Rat entwickeln wird: Schließlich stehen im kommenden Jahr mindestens in sieben Ländern nationale Parlamentswahlen an. Die Ergebnisse können bedeutsam für die künftige Zusammensetzung des Kommissionskollegiums sein, denn die Kommissare werden von nationalen Regierungen benannt. Mithin spielt deren politische Couleur eine entscheidende Rolle bei der Besetzung. Aktuell erscheint es unwahrscheinlich, dass die EVP abermals die Hälfte der EU-Kommissare stellen wird. Vielmehr könnte es sein, dass euroskeptische Regierungen ein bis zwei Kommissare mit EU-kritischer Haltung benennen. Allerdings müssten diese anschließend noch die oftmals kritischen Anhörungen im Europäischen Parlament überstehen und könnten noch dazu vom Kommissionspräsidenten mit marginalen Portfolios ausgestattet werden.

ZENTRALE ROLLE DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI

Ohne die Europäische Volkspartei wird auch im künftigen Europäischen Parlament wenig Staat zu machen sein: Trotz voraussichtlicher Verluste wird sie vermutlich mit Abstand die größte Fraktion stellen. In ihr wird die deutsche Gruppe (CDU/CSU) aller Voraussicht nach weiterhin über die meisten Abgeordneten verfügen. So ist davon auszugehen, dass deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments auch künftig eine tragende Rolle innerhalb ihrer Fraktion einnehmen werden. Erheblich kleiner könnte hingegen die italienische Delegation werden. In anderen Bereichen ist Kontinuität zu erwarten: Dabei wird die EVP mit 36 bis 38 Prozent nach wie vor einen überproportional hohen Anteil von Abgeordneten aus den elf postkommunistischen Ländern Mittelost- und Südosteuropas aufweisen. Weiterhin dürfte die EVP Abgeordnete aus fast jedem Mitgliedsland in ihren Reihen haben.

Bei allen Unwägbarkeiten bieten diese Europawahlen auch sichtbare Chancen: Der Spitzenkandidatenprozess wirkt in den verschiedenen Parteienfamilien besser vorbereitet als 2014. Laut internen Erhebungen wird der Spitzenkandidat voraussichtlich eine bedeutendere Rolle für die Wahlentscheidung spielen als zuvor – wenngleich die Wahlentscheidung weiterhin deutlich von der nationalen politischen Situation abhängt. Für die Europawahlen wird es darauf ankommen, auch innerhalb des pro-europäischen Lagers zu demonstrieren, dass es einen Wettbewerb verschiedener Visionen gibt, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten den Herausforderungen der Zukunft (Sicherheit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung) begegnen sollten.

Das könnte auch dabei helfen, die bei den letzten Wahlen zu niedrige Wahlbeteiligung (2014: 43 Prozent) erstmals wieder zu steigern und damit die Legitimität der Europäischen Union zu stärken – angesichts des schwierigen Umfelds der Wahlen wäre dies ein Signal des Aufbruchs nach den Krisenjahren.

Unhappy Isolation

Die Schriftsteller und Europa

PAUL MICHAEL LÜTZELER

Geboren 1943 in Doveren (damals Kreis Erkelenz), deutsch-amerikanischer Germanist und Vergleichender Literaturwissenschaftler, Rosa May Distinguished University Professor in the Humanities, Director Max Kade Center for Contemporary German Literature, Washington University, St. Louis.

Gibt es nicht bereits während der Frühen Neuzeit einen lebhaften Dialog zwischen Schriftstellern über Europa, seine kulturelle Besonderheit und Identität? Das jedenfalls hat Nicolas Detering 2017 in seiner Studie *Krise und Kontinent* nachgewiesen. Und denkt man nicht unter Autoren seit der Aufklärung und der Romantik bis in unsere Gegenwart über mögliche staatliche Formen eines politisch geeinten Kontinents nach? Dazu legte ich 1992

mein Buch *Die Schriftsteller und Europa* vor.¹ Hat nicht schon Victor Hugo in der Mitte des 19. Jahrhunderts die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert? Fand nicht in den beiden Dekaden nach dem Ersten Weltkrieg – provoziert durch Richard Coudenhove-Kalergis Schrift und Bewegung *Pan-Europa* – die

denkbar lebhafteste Diskussion unter den europäischen Intellektuellen über künftige kontinentale Gemeinschaftsformen statt? Und gab es nicht seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwei Phasen, in denen die Essayisten unter den Schriftstellern mit Elan und Phantasie pro-europäische Stellungnahmen verfassten?

Zu denken ist *erstens* an die Zeit zwischen 1945 und 1957, also vom Kriegsende bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und *zweitens* an das Jahrzehnt zwischen 1985 und 1995, als die Jalta-Teilung des Kontinents durch eine Wiedervereinigung Europas abgelöst wurde. Nach 1945 publizierten Autoren wie Ernst Jünger, T. S. Eliot, Alfred Andersch, Hans Werner Richter, Frank Thiess und Werner Bergengruen, Klaus Mann und Jean-Paul Sartre Essays, in denen die politische und kulturelle Zukunft des Kontinents so lebhaft wie kontrovers diskutiert wurde.

Diese Schriftsteller sprachen nicht ins Leere, wie der Haager Europa-Kongress im Mai 1948 zeigte. Dieser reagierte auf die Begeisterung in Teilen der westeuropäischen Jugend für das Projekt einer Einigung des Kontinents. Es war eine privat initiierte, unter der Schirmherrschaft von Winston Churchill organisierte Tagung, bei der in der damaligen niederländischen Hauptstadt Möglichkeiten einer kulturellen europäischen Kooperation, eines europäischen Staatenbundes, sogar einer Föderation Europas diskutiert wurden. Zu ihren Teilnehmern zählten unter anderem Hendrik Brugmans, François Mitterand, Konrad Adenauer, Walter Hallstein und Altiero Spinelli, die sich bald darauf für die europäische Integration engagierten. Zwei Jahre später verlieh die Stadt Aachen erstmals den Internationalen Karlspreis; gleich zu Anfang an den Vordenker eines föderierten Europa, an den Schriftsteller und Privatgelehrten Richard Coudenhove-Kalergi. Nach ihm erhielten alle Gründungsväter der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Karlspreis.

CHANCE EINER NEUORDNUNG

Die zweite Phase eines intensiven literarischen Diskurses um die Zukunft Europas fiel in die Jahre um 1990. Aus der mittel- und osteuropäischen Dissidentenbewegung heraus entwickelte sich ein internationales Gespräch über die Rolle eines nicht mehr durch zwei antagonistische Großmächte geteilten Kontinents. Entscheidende Impulse lieferten Autoren wie Milan Kundera, Václav Havel, György Konrád und György Dalos sowie Vertreter der polnischen *Solidarność*-Bewegung. Zu Wort meldeten sich auch Österreicher wie Manès Sperber, Italiener wie Claudio Magris und Schriftsteller aus der alten Bundesrepublik wie Peter Schneider, Hans Christoph Buch und Hans Magnus Enzensberger. Heute liegt 1989 bereits drei Jahrzehnte zurück und zu überlegen ist, ob man die Chance einer kontinentalen Neuordnung genutzt

hat. Noch 1988 glaubten die meisten, dass sie ein Ende der Jalta-Teilung nicht erleben würden, und heute ist man nur selten geneigt, über den Status quo der Europäischen Union (EU) hinauszudenken. Brexit und der Europaverdruss – nicht nur in Ländern wie Griechenland und Italien, Polen und Ungarn – zwingen einen jedoch, die Politik in Brüssel zu überdenken.

FEHLENDE FUNDAMENTALE DEBATTE

Anders als nach 1945 und in den Jahren vor 1990 lassen sich die Essayisten unter den Autoren heute kaum auf eine öffentliche Grundsatzdebatte über Europa ein. Hängt das in Deutschland vielleicht mit dem schwierigen innerdeutschen Integrationsprozess zusammen? In vielerlei Hinsicht sind sich das ehemalige Ost- und das frühere West-Deutschland fremd geblieben, und so ist das Land, was Fragen der Einheit und der Identität betrifft, nach wie vor stark mit sich selbst beschäftigt. Und ist die Bundesrepublik nicht längst ein sogenannter „global player“ geworden, in dem die wirtschaftlichen wie medialen, die wissenschaftlichen wie touristischen Kontakte weit über die europäischen Grenzen hinausreichen? Hinzu kommen Flüchtlingswellen aus dem Nahen Osten und Afrika, die das wohlhabendste und bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union besonders betreffen.

Die Medien, die politische Klasse und die EU-Forschung sind heute in Deutschland nur selten bereit, eine fundamentale Debatte über die EU zu beginnen. Zu den Gründungsmitgliedern der neuen Gruppe „Arbeit an Europa“ gehören deutsche Schriftstellerinnen wie Nora Bossong und Autoren wie Simon Strauß. In ihr werden zwar viele kulturelle und gesellschaftliche Fragen angeschnitten, aber die politische Form der Europäischen Union wird bisher nicht diskutiert. Das ist nicht anders in dem neuen und wichtigen Buch *Der europäische Traum* von Aleida Assmann, in dem es um die Menschenrechte in Europa geht, um Friedenssicherung und Demokratie, um eine deutsche und eine europäische Erinnerungskultur und um das koloniale Erbe Europas.² Hier wird zwar die Gefahr einer Auflösung der EU-Konföderation erwähnt, aber die Zukunftsfähigkeit einer europäischen Föderation nicht diskutiert.

REGIONEN ERSETZEN DIE NATIONEN

Ist es ein Zufall, dass ein österreichischer Schriftsteller – Robert Menasse – die radikalsten Fragen stellt zu den Themen der Legitimität, Demokratie, Effizienz und Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union? Aber warum hat Menasse kein Interesse an dem, was seine Zunftgenossen in den letzten 200 Jahren zum Thema einer europäischen Föderation geschrieben haben? Warum diese fast autistische Abstinenz in Sachen des literarischen Europa-Diskurses?

Robert Menasse startete 2010 mit einem in der *Zeit* veröffentlichten Essay zur Krise der EU eine Reihe von Publikationen, die eine Revision seiner ehemaligen Skepsis gegenüber der EU-Kommission belegt. In Zeitungs-, Radio- und Fernsehinterviews sowie in zwei Essaybänden (*Der Europäische Landbote* von 2012 und *Heimat ist die schönste Utopie* von 2014) sowie einem Manifest und einer Rede vor dem Europa-Parlament von 2017) hat er die Effizienz der Kommissionsbeamten gelobt. Er hatte sich, weil er den Roman *Die Hauptstadt* (2017) – ein Buch über das Europa-Brüssel – schreiben wollte, zu einem längeren Aufenthalt in die EU-Metropole begeben und dort mit leitenden Beamten verschiedener Generaldirektionen der Kommission gesprochen. Seine Europa-Thesen überschneiden sich zum Teil mit jenen der Politologin Ulrike Guérot, wie sie in ihren Büchern *Warum Europa eine Republik werden muss* (2016) und *Der neue Bürgerkrieg* (2017) zu finden sind.

Ähnlich wie Guérot fordert Menasse, dass die Nationen, das heißt die Nationalstaaten, abgeschafft werden sollten. Europa müsse durch die Brüsseler Kommission im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament regiert werden. In diesem Parlament sollten aber nicht die Abgeordneten der europäischen Nationen zusammenkommen, sondern die Vertreter der europäischen Regionen. Menasses primäres Hassobjekt ist der Europäische Rat, die Gruppe der Regierungschefs der Nationalstaaten. Europa könne politisch kein Eigengewicht und keine eigene Form finden, solange die Vertreter der Nationalstaaten die Politik der Union bestimmen. Er fordert die Abschaffung der Nationen und deren Ersetzung durch die Regionen. Dabei beruft er sich auf die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaften, besonders auf Jean Monnet, den ersten Chef der Hohen Behörde der Montanunion, und auf Walter Hallstein, den ersten Kommissionspräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

WAS SAGEN DIE ALTVORDEREN?

Will man sich in Erinnerung rufen, was die Gründungsväter über die Finalität der Europäischen Gemeinschaft dachten, muss man sich zu einem ihrer Memoiren, zum anderen ihre Reden anschauen, die sie in Aachen bei der Verleihung des Karlspreises hielten. Während der elf Jahre zwischen 1950 und 1961 erhielten alle Gründungsväter von Montanunion und EWG den Preis: Alcide De Gasperi, Jean Monnet, Konrad Adenauer, Paul-Henri Spaak, Robert Schuman, Joseph Bech und Walter Hallstein. Wird irgendwo in ihren Reden und Schriften die These Menasses über die Abschaffung der Nationen bestätigt? Oder outeten sie sich dort als europäische Regionalisten? Keineswegs!

Monnet freute sich 1953 in seiner Karlspreisrede darüber, dass die an der Union beteiligten Nationen einen Teil ihrer Souveränität auf die Hohe

Behörde übertragen hatten. So sehr er sich gegen den fatalen Nationalismus der Einzelstaaten im Europa der Vergangenheit aussprach, so sehr setzte er die Hoffnung auf eine neue Kooperation der Nationen in der Gegenwart. Während Menasse nichts von den „Vereinigten Staaten von Europa“ wissen will, widmete Monnet seinem Lebensziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein ganzes Kapitel in seinem Erinnerungsbuch. Dort berichtet er ausführlich über das von ihm 1955 eingerichtete und 1975 aufgelöste „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“. In dieser europäischen Union sollten die Einzelnationen nicht wie in einem zentralistisch organisierten Machtgefüge abgeschafft werden, sondern als Teile eines Bundes mit abgestimmten Kompetenzen existieren.

Monnet löste sein Aktionskomitee nach zwanzig Jahren auf, weil er der Überzeugung war, dass der Europäische Rat die Arbeit des Komitees fortsetzen werde. Monnet war Realist genug, um zu wissen, dass der europäischen Föderation (dem Bundesstaat) zunächst einmal eine kontinentale Konföderation (ein Staatenbund) vorausgehen werde. Aber sein Ziel blieb eine Föderation der europäischen Nationen. Es ging ihm nicht um eine Abschaffung der Nationen, sondern um ihr Aufgehen in einem Staatsganzen, das mit der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen wäre.

STAGNIERENDE ODER RÜCKLÄUFIGE INTEGRATION

Ähnlich war die Situation bei Walter Hallstein, der 1961 den Karlspreis entgegennehmen konnte. Hallstein zitierte zustimmend in seiner Ansprache Churchills Züricher Rede von 1946 über „eine Art von Vereinigten Staaten von Europa“. Ingrid Piela zeigt in ihrem Buch über Hallstein von 2012, dass auch dieser deutsche Zeit- und Gesinnungsgenosse von Monnet in den Kategorien von Konföderation und Föderation dachte, wenn es um das künftige Europa ging. Es war kein Zufall, dass Hallstein seinem letzten Buch, das 1969 erschien, den Titel *Der unvollendete Bundesstaat* gab. Piela betont, dass es Hallstein letztlich um die Schaffung eines Bundesstaates, um die „Vereinigten Staaten Westeuropas“, und nicht um die Errichtung eines europäischen Einheitsstaates gegangen sei. Das Eigenständige des Nationalen in dieser Föderation habe er auf keinen Fall abgeschafft sehen wollen. Menasse muss, was die Pläne von Monnet und Hallstein und der Gründungsväter allgemein betrifft, etwas fundamental missverstanden haben. Natürlich haben die Altvorderen der EWG auch im Sinne der Subsidiarität den Regionen ihr Recht zugestanden, aber keineswegs auf Kosten der Nationen. Von der These, dass die Regionen die Rolle der Nationen in einer Europa-Föderation übernehmen sollten, ist bei diesen Politikern nichts zu finden.

Man kann von den Gründungsvätern durchaus etwas über zukunftsfähige Europa-Modelle lernen, denn die Frage von Staatenbund und Bundesstaat ist bis heute bei den Entscheidungsträgern der EU – der Kommission, dem Parlament und dem Europäischen Rat – ungelöst. Monnet setzte (als Mann der Wirtschaft) auf praktische Integration und glaubte, dass immer weitere Bereiche von ihr erfasst werden würden: über das Wirtschaftliche hinaus auch das Politische, Juristische und Militärische. Hallstein dagegen vertrat (als Jurist) die Meinung, dass auf dem Weg zur Gründung der europäischen Föderation eine Verfassung geschaffen werden müsse, die die Zielvorgaben des Integrationsprozesses enthalten würde.

Heute stagniert die Integration oder ist sogar rückläufig, und der Versuch, den Weg zum Bundesstaat mithilfe einer Verfassung zu beschleunigen, ist vorläufig gescheitert. Der europäische Lernprozess ist noch im Gange. Es braucht wohl noch Zeit, bis sich die alte Einsicht der Gründungsväter durchsetzt, dass auch die Nationen durch die Schaffung einer europäischen Bundesrepublik besser überleben können als in einer *unhappy isolation*, in der sie als Einzelstaaten mit ihren Regionen und Kommunen anderen Großmächten politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art ausgeliefert sind.

¹ Paul Michael Lützel: Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart, Piper Verlag, München 1992 (1. Auflage), Nomos Verlag, Baden-Baden 1998 (2. Auflage).

² Aleida Assmann: Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte, C. H. Beck Verlag, München 2018.

„La Lunga Notte dell’Italia“

—
Groll gegenüber Europa und Deutschland

ANGELO BOLAFFI

Geboren 1946 in Rom (Italien), Politikwissenschaftler und Germanist, ehemaliger Direktor des Italienischen Kulturinstituts in Berlin.

Italien ist heute das schwache Glied in der Kette der europäischen Staaten – in einer westlichen Staatengemeinschaft, die die schwerste politische und geistige Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchlebt. Die Tatsache, dass das Land von einem neuartigen, populistischen rotbraunen Bündnis regiert wird, stellt nicht

nur eine Gefahr für die italienischen liberal-demokratischen Institutionen, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung für den europäischen Einigungsprozess dar.

Was das „seltsame Paar“ der Regierungskoalition zusammenhält, ist ein weltweit einzigartiges Paradoxon, nämlich das Zusammenwirken zweier entgegengesetzter populistischer Parteien: einer nationalistischen Rechten auf der Suche nach Identität, fremdenfeindlich und „putinistisch“, verwurzelt in den reichen und produktiven Regionen des Nordens, und ihr gegenüber eine linke, auf naive Weise

egalitäre Partei, die im Grunde jedoch freiheitsfeindlich, anti-aufklärerisch und totalitär ist und mit der hoffnungslose junge Bürger und die Mittelschicht des Südens sympathisieren. Dieses widersprüchliche Zusammenspiel beruht auf einer primitiven souveränitätssuchenden Ideologie, die sich nur wenig von der freiheitsfeindlichen Demokratie einiger osteuropäischer Staaten unterscheidet.

Hinzu kommt eine polemische Anti-Haltung gegenüber den sogenannten kosmopolitischen Eliten und den „eurokratischen Abgeordneten ohne Seele in Brüssel“, die im populistischen Jargon als „Feinde des italienischen Volkes“ bezeichnet werden – eine Polemik, die sich in einem systematischen Verstoß gegen die auf europäischer Ebene vereinbarten Regeln äußert.

„RENDEZVOUS MIT DER GLOBALISIERUNG“

Sicherlich stellt der Erfolg populistischer Bündnisse in Italien chronologisch betrachtet das letzte Kapitel einer wahrhaftigen „Zerstörung der Vernunft“ dar, die heute das politische Leben diesseits und jenseits des Atlantiks kennzeichnet. Sie wird beherrscht von der „Demokratie der Ablehnung“ oder „Gegen-Demokratie“, wie es der französische Historiker Pierre Rosanvallon charakterisiert hat.¹ Selbst in Italien – wie beim Brexit, bei der antiliberalen Wende der Visegrád-Länder oder dem Wahlsieg Donald Trumps – haben die populistischen Bewegungen das Trauma der Finanzkrise des vergangenen Jahrzehnts, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen und die

Regierungen zutiefst erschüttert hat, zu ihrem Vorteil ausgenutzt.

Ebenso begünstigen die negativen Konsequenzen einer wirtschaftlich-produktiven Globalisierung, die zu einer Verarmung des Mittelstands in den fortschrittlichen Industrieländern geführt hat, auf geistiger Ebene die Bejahung eines „kulturellen Pessimismus“, der von der Dystopie einer radikal negativen Zukunft dominiert wird. Und last, but not least: Durch die Auswirkungen des Phänomens epochaler Migrationsbewegungen auf die kollektive kulturelle Identität – oder, wie Wolfgang Schäuble es fulminant formuliert hat, „das Rendezvous mit der Globalisierung“ – nahm ein Zeitalter voller Angst und Schrecken seinen Anfang.

ZUNEHMEND EUROSKEPTISCHE HALTUNG

Im Fall Italien kommt erschwerend hinzu, dass es im Gegensatz zu allen anderen Ländern, in denen sich populistische Bewegungen etablieren konnten, tatsächlich das einzige Land ist, das 1957 zu den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zählte und dem als Mitglied der Eurozone zusammen mit den anderen achtzehn Ländern eine gemeinsame Souveränität zu eigen ist, die als „Gemeinschaftswährung“ bezeichnet wird. Daher sorgen sich die anderen Protagonisten der Gründung eines vereinten Europa selbstverständlich um die derzeitige Situation Italiens: Ein Land, das gemeinsam mit Deutschland jahrzehntelang überzeugter Verfechter der europäischen Einheit war, hat im Laufe der Zeit eine immer euroskeptischere Haltung eingenommen, und

aktuell gerät die italienische Regierung nahezu täglich mit der Europäischen Kommission aneinander.

Die derzeitige Situation ist demnach das Produkt einer Art „negativer Dialektik“ zwischen verschiedenen Aspekten und historischen Verzögerungen, ständig falschen politischen Entscheidungen sowie langfristigen wirtschaftlichen Schwächen und strukturellen Dynamiken. Seit der letzten Jahrtausendwende hat Italien einen progressiven wirtschaftlichen und produktiven Niedergang erlitten, den einige, vielleicht übertrieben, mit dem des *Bel paese* im 17. Jahrhundert am Ende der Renaissance vergleichen – einen Verfall, den die finanzielle und wirtschaftliche Krise im Jahr 2008 und die darauf folgende Staatsverschuldung auf höchst gewaltsame Weise beschleunigt haben.

AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE

Man denke nur daran, dass die Rezession, die in Italien auf die Krise folgte, ähnliche Auswirkungen wie die eines Krieges hatte: Das Land verlor ein Viertel der verarbeitenden Industrie, die Arbeitslosigkeit stieg auf dreizehn Prozent an, und die Jugendarbeitslosigkeit lag über 42 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt sank um etwa zehn Prozentpunkte, und auch heute noch, zehn Jahre später, ist Italien ärmer als in den Jahren vor der Krise.

Verbreitete Phänomene wie administrative Ineffizienz und Korruption sowie strukturelle Verzögerungen führten zu einem wachsenden Misstrauen der öffentlichen Meinung gegenüber den Eliten und den Parteien. Entsprechend sind antipo-

litische, extremistische und nihilistische Positionen in der Bevölkerung weit verbreitet, die vor allem den *Partito Democratico* (PD, Demokratische Partei), der das Land von 2013 bis 2018 unangefochten mit guten Ergebnissen regiert hat, stark zurückgeworfen haben.

FEHLENDER GEMEINSINN

Wie ist das Paradox zu erklären, dass Italien, das Land, welches objektiv betrachtet den größten finanziellen und wirtschaftlichen Vorteil aus der Mitgliedschaft in der Eurozone zieht – einer Mitgliedschaft, die anfangs stark von den anderen europäischen Partnern abgelehnt und von den Italienern ebenso stark gewünscht wurde –, heute von politischen Kräften regiert wird, die sogar den Abschied Italiens von der gemeinsamen Währung nicht ausschließen oder ihn zum Teil sogar für notwendig halten? Unterschätzen oder ignorieren diese Kräfte das Risiko, dass eine solche Entscheidung zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen kann, die den Zerfall des Landes sowie einen wirtschaftlichen Schock für ganz Europa bedeuten könnte? Wie lässt sich die schizophrene Politik erklären, die die Italiener in ihren Klauen zu halten scheint und sie dazu bringt, vermehrt Europa zu hassen und gleichzeitig den Euro zu lieben?

Sicherlich war es noch nie leicht, Italien zu verstehen, und heute fällt es schwerer denn je. In der Tat wurzelt „la lunga notte dell’Italia“, die „lange Nacht Italiens“, auf uralten Übeln, angefangen mit der „Südfrage“ und mit historischen Schwächen, vor allem die der Unternehmer-Bourgeoisie des Nordens. Die Schuld

der herrschenden Klassen, aber auch das Fehlen eines kollektiven Gewissens, einer „zivilen Religion“ und eines Zusammengehörigkeitsgefühls verhinderten die Schaffung einer gemeinsamen Identität, wie sie Massimo d’Azeglio mit dem berühmten Satz angemahnt hatte: „Abbiamo fatto l’Italia. Ora si tratta di fare gli italiani.“ („Wir haben Italien gemacht. Jetzt geht es darum, Italiener zu machen.“)²

Untragbare soziale Unterschiede, aber auch ein weitverbreitetes und weitreichendes illegales Handeln (jährlich werden fast 100 Milliarden Euro Steuern hinterzogen!) bestätigen ein strukturelles Defizit an öffentlicher Moral. Hinzu kommen Zynismus und Egoismus der politischen Klasse und auch der „Besitzindividualismus“ der Italiener, ewig schwankend zwischen anarchischem Aufstand und unterwürfigem Opportunismus, als weitere Belege eines tief verwurzelten Mangels an Staatssinn.

GETEILTES UND UNVOLLENDETES LAND

Italien ist das zweitgrößte Fertigungsland Europas, aber auch das Land, in dem die anti-industrielle Kultur am längsten überlebt hat. Es verfügt über ein global agierendes Unternehmertum, daneben aber auch über einen schwachen Kapitalismus, der eigentlich nie den eigenen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben gewachsen ist. Das Privatvermögen steht im Vergleich zum Einkommen hinter Japan an zweiter Stelle, gleichzeitig ist der Armutsanteil einer der höchsten unter den OECD-Staaten. Auch aus geografischer Sicht ist die Situation widersprüchlich. Der Norden des Landes steht den produktivsten Re-

gionen Deutschland nicht nach, auch in Bezug auf die Effizienz des öffentlichen Dienstleistungssektors, während einige Teile des Südens kaum mit den weiter fortgeschrittenen Ländern Nordafrikas konkurrieren könnten.

Wir wissen seit Langem, dass Italien ein geteiltes und unvollendetes Land ist, sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht – ein nur zur Hälfte modernes Land. Und genau dies war der Grund, warum die aufgeklärtesten Vertreter des italienischen „Europäismus“ anfangs dafür gekämpft haben, dass sich das Land an der Geburt des europäischen Projekts beteiligte. Nachdem es dem damaligen deutschen Finanzminister Theo Waigel gelungen war, den starken (und verständlichen) Widerstand auszuräumen, sprach er vom „Kreuz des Südens“: Italien sollte sofort am großen Experiment der Gemeinschaftswährung teilnehmen können, in der Hoffnung, dass eine externe Bindung durch die Maastricht-Kriterien und die von den Regierungen der Eurozone anschließend eingeführten Neuregelungen das Land, seine Bürger, seine politische Klasse sowie seine Eliten dazu zwingen könnten, die notwendigen ethisch-politischen Reformen zu vollziehen, von denen bereits Antonio Gramsci gesprochen hatte.

Auf diese Weise hätte es Italien gelingen können, um eine berühmte Formulierung von Giovanni Agnelli zu verwenden, „sich an den Alpen festzuklammern, um nicht in die warmen Gewässer des Mittelmeers abzugleiten“. Es kam jedoch ganz anders. Als Italien in eine komplexere, riskantere und weniger geschützte Welt eintraten und sich globalen Prozessen stellen musste, was sich sowohl als Sprung auf dem Weg der europäischen Integration als auch als Exposition gegenüber dem

internationalen Wettbewerb präsentierte, hat sich das Land verloren. Als Italien sich dazu bereit erklärte, am Experiment der gemeinsamen Währung teilzunehmen, hätte es die Mechanismen, auf deren Fundament der politische und soziale Kompromiss in den Nachkriegsjahren während der sogenannten Ersten Republik gründete, radikal reformieren müssen.

„WENIGER ITALIENISCH, MEHR DEUTSCH“

Mit der Anerkennung der europäischen Stabilitätskultur (von wenigen herbeigewünscht, von vielen gefürchtet) hätte Italien so etwas wie eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Revolution in Gang setzen müssen. Fast ein halbes Jahrhundert lang hatte das Land nach einem „Inflationsmodell“ funktioniert, das – gekennzeichnet durch eine „schwache Währung“ und „schwache Regierungen“ – das exakte Gegenteil des deutschen Modells ist, das auf „Stabilität der Währung“ und „Stabilität der Regierungen“ basiert. Es hätte sozusagen „weniger italienisch und mehr deutsch“ werden müssen. Aus diesem Grund ist der Vergleich mit Deutschland zu einer Art Lackmustrast geworden, mit dem man Freunde und Feinde der europäischen Perspektive unterscheiden kann.

Dieser ethisch-politische Salto mortale ist gescheitert. Der Euro und Europa hätten für Italien nach *Risorgimento* („Wiedererstehung“) und der *Resistenza* („Widerstand“) die dritte große Etappe auf dem Weg in eine vollständig demokratische Moderne sein können. Um die Schlacht um den Euro gewinnen zu kön-

nen, hätte Italien eine Art „Regierung der öffentlichen Gesundheit“ benötigt, die von der historischen Notwendigkeit und der strategischen Reichweite einer solchen Verpflichtung überzeugt ist und die in der Lage hätte sein müssen, die Zustimmung der Nation zu gewinnen.

Stattdessen haben die italienischen Wähler zweimal, erstmalig zu Beginn der 2000er-Jahre unter der Berlusconi-Regierung und zuletzt mit den Wahlen am 4. März 2018, auf unverantwortliche Weise geglaubt, die Probleme und die schwierigen und vielleicht schmerzhaften Reformen umgehen zu können, indem sie sich von den verführerischen Geschichten und falschen Versprechungen der populistischen Parteien überzeugen ließen. Denn eins sollte klar sein: Die heutige rotbraune Regierung ist im Wesentlichen das Ergebnis der moralischen, politischen und sozialen Korruption, die in den Jahren Silvio Berlusconi entstanden ist, den die *Lega* – damals von Umberto Bossi und heute von Matteo Salvini angeführt, der die aktuelle Regierung dominiert – nicht ganz zufällig entscheidend unterstützt hat.

„DEUTSCHES EUROPA“ ALS SÜNDEBOCK

Die finanzielle und wirtschaftliche Krise hat die historische Zustimmung der Italiener in Bezug auf Europa zerstört, indem der „Geist einer deutschen Hegemonie“ wieder zum Leben erweckt wurde. Im Allgemeinen ist die dominante Erzählung vorherrschend geworden, dass Deutschland ein Feind Italiens sei, und zwar nicht – und nun das Paradox –, weil es anti-europäisch, sondern weil es Verteidiger der

Europäischen Verträge und ihrer genauen Anwendung ist. Das Land, das über ein halbes Jahrhundert lang unbestritten an der Spitze des „Europäismus“ stand, fiel einem ebenso verbitterten wie machtlosen Groll gegenüber Europa und vor allem gegen Deutschland zum Opfer.

Die schleichende Entfremdung, die in den Jahren der Berlusconi-Regierung aufgetaucht ist, beherrscht einen großen Teil der öffentlichen Meinung und einen kleineren der Führungseliten; sie ist in eine offene Feindseligkeit gegenüber dem ehemaligen Verbündeten umgeschlagen. Das „deutsche Europa der strengen Sparpolitik“ dient nun als Sündenbock. Die beiden Länder, die aus historischen und politischen Gründen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in enger Zusammenarbeit den Aufbau des „europäischen Hauses“ vorantrieben hatten und die Protagonisten einer intensiven intellektuellen Osmose waren, bedienten sich nach und nach auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene eines unterschiedlichen Vokabulars. Aus diesem Grund können sie sich nicht mehr verständigen oder verstehen.

Übersetzung aus dem Italienischen:
Übersetzungsbüro Perfekt, München

¹ Pierre Rosanvallon: La contre-démocratie. La politique à l’âge de la défiance, Seuil, Paris 2006. In Deutschland unter dem Titel „Die Gegen-Demokratie“ erschienen (Hamburger Edition, 2017).

² Anmerkung der Redaktion: Dieser Satz gilt allgemein als Aufruf zur Schaffung einer italienischen nationalen Identität im Sinne der Französischen Revolution, also die Vereinigung des „Volkes“, das sich bewusst ist, durch Merkmale wie eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Religion geistig vereint zu sein, in einem Staat, der durch den kollektiven Willen der Menschen geschaffen wurde.

Spitzenreiter mit Reformbedarf

Die Europäische Union und die Weltwirtschaft

BODO HERZOG

Geboren 1976 in Meersburg am Bodensee, Professor für Volkswirtschaftslehre, ESB Business School der Hochschule Reutlingen.

Nach der Euro- und Wirtschaftskrise in den Jahren seit 2010 verzeichnet die Europäische Union (EU) derzeit einen soliden Wirtschaftsaufschwung in allen Mitgliedstaaten. Der Anteil Europas an der Weltwirtschaft beträgt rund 30 Prozent. Das europäische Wirtschaftswachstum ist 2018 mit 2,1 Prozent sogar größer als das in Deutschland mit 1,6 Prozent. Eine Analyse der Dauer von Aufschwungsphasen zeigt, dass Europa im Vergleich zur Weltwirtschaft sogar unerwarteter Spitzenreiter ist. Seit den 1970er-Jahren liegt die durchschnittliche Dauer eines europäischen Wirtschaftsaufschwungs bei über dreißig Quartalen; sie ist mithin deutlich höher als in den USA und Japan (SVR Wirtschaft, 2018).

Die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone ist ebenso positiv. Noch nie war die Zustimmung zum Euro so hoch und die Arbeitslosigkeit

so niedrig wie heute (siehe Tabelle unten). Der kontinuierliche Anstieg der Exporte innerhalb Europas ist ein weiteres Zeichen für eine verstärkte Integration des Binnenmarktes und steigenden Wohlstand. Diese Kennzahlen sind beeindruckend, doch überzeugen sie viele Europakritiker dennoch nicht.

Insofern ist der Blick ebenfalls auf die alltäglichen und sozialen Zusammenhänge zu lenken. In Zeiten globaler Herausforderungen manifestiert sich der wahre Wert der EU auch in Freiheit und Stabilität. Gerade der Brexit zeigt, was in Gefahr gerät, wenn man die EU verlässt.

SCHLÜSSELINDIKATOREN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

	2000	2010	2017
Wachstumsrate Euroraum (in Prozent)	3,8	2,1	2,4
Arbeitslosigkeit Euroraum (in Prozent)	8,9	10,2	8,3
Zustimmung zum Euro (<i>good thing</i>)	—	56,0	64,0
Binnen-EU-Güterexport in Relation zum BIP	17,2	19,9	20,8
Integrationsindex Binnenmarkt	61,8	73,9	75,9

Quelle: AmCham EU (2017), EZB (2018), Eurostat (2018)

Mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens verlieren das Land und seine Bürger zahlreiche Vorzüge. Der interne Nutzen des Binnenmarkts ist charakterisiert durch einen einfachen Marktzugang in allen Mitgliedsländern und folglich einen größeren Absatzmarkt. Mithin impliziert das mehr Wettbewerb, niedrigere Güterpreise und größere Produktvielfalt – zum Wohle aller EU-Bürger. Britische Unternehmen warnen unisono vor dem Verlust dieser internen Vorteile, insbesondere auch in lebenswichtigen Bereichen wie der Arzneimittelversorgung.

Die externen Vorteile des Binnenmarktes sind ebenso relevant. Die EU hat in den letzten Jahren zahlreiche Freihandelsabkommen mit anderen Ländern und Regionen der Welt abgeschlossen. Die Vorzüge dieser Handelsabkommen darf jedes Mitgliedsland in Anspruch nehmen. Unbestreitbar ist, dass die EU-Kommission ein großes politisches und ökonomisches Gewicht einbringt, da sie für gut 500 Millionen EU-Bürger verhandelt. Ein einzelner europäischer Nationalstaat verfügt über weit weniger Verhandlungsmacht. Der Verlust der externen Dimension des Binnenmarkts bereitet Großbritannien – trotz geplanter bilateraler Handelsabkommen – ebenso Kopfzerbrechen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass zuletzt in der EU und Deutschland geplante Handelsverträge wie CETA (*Comprehensive*

Economic and Trade Agreement) oder TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*) mehrheitlich Ablehnung erfahren haben. Kurzum: Die Trump'sche Idee des Protektionismus und des starken Nationalstaats ist auch in Europas Köpfen en vogue (Herzog, 2015; Herzog/Däubler-Gmelin, 2016). Richtig ist: Die Bürger haben sehr wohl verstanden, dass der Wohlstand – insbesondere der des Exportweltmeisters – vom internationalen Handel abhängt. Zugleich erfahren die Bürger jedoch auch die Kehrseite der Globalisierung: Arbeitsplätze werden in Billiglohnländer verlagert; der Niedriglohnsektor bietet kaum Aufstiegsmöglichkeiten; die Einkommens- und Vermögensungleichheit wächst, und internationale Konzerne kommen oftmals nicht ihrer sozialen und ethischen Verantwortung nach.

NOTWENDIGE ORDNUNGSPOLITISCHE MODERNISIERUNG

Diese negativen Aspekte sind allerdings ein Merkmal nationalen Politikversagens, denn die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik obliegt der Verantwortung der Nationalstaaten und nicht der EU! Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger tut not, um nicht nachhaltig die Grundlage des Wohlstands – den freien Handel – zu verteufeln. Es ist angebracht, die Globalisierung mit europäischen und nationalen Maßnahmen zu flankieren. Sichere Arbeit, gute Löhne sowie eine stabile Rechtsgemeinschaft sind die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft – mit und ohne Globalisierung.

Es gibt jedoch auch indirekte und in westlichen Industriestaaten unbemerkte Erfolge des Welthandels. Nobelpreisträger Angus Deaton belegt, dass durch offene Märkte, wie beispielsweise den europäischen Binnenmarkt, die globale Armut sowie die Ungleichheit zwischen den Staaten rückläufig ist (Deaton, 2017).

Allerdings befindet sich Europa in einem Spannungsfeld mit der Weltwirtschaft. Die europäische Erfolgsbilanz darf nicht über die neuen Herausforderungen hinwegtäuschen. Aus ökonomischer Sicht sind das die Gestaltung des digitalen EU-Binnenmarktes, die Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine alternde Gesellschaft, der aufkommende Protektionismus sowie die Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Zur Sicherung des Wohlstands ist eine ordnungspolitische Modernisierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ notwendig.

Die Gestaltung der Digitalwirtschaft mit der anschließenden Vollendung eines digitalen EU-Binnenmarktes ist eine omnipräsente Herausforderung. Derzeit liegt der grenzüberschreitende Internethandel in Europa abgeschlagen bei knapp 20 Prozent. Die digitale Infrastruktur für E-Government oder E-Health sowie die Erforschung der Künstlichen Intelligenz sind im internationalen Vergleich in Deutschland und Europa unterdurchschnittlich

(Eurostat, 2017). Im Unterschied zur öffentlichen Bildungs- oder Verkehrsinfrastruktur ist die digitale Infrastruktur privatisiert und an Profitinteressen ausgerichtet.

Ein weiteres ordnungspolitisches Problem sind die Entwicklung und das Angebot digitaler Geschäftsmodelle von jedem Ort der Welt. Sie sind somit äußerst mobil und entziehen sich leicht der staatlichen Regulierung und Besteuerung. Eine aktuelle Studie (Herzog, 2018a) zeigt den fundamentalen Mehrwert der digitalen Plattformen wie etwa Google oder Facebook. Nutzer sind bereit, für die Google-Suchmaschine pro Woche gut 120 Euro und für Facebook gut 30 Euro zu bezahlen. Das bedeutet: Digitale Plattformgüter sind keine freien Güter, obwohl der Preis der Nutzung null beträgt. Das Angebot von Plattformgütern sollte demgemäß der staatlichen Regulierung und Aufsicht unterliegen, insbesondere der Wettbewerbsregulierung (*The Economist*, 2018). Einerseits muss freier Marktzugang garantiert sein, andererseits die Monopolbildung unterbunden werden.

Neben diese langfristige Gestaltungsaufgabe tritt noch die Frage der disruptiven Transformationsphase. In einem Forschungsprojekt werden dazu neuartige ordnungspolitische Antworten entwickelt. Im Zentrum stehen Überlegungen, ob das Wettbewerbsrecht den Marktzugang in der Digitalwirtschaft garantieren sowie die Tendenz der Monopolbildung vermeiden kann, ob die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung modernisiert werden muss und wie eine moderne Arbeitsmarktpolitik in der Digitalwirtschaft aussieht.

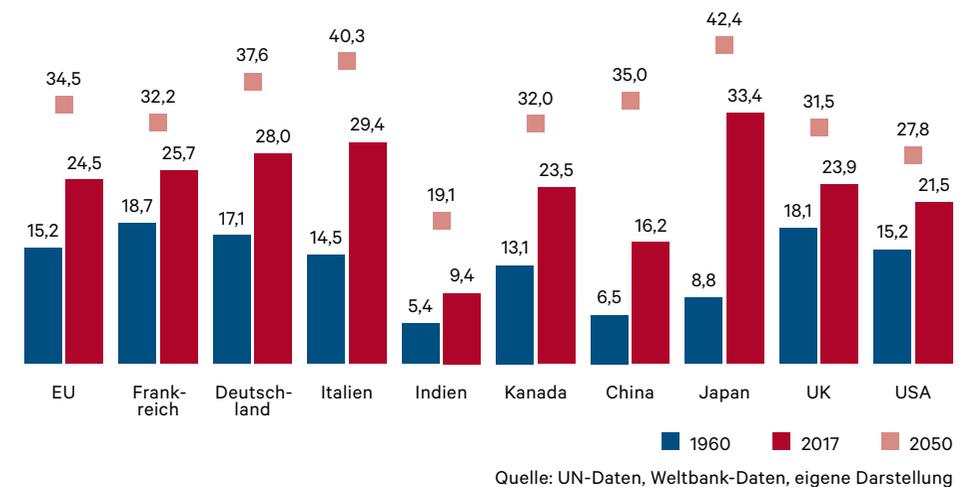
Zur Bekämpfung von Steuervermeidungsstrategien in der Digitalwirtschaft ist ein internationales oder europäisches Vorgehen trotz der Kritik des Sachverständigenrates, eine digitale Mindestbesteuerung könne „eine Zwischenlösung darstellen, soweit sie einen ökonomisch sinnvollen Steuerwettbewerb nicht einschränkt“ (SVR Wirtschaft, 2018, S. 19), zu befürworten. Allerdings löst eine Digitalsteuer nicht den fortschreitenden digitalen Strukturwandel, sondern mildert lediglich das Symptom der bislang unzureichenden ordnungspolitischen Rahmensetzung.

FOLGERUNGEN AUS DEM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Die Digitalisierung hilft, die Folgen des demografischen Wandels abzumildern. Dennoch sind die europäischen Mitgliedsländer dieser Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten besonders stark ausgesetzt (siehe Abbildung Seite 57). Der Schlüssel der demografischen Herausforderung ist zuallererst die Befähigung der Bevölkerung, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Dies erfordert ein unabhängiges modernes Bildungssystem mit besseren finanziellen Rahmenbedingungen und unter anderem auch eine Rückbesinnung auf das Humboldt'sche Bildungsideal. Verkrustete Strukturen in

unserem Bildungssystem (Bologna) bieten wenig Spielraum, der Herausforderung zu begegnen. Auch die Isolation der europäischen Arbeitsmärkte erschwert Maßnahmen zur Linderung der demografischen Lücke und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch zeigt sich, dass Länder, die Strukturreformen umsetzen, durch verbesserte Arbeitsmarktpartizipation und höhere Wettbewerbsfähigkeit profitieren (De Grauwe et al., 2018). Die Skaleneffekte des Binnenmarkts sind mitunter ein unschlagbarer Standortvorteil Europas.

ALTENQUOTIENTEN AUSGEWÄHLTER LÄNDER



Insbesondere bei den großen Herausforderungen unserer Zeit sollten wir zunächst europäisch und international denken. So könnte die Vernetzung Europas mit der Weltwirtschaft einen Beitrag zur Entschärfung des demografischen Wandels leisten. Hingegen gefährdet wirtschaftlicher Isolationismus den Wohlstand.

Deutschland und Europa sind eine offene Volkswirtschaft. Der internationale Handel trägt maßgeblich zum Wohlstand bei. Nach Jahrzehnten der Liberalisierung und globalen Wirtschaftswachstums gewinnt seit der Amtsübernahme durch US-Präsident Donald Trump der Protektionismus an Einfluss. Obwohl die protektionistischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten die Zollsätze teils erhöht haben, kann noch nicht von einem Handelskrieg gesprochen werden (SVR Wirtschaft, 2018, S. 12 ff.). Nach wie vor besteht die Chance, in Verhandlungen ein für beide Seiten gewinnbringendes Freihandelsabkommen abzuschließen (EU-Kommission, 2018).

Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, wenn die EU-Kommission innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) auf die amerikanischen Regelverletzungen hinweist und zugleich versucht, die WTO zu

reformieren. Im Übrigen zeigt die Debatte, dass eigene protektionistische respektive industriepolitische Maßnahmen nicht im langfristigen Interesse Europas liegen.

Die hinter dem aktuellen Protektionismus stehenden gesellschaftspolitischen Motive sind allerdings weitreichender. Dani Rodrik (2017) zeigt, dass die sogenannte Anti-Bewegung, unter anderem Anti-Europa, Anti-Handel, Anti-Migration und so weiter, ein Charakteristikum des modernen Populismus darstellt, der auch mit der Überlagerung des Postfaktischen verweben ist. Insofern ist die Lösung des aufkommenden Protektionismus und Nationalismus vielschichtiger. Ein neuartiger Lösungsansatz aus der Wissenschaft ist die Umsetzung „inklusive Kommunikation“ (Herzog, 2018b). Mithin sollte das gesamte Spektrum der Informationsverteilung von den pluralistischen Medien dargestellt werden.

Der Euro ist mit einem Anteil von gut zwanzig Prozent die zweitgrößte Weltreservewährung nach dem US-Dollar – allerdings mit fallender Tendenz. Dies deutet auf die internen Herausforderungen der Währungsunion hin. Die Debatte über die Zukunft der Währungsunion ist in vollem Gang. Mit der Europarede des französischen Präsidenten an der Universität Sorbonne vom 26. September 2017 und den Vorschlägen der EU-Kommission vom 6. Dezember 2017 sind erste Reformpfade beschrieben (Herzog, 2018 c).

Die Pläne der italienischen Regierung dürften allerdings die zögerliche deutsche Haltung bestärken. Das italienische Regierungsbündnis zwischen der Fünf-Sterne-Bewegung und der *Lega Nord* enthält nicht nur für die Währungsunion, sondern auch für die EU Sprengstoff. Die Wahlgeschenke umfassen den Abbau von Steuern, die Absenkung des Renteneintrittsalters und ein monatliches Mindesteinkommen von 760 Euro. Die EU-Kommission ist bereits alarmiert. Wie sollten sich die europäische Politik und die Bundesrepublik verhalten?

STÄRKUNG DER MARKTKRÄFTE

Die Daten zeigen das italienische Dilemma: Der Schuldenstand von 130,8 Prozent wird weiterhin steigen und nicht – wie von der EU-Kommission und im Stabilitätsprogramm anvisiert – konsolidiert. Zugleich imaginiert die italienische Regierung ein optimistischeres Wirtschaftswachstum, was die Erreichung der Haushaltsziele nochmals unglaubwürdiger macht.

Herzog und Ferencz (2019) zeigen, dass Italien keine Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung attestiert werden kann. Am 21. November 2018 hat sich die EU-Kommission für die Einleitung eines Defizitverfahrens gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesprochen. Sollte Italien den Marktzugang zur Finanzierung der exzessiven Staatsverschuldung verlieren, könnte es Hilfgelder beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unter

Einhaltung der Konditionalität beantragen. Als Ultima Ratio wird die Europäische Zentralbank erstmals das *Outright Monetary Transactions*-Programm (OMT-Programm) aktivieren.

Gewiss bilden der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 sowie das Europäische Semester aus dem Jahr 2011 zentrale Bausteine für die Stabilität der Währungsunion (Herzog, 2016). Allerdings gibt es noch etwas Wertvolleres in der Währungsunion: Marktkräfte!

Gelänge es, die Marktkräfte zu stärken und damit ein glaubwürdiges *No-Bailout* (Haftungsausschluss der Europäischen Union sowie aller Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten nach Artikel 125, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union [AEUV]) zu signalisieren, wäre der Euro stabilisiert, und zwar ohne weder die demokratisch gewählte Regierung in Italien noch deren Bürger in Misskredit zu bringen. Infolge eines glaubwürdigen *No-Bailout* würden die Refinanzierungskosten der italienischen Staatsschulden ansteigen – wie bereits ansatzweise zu beobachten ist. Diese Marktreaktion ist im Interesse aller Europäer, denn die Folgen einer Schulden- und Wirtschaftskrise träfen ohnehin die europäischen Bürger am härtesten.

Die Stärkung der Marktkräfte in der regelbasierten Währungsunion ist ein zentraler Reformbaustein (Herzog/Hengstermann, 2013). Die Eurozone beruht auf dem Fundament von Eigenverantwortung und Haftung in einer Hand. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass eine Stabilitätsunion der Balance von Regeln und Marktkräften bedarf. Die Modernisierung der Währungsunion sollte einerseits eine stärkere politische Stabilitätsverantwortung beinhalten und andererseits die Marktkräfte ertüchtigen. Dazu sind ein Abwicklungsmechanismus für überschuldete Mitgliedstaaten sowie das Zurechtrücken der originär politischen und der originär geldpolitischen Verantwortung notwendig (Herzog, 2017; Herzog/Ferencz, 2019).

Diese Reformstrategie liegt im europäischen und nationalen Stabilitätsinteresse. Solide und europafreundliche Mitgliedstaaten profitieren davon; indes würde die nationalistische oder reformunwillige Politik automatisch von den Märkten sanktioniert. Die Anzeichen einer sich andeutenden schwächeren Wirtschaftsdynamik sollten als Motivation verstanden werden, sich entschlossen den Aufgaben zu stellen und die Reformmüdigkeit zu überwinden. Die größte Herausforderung besteht darin, das Reformtempo aufzunehmen, sodass die Europäische Union für die Bürgerinnen und Bürger zukunftssicher ausgestaltet wird.

Die Politik sollte zentrale Elemente der Sozialen Marktwirtschaft – wie Eigenverantwortung und Haftung, freien Handel sowie die Wettbewerbsordnung – selbst unter dem Eindruck der vielfältigen Herausforderungen nicht infrage stellen.

Literatur

Deaton, Angus (2017): Der große Aufbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen, Klett-Cotta.
De Grauwe, P., et al. (2018): The Political Economy of Structural Reforms in Europe, Oxford University Press.

The Economist (2018): Competition: The next capitalist revolution, 15.11.2018, www.economist.com/leaders/2018/11/15/the-next-capitalist-revolution.

EU-Kommission (2018): „Joint U.S.-EU Statement following President Juncker's visit to the White House“, Pressemitteilung 18-4687, Brüssel.

Eurostat (2017): Daten, www.ec.europa.eu/eurostat/de/home, Luxemburg.

Herzog, Bodo / Ferencz, Marlene (2019): „Disziplinierung ohne politische Diskriminierung: Warum es Marktkräfte in der Währungsunion bedarf!“, in: Ifo Schnelldienst (im Erscheinen).

Herzog, Bodo (2018a): „Valuation of Digital Platforms: Experimental Evidence for Google and Facebook“, in: International Journal of Financial Studies, Vol. 6(4), Nr. 87, S. 1–13.

Herzog, Bodo (2018b): „Mitigation of Market Volatility through Signal Enhancement of News“, in: World Finance Conference, S. 350–385, Juli 2018.

Herzog, Bodo (2018c): „Reforming the Eurozone: Assessment of the Reform Package By The European Commission – Treating Symptoms or Root Causes?“, in: Journal of Economics & Sociology, Jg. 11(3), S. 59–77.

Herzog, Bodo (2017): „Abwicklungsmechanismus für Mitgliedstaaten des Euroraums“, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 97, Heft 12, S. 881–888.

Herzog, Bodo (2016): Neujustierung der Governance der Europäischen Währungsunion, S. 1–46, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2016.

Herzog, Bodo / Däubler-Gmelin, Herta (2016): Streitgespräch über TTIP zwischen Professor Herzog und Professorin Däubler-Gmelin, Bundesministerin a. D., siehe www.vimeo.com/167492990.

Herzog, Bodo (2015): Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – A need for an open-minded debate, www.vimeo.com/133762162.

Herzog, Bodo / Hengstermann, Katja (2013): „Restoring Credible Economic Governance to the Eurozone“, in: Journal of Economic Affairs, Jg. 33(1), S. 2–17.

Rodrik, Dani (2018): „Populism and the economics of globalization“, in: Journal of International Business Policy, S. 1–22.

SVR Wirtschaft (2018): Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. Jahresgutachten 2018/19, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Handeln und Haften

Reformen für eine krisenfeste Währungsunion

BURKHARD BALZ

Geboren 1969 in Lemgo, 2009 bis 2018 Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU), ab 2014 Koordinator (Finanzpolitischer Sprecher) der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, seit 1. September 2018 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank.

Die Einigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg war eine politische Vision. Zu Recht gelten Frieden und Stabilität als die größten Errungenschaften der Europäischen Union (EU). Ein Schrittmacher der Einigung Europas war nicht zuletzt die Integration der europäischen Volkswirtschaften. Wirtschaftliche Integration kann den Wohlstand auf vielfache Weise steigern: Der freie Handel erlaubt, dass

sich jeder auf das spezialisiert, was er am besten kann. Größenvorteile können besser genutzt werden. Außerdem bedeutet ein größerer Markt mehr Wettbewerb, und dieser fördert wiederum Innovation und Produktivität. Verbraucher profitieren von niedrigeren Preisen und erweiterter Produktvielfalt.

Die Wirtschafts- und Währungsunion war bislang der mutigste Schritt hin zu stärkerer wirtschaftlicher Integration. Mit ihr wurde insbesondere das Versprechen stabiler Preise gegeben. Zwanzig Jahre nach seiner Einführung ist der Euro eine nach innen und außen stabile Währung. Die durchschnittliche Teuerungsrate im Euroraum beläuft sich seit 1999 auf 1,7 Prozent. Das Versprechen einer stabilen Währung für Europa konnte also gehalten werden.

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat den Euroraum jedoch in seinen Grundfesten erschüttert. Millionen von Menschen wurden arbeitslos. Für einzelne Mitgliedsländer wurden umfangreiche Rettungspakete geschnürt, deren Auflagen dort zum Teil als sehr hart und als Einmischung in nationale Angelegenheiten wahrgenommen wurden. In den Hilfe gewährenden Ländern wurde die Unterstützung mitunter als Einstieg in eine Transferunion erachtet. Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, dass die Finanzkrise ihren Ursprung in den USA nahm und auch andere Länder traf, etwa das Vereinigte Königreich. Sie verband sich später mit der Staatsschuldenkrise, die Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsländern, aber auch Schwachstellen im Ordnungsrahmen der Währungsunion offenlegte.

Das sollte nicht die Wohlfahrtsgewinne der wirtschaftlichen Integration insgesamt vergessen lassen. Studien belegen, dass Europa durch das Zusammenwachsen seiner Volkswirtschaften wohlhabender geworden ist – mit einem geschätzten Anstieg der Wirtschaftsleistung von fünf Prozent bis über 25 Prozent.¹ Dabei ist der zusätzliche Wohlstand in Europa verhältnismäßig breit verteilt. Gemäß Eurostat-Daten ist der Gini-Index, ein oft genutztes Maß für wirtschaftliche Ungleichheit, weder in Deutschland noch in Frankreich, Spanien, Italien oder Griechenland heute höher als zu Beginn des gemeinsamen Binnenmarktes.

WEGFALL DES „ÜBERDRUCKVENTILS“

Klar ist: Der Wegfall des Wechselkurses als eine Art „Überdruckventil“ zur Anpassung stellt höhere Anforderungen an Flexibilität und Widerstandsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften. Wenn zum Beispiel die Löhne stärker als die Produktivität steigen und die Wirtschaft dadurch an Wettbewerbsfähigkeit verliert, lässt sich diese Schere nicht mehr einfach durch ein Abwerten der nationalen Währung schließen. Notwendig sind dann langwierige und vielfach schmerzhaft Anpassungen, etwa über Lohnkürzungen oder Stellenabbau.²

Die Reformen in den von der Schuldenkrise betroffenen Mitgliedstaaten waren daher unausweichlich, um verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückzuerlangen und die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften dauerhaft zu erhöhen. Hier wurden durchaus Fortschritte erzielt,³ jedoch es bleibt noch

viel zu tun. Handlungsbedarf besteht zudem in Ländern, die vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind – man denke nur an den demografischen Wandel, der Deutschland in ganz besonderer Weise betrifft.

Die Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, mit der gemeinsamen Geldpolitik zurechtzukommen, auch wenn sie von länderspezifischen Schocks getroffen werden. Daher sind in einer Währungsunion flexible Güter- und Arbeitsmärkte unverzichtbar. Doch genauso wichtig ist ein effizientes und widerstandsfähiges Finanzsystem. Schließlich sind Verschuldungskrisen nur dann möglich, wenn Kreditgeber Risiken falsch einschätzen oder leichtfertig Mittel vergeben.

Wie können wir sicherstellen, dass Anreize zu sorgfältiger Kreditvergabe gewahrt werden? Um mit Walter Eucken zu sprechen: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.“ Dass Finanzinstitute Verluste selbst tragen und im Extremfall auch abgewickelt werden können, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern Bedingung für nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb war die Schaffung der Bankenunion ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer stabilen Architektur der Währungsunion. Sie legt unter anderem fest, dass für Verluste von Banken zunächst die Eigentümer und Gläubiger haften und erst in einem allerletzten Schritt auch gemeinschaftliche Gelder zur Sanierung oder Abwicklung herangezogen werden dürfen.

ANTWORTEN AUF DIE KRISE

Eine weitere Antwort auf die Krise war die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Seine Finanzhilfen erlauben den Staaten eine gestreckte und geordnete wirtschaftliche Anpassung. Dadurch wird der Gefahr begegnet, dass aus einer Krise in einem Mitgliedsland eine Bedrohung für das Finanzsystem im Euroraum insgesamt wird. Im Gegenzug verpflichtet sich der Staat zu Wirtschaftsreformen.

Die Regeln des ESM sehen vor, dass er nur vorübergehend illiquiden, nicht aber insolventen Mitgliedstaaten helfen darf. Ob ein Mitgliedsland nur vorübergehend illiquide oder zahlungsunfähig ist, lässt sich in einer akuten Notlage aber kaum abschließend feststellen. Die Bundesbank schlägt vor, die Anleihebedingungen für neu begebene Staatsanleihen im Euroraum dahingehend zu ergänzen, dass automatisch eine dreijährige Laufzeitenverlängerung in Kraft tritt, sobald ein Staat ein ESM-Programm erhält.⁴ Auf diese Weise blieben die Altgläubiger im Fall eines Hilfsprogramms in der Verantwortung. Entscheidungen über eine Restrukturierung können dann im weiteren Verlauf bei einem gesicherteren Ausblick auf die Schuldentragfähigkeit getroffen werden. Das „Pulver“ des ESM wird trocken gehalten, weil weniger Mittel zur Ablösung fällig werdender Titel benötigt werden. Die Steuerzahler der Hilfe gebenden Staaten werden geschont.

Für den Überschuldungsfall sollte ein Mechanismus zur effektiven Krisenbewältigung die Möglichkeit zur Restrukturierung der Schulden beinhalten. Die Staats- und Regierungschefs haben sich im Dezember darauf geeinigt, dass der ESM bei Bedarf und auf Anfrage eines Mitgliedslandes eine koordinierende Rolle für den Fall einer Restrukturierung von Staatsanleihen übernehmen kann. Zudem sollen die Klauseln vereinfacht werden, die Probleme, wie etwa den Erwerb von Sperrminoritäten im möglichen Fall einer Restrukturierung, verhindern sollen. Das sind notwendige Schritte auf dem Weg hin zu einem geordneten Verfahren der Restrukturierung von Staatsanleihen.

Eine solche Restrukturierung darf nicht das Finanzsystem in die Knie zwingen. In diesem Zusammenhang spielt insbesondere die regulatorische Privilegierung von Bankforderungen gegenüber Staaten eine Rolle. Bisher dürfen Banken Anleihen des heimischen Staates in unbegrenzter Höhe erwerben und müssen diese kaum oder gar nicht mit Eigenkapital unterlegen. Das kann zu einer starken Verflechtung der Banken mit der fiskalischen Situation ihres Heimatlandes führen – ein Zustand, der sich ändern muss, wenn die Währungsunion dauerhaft stabil sein soll.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE EUROPÄISCHE EINLAGENSICHERUNG

Die Beendigung der regulatorischen Vorzugsbehandlung von Forderungen gegenüber Staaten ist auch aus einem anderen Grund wichtig. So wird als zusätzliche Säule der Bankenunion eine gemeinsame europäische Einlagensicherung diskutiert. Sie kann das Risiko eines „Bank Run“ verringern und würde damit zu einem stabileren Finanzsystem beitragen.

Die regulatorische Privilegierung hat ermöglicht, dass ein großer Teil der Staatsanleihen im Euroraum in den Büchern der Banken des jeweiligen Sitzstaates liegt. Eine regulatorische Verpflichtung zu einer adäquaten Behandlung der damit einhergehenden Risiken besteht aber gerade nicht. Versichert man in solch einer Situation im Euroraum Bankenrisiken, versichert man indirekt fiskalische Risiken. Es bestünde die Gefahr, dass künftig fiskalische Risiken in das nationale Bankensystem verschoben und über die Einlagenversicherung vergemeinschaftet würden.

Darüber hinaus müssen die bestehenden Risiken in den Büchern der Banken aus Zeiten nationaler Eigenverantwortung hinreichend abgebaut sein, bevor eine gemeinsame Einlagenversicherung eingerichtet werden kann. Zu diesen Altlasten zählen neben den Staatsanleihen die Bestände an notleidenden Krediten. Dabei sind einige Mitgliedsländer von diesem Problem nach wie vor sehr viel stärker betroffen als andere.

Wie die Diskussion über weitere Schritte in der Bankenunion zeigt, muss das Ziel der Reformen für eine krisenfestere Währungsunion sein,

Handeln und Haften wieder stärker in eine Hand zu legen. An diesem Prinzip sollten wir uns auch orientieren, wenn wir die fiskalische Architektur der Währungsunion diskutieren.

GLEICHGEWICHT VON HANDELN UND HAFTEN

Die Staatsschuldenkrise hat die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob eine Währungsunion mit gemeinsamer Geldpolitik, aber mit dezentralen Wirtschafts- und Finanzpolitiken dauerhaft funktionieren kann. Eine solche Konstruktion kann verstärkt Anreize zur Verschuldung setzen, insbesondere dann, wenn die Aussicht besteht, die Kosten der Verschuldung zumindest zum Teil auf andere Mitgliedstaaten zu verlagern.

Ökonomen kennen dieses sogenannte Allmendeproblem auch aus anderen Bereichen. Nehmen wir als Beispiel die Überfischung: Überfischung durch einen einzelnen Fischer verringert die Verfügbarkeit von Fischen für andere Fischer und gefährdet langfristig den Fischbestand insgesamt. Sie ist also für die Gemeinschaft der Fischer schädlich. Aus Sicht des einzelnen Fischers ist es jedoch attraktiv, einen möglichst großen Fang zu machen und nicht auf andere Fischer oder künftige Generationen von Fischern Rücksicht zu nehmen. Eine denkbare Lösung für das Allmendeproblem ist eine Zentralisierung: Wenn für gemeinsame Fischgründe verbindliche Fangquoten für jeden einzelnen Fischer festgelegt und durchgesetzt werden, ist der Fischbestand insgesamt gesichert.

In der Tat zeigen die Erfahrungen beispielsweise der USA, dass eine Fiskalunion eine Möglichkeit ist, um fiskalisches Handeln und Haften ins Gleichgewicht zu bringen. Das setzt aber die Bereitschaft der Gliedstaaten voraus, entsprechende Souveränitätsrechte auf eine europäische Ebene zu übertragen.

Die vergangenen Monate scheinen eher zu bestätigen, dass die Euroländer ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen weiterhin selbst treffen wollen. Dann müssen sie dafür aber auch haften. Dazu müsste etwa der gegenseitige Haftungsausschluss untermauert werden.

VERTEIDIGUNG DES MULTILATERALEN HANDELSSYSTEMS

Über Reformen für eine stabile Währungsunion hinaus steht Europa insgesamt vor weiteren bedeutenden Herausforderungen. Die Krisen der vergangenen Jahre und ihre Bewältigung haben Animositäten und Ressentiments geschürt. Auch außerhalb des Euroraums haben populistische Bestrebungen regen Zulauf erfahren. Die Menschen empfinden tiefgreifende Veränderungen wie Globalisierung und Digitalisierung oft als Bedrohung. Hier ist die Politik

gefordert, die Menschen in die Lage zu versetzen, dass sie die Chancen aus diesem Wandel für sich nutzen können. Dabei ist Bildung ein wichtiger Schlüssel.

Darüber hinaus wurde einerseits mit der Politik des „America first“ ein neues Kapitel in der internationalen Handelspolitik aufgeschlagen. Andererseits verfolgt China internationale Ambitionen, etwa mit der „Neuen Seidenstraße“. Gerade in dieser Situation benötigen wir Europäer eine starke Europäische Union. Dabei geht es nicht nur um die Wahrung der eigenen Interessen, sondern auch um Sicherung und Weiterentwicklung des multilateralen regelbasierten Handelssystems.

Das ist eine der wichtigen Zukunftsaufgaben der Europäischen Union. Es gibt viele Bereiche, in denen Europa nur gemeinsam vorankommen kann. Das betrifft vor allem die Bereitstellung europaweiter öffentlicher Güter beziehungsweise Politikbereiche mit externen Effekten über Ländergrenzen hinweg. Dazu gehören etwa Verteidigung, Migrationspolitik oder Klimaschutz.

Erst nach Klärung der Aufgaben sollte es um die Frage der Finanzierung gehen. Angesichts nach wie vor hoher öffentlicher Schuldenstände in einigen Mitgliedsländern ist darauf zu achten, dass dabei keine neuen Möglichkeiten zur Kreditaufnahme geschaffen werden. Wenn aber Europa weniger über Fragen der Finanzierung oder Verteilung streitet und sich stärker darauf konzentriert, die Probleme der Bürger zu lösen, würde dies den Bürgerinnen und Bürgern den Vorteil europäischer Lösungen verdeutlichen und so das Vertrauen in die EU stärken.

¹ Harald Badinger: „Growth Effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States“, *Review of World Economics* 141, 2005, S. 50–78. Nauro F. Campos, Fabrizio Coricelli, Luigi Moretti: „Economic Growth and Political Integration: Estimating the Benefits from Membership in the European Union Using the Synthetic Counterfactuals Method“, in: IZA Discussion Paper Nr. 8162, 2014. Andrea Boltho und Barry Eichengreen: „The Economic Impact of European Integration“, CEPR Discussion Paper Nr. 6820, 2008.

² Deutsche Bundesbank: „Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum“, Monatsbericht Dezember 2016.

³ Deutsche Bundesbank: „Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion“, Monatsbericht Januar 2014.

⁴ Deutsche Bundesbank: „Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum“, Monatsbericht Juli 2016.

Bitte keine blumigen Sprüche!

Europa und die Ostdeutschen

LORENZ CAFFIER

Geboren 1954 in Weixdorf bei Dresden, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres und Europa des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Als mich die Redaktion dieser Zeitschrift ansprach, ob ich mir vorstellen könne, einen Meinungsbeitrag zum Thema „Europa und die Ostdeutschen“ zu verfassen, brauchte ich etwas Bedenkzeit. Einerseits, weil bereits zahlreiche soziologische und politikwissenschaftliche Analysen dieses Thema aufgreifen. Sie befassen sich unter

anderem mit sozio-ökonomischen Unterschieden zwischen Ost und West, der Sozialisation der Ostdeutschen, den geschichtlichen Zusammenhängen, aber auch mit Themen wie Fremdenfeindlichkeit oder Angst vor Überfremdung. Was also hätte ich zu dieser Debatte noch beizutragen? Andererseits handelt es sich um ein Thema, mit dem man sich nur in die Nischen setzen kann, noch dazu als Politiker.

Schließlich geht es bei Themen wie diesem darum, über eine betroffene Gruppe im Allgemeinen zu sprechen, quasi von einem Durchschnittsvertreter (oder einer

Vertreterin) in Bezug auf die üblichen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Ausbildung, Beruf, Einkommen, Elternhaus oder Religionszugehörigkeit. Verallgemeinern lässt sich allerdings niemand sehr gern.

Schnell wird klar: *Der* Durchschnitts-Ossi existiert nicht. Es kann ihn auch gar nicht geben, da die Umbrüche durch die Wiedervereinigung zu vielfältig waren. In Westdeutschland musste mit dem Einigungsvertrag nichts verändert werden – außer den Postleitzahlen. In Ostdeutschland hingegen wurde alles komplett auf null gestellt.

Aber auch ich frage mich natürlich als Ost-Politiker und Minister, der auch für europäische Angelegenheiten zuständig ist, woher die unterschiedlichen Einstellungen zwischen Ost und West zu Europa rühren. Dabei hoffe ich, dass ich in meiner Argumentation nicht der Versuchung erliegen bin, nur ein paar auffällige Beispiele als Grundlage für eine ungewollte und vollkommen fehlplatzierte Pathologie für die rund sechzehn Millionen Menschen in den neuen Bundesländern heranzuziehen.

OSTDEUTSCHE WOLLEN TATEN, KEINE LEEREN WORTE

Die einen mögen in Europa ein Bürokratiemonster erkennen, andere ein Friedensprojekt, wiederum andere eine geopolitische Macht. Vielen ist das Thema – leider – herzlich egal. Es ist also sehr schwierig, den Begriff „Europa“ genau zu erfassen. Und da fängt das Problem schon an: Ostdeutsche mögen sehr verschieden sein und unterschiedlich ticken. Von unbestimmten Worthülsen – und darauf möchte ich besonders hinweisen – haben

sie aber noch nie viel gehalten. Die Menschen hier wollen Taten sehen. Das will nicht heißen, dass hinter dem Begriff „Europa“ nicht tatsächlich Taten stecken. Ganz im Gegenteil: Noch nie haben wir in Europa eine solch lange Zeit des Friedens erleben dürfen. Nur sieben Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften hier 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Nirgendwo auf der Welt sind so viele Menschen so umfangreich gegen soziale Risiken abgesichert wie auf unserem Kontinent. Und allein in das Bundesland, das ich mit vertreten darf, werden nach Abschluss der laufenden Förderperiode Gelder der Europäischen Union (EU) in Höhe von etwa zehn Milliarden Euro geflossen sein. Die Investitionen kamen der Infrastruktur und der Entwicklung des ländlichen Raumes sowie der Landwirtschaft zugute.

Aber die Menschen hier sind vorgeprägt, was große Worthülsen des Staats betreffen: „Ich bitte Sie, mit mir das Glas zu erheben und zu trinken: auf die internationale Solidarität, auf den Frieden und das Glück aller Völker, auf den 40. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik“ (Erich Honecker) – wer als Staatsoberhaupt so etwas am Vorabend des Untergangs des eigenen Landes fabuliert, der trägt natürlich nicht dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger auf rhetorische Schleifchen viel geben.

Eine ungünstige Konstellation also: ein unendlich aufladbarer Begriff „Europa“ einerseits, dem andererseits Menschen gegenüberstehen, die von Politikern keine abstrakten Begrifflichkeiten hören, sondern Taten sehen wollen.

Und bei der Begrifflichkeit „Europa“ bleibt es ja nicht allein: Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Migration

und so weiter: All diese abstrakten Begriffskonstrukte stehen für tiefgreifende Veränderungen, von denen jeder spürt, dass sie kommen. Die wenigsten haben aber das Gefühl, dass diese Veränderungen proaktiv angegangen werden oder auch angegangen werden können. Vor allem aber: Nach der Wiedervereinigung stehen sie für noch mehr Umwälzungen. Da sagt der ein oder andere schlicht: Mir reicht's. Das will ich nicht. Wir hatten genug Veränderung.

Selbst in anderen Ländern können wir im Angesicht dieser Veränderungen beobachten, wie sich Menschen auf Vertrautes besinnen und sich zurückziehen. Bedenkt man, was die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern in der Kürze der Zeit alles mitgemacht haben, ist es nicht verwunderlich, wenn diese Entwicklung hier umso stärker ausgeprägt ist.

ÖKONOMISCHER UND KULTURELLER UMSTURZ

Denn der ökonomische Umsturz hat nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern Änderungsprozesse in jeder Familie in Gang gesetzt. Viele Menschen haben sie als nachteilig für sich empfunden. Die Konsum-Verkäuferin konnte für den Einzelhandel noch umgeschult werden. Die Handarbeitskraft in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft befand sich aber in einer ganz anderen Situation.

In Zahlen: In den ersten zwei Jahren verloren 2,1 Millionen Menschen ihre Arbeit. 1,4 Millionen Menschen verließen den Osten, Familien wurden auseinandergerissen. Derweil stieg die Arbeitslosen-

quote bis auf 18,7 Prozent im Jahr 2000 an. Über die Jahre blieb sie doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Viele Menschen wurden im Osten von einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in die nächste gesteckt. Diese Zeit – das Gefühl der Unsicherheit und das Gefühl, nicht gebraucht zu werden oder nicht gut genug zu sein – hat viele Ostdeutsche stark geprägt.

Zusätzlich hat sich auch das kulturelle Leben der Menschen tiefgreifend verändert. Sport-, Volks-, Sommer- und Erntefeste, Karnevalsfeiern, Jugendfestivals sowie Stadt- und Arbeitsjubiläen – für all das war plötzlich kein Staat mehr zuständig, sondern Bürgerinnen und Bürger, die Eigenverantwortung und Initiative neu für sich definieren mussten. Gleichzeitig hatten viele von ihnen genug mit dem neuen beruflichen Alltag zu tun, der ihnen jeden Tag aufs Neue alles abverlangte. In der DDR galt: an oberster Stelle die Familie, dann erst einmal lange nichts, dann kamen Beruf und Hobbys. Heute hingegen zählt für viele Menschen vor allem erst einmal der Beruf – Familie und Hobbys haben sich dem unterzuordnen. Wenn trotz aller Mühen am Monatsende nur die notwendigen Kosten gedeckt werden können, ist ein gewisser Frust vorprogrammiert.

BALANCE ZWISCHEN RÜCKSCHAU UND GEGENWART

Diese Erfahrungen stehen einer sicher auch nostalgisch eingefärbten Rückschau auf die eigene DDR-Vergangenheit gegenüber. Denn viele Menschen fühlten sich wirtschaftlich abgesichert. Legte man sich jedoch mit den Oberen an oder ordnete

sich nicht einigermassen in das sozialistische System ein, drohten harte Repressalien. Auch an den verordneten sozialen Zusammenhalt erinnern sich viele gern zurück – selbst wenn das oftmals dem allgemeinen wirtschaftlichen Mangel geschuldet war. Gerade in der Rückschau führt das zu einer sehr engen emotionalen Bindung mit der DDR, die vielen betroffenen Bürgern im Umkehrschluss die Identifikation mit dem neuen Deutschland und erst recht mit der Europäischen Union erschwert.

In diesem neuen System galt und gilt es, für sich einzustehen, seine Interessen durchzusetzen. Das fiel vielen in den Anfangsjahren schwer: einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern, die nicht verstehen kann, warum ihr das Arbeitslosengeld gekürzt werden soll; einem Rentner, der aus allen Wolken fällt, weil bei der Rentenberechnung Teile seines DDR-Gehalts nicht angerechnet werden können. In Fällen wie diesen traf ein System auf das andere. Oft wussten sich die Betroffenen nur mit moralischen Argumenten zu wehren, die teilweise mit großer Empörung vorgetragen wurden. Schnell war das Zerrbild des miesepetrigen Mecker-Ossis gezeichnet, der immer leicht genervt, gekränkt und passiv-aggressiv unterwegs war.

Die Zeichner dieses Bildes übersehen allzu leichtfertig, dass Menschen erst eine Stimme finden mussten, die jahrzehntelang überhaupt keine hatten. Dass man dann angesichts völlig neuer Herausforderungen und Erwartungen bisweilen über die Stränge schlägt, sollte nicht sonderlich überraschen. Selbstvertrauen entwickelt sich nicht über Nacht, sondern muss in jeder Situation neu erprobt werden. Und Duckmäusertum – das wurde in der An-

fangszeit schnell klar – würde einen in einer Sozialen Marktwirtschaft, in der Freiheit und das Individuum im Vordergrund stehen, nicht weit bringen.

Die große Mehrheit der Ostdeutschen – insbesondere die junge Generation – hat mittlerweile ein gesundes Selbstbewusstsein entwickelt, vor allem mit Blick auf ihren beruflichen Werdegang. Zu diesem Selbstbewusstsein haben sicher auch die Verankerung in der Region und das Pflegen von Traditionen und Brauchtum beigetragen.

Außerdem brummt die Wirtschaft, und die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Gerade die Jungen bewegen sich beruflich, akademisch und sozial ganz selbstverständlich im wiedervereinigten Deutschland. Aber es gibt auch eine ganze Generation, die in der Wendezeit kein Glück hatte und die es teilweise bis heute nicht geschafft hat, richtig Fuß zu fassen. Sieht man sich so einer Situation allein aufgrund von zeitlichen Zufällen wie der Wiedervereinigung in Deutschland ausgesetzt, erliegen viele der Versuchung, nostalgischen Gedanken an die DDR nachzugehen, die immer als Vergleichsebene weiterleben wird.

HANDELN STATT REDEN

Besonders schwierig wird es, wenn auf Veränderung mit Trotz reagiert wird: „Ich lasse mir doch jetzt nicht schon wieder erklären, was ich zu tun und zu lassen habe!“ Ein Beispiel ist die Reaktion auf den Umgang mit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015. Und Kritik ist auch durchaus berechtigt. Dass mit dem Zuzug von

Menschen aus gänzlich anderen Kulturen auch Probleme einhergehen, liegt völlig auf der Hand. Unsere erste Reaktion war zu einseitig positiv, während in der öffentlichen Wahrnehmung häufig Zurückhaltung festgestellt wurde. Aber mit einseitig überschwenglichen Ankündigungsarien konnten die Ostdeutschen noch nie viel anfangen. Handeln statt reden ist hier noch immer oberste Maxime. Und das betrifft natürlich nicht nur das Thema Flüchtlinge, sondern auch die Rente, das allgemeine Lohnniveau, die Konsequenzen aus dem Klimawandel – und natürlich Europa.

EUROPA MUSS ERGEBNISSE LIEFERN

Dass die Ostdeutschen Europa anders gegenüberstehen als die Westdeutschen, hat demzufolge nichts damit zu tun, dass Erstere kognitiv nicht dazu in der Lage wären, die Vorteile eines geeinten Europas zu erkennen. Sie haben aber ihre Erfahrungen mit blumigen Versprechungen gemacht, und das begriffliche Konstrukt „Europa“ erscheint ihnen zu unkonkret.

Deshalb muss die Politik selbst dafür sorgen, dass Europa spürbare und erlebbare (positive) Ergebnisse liefert. Zumal wir es nach meinem Dafürhalten insgesamt verpasst haben – egal, ob in Nord, Ost, Süd oder West –, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der Europäischen Union vollumfänglich zu vermitteln.

Insofern soll dieser Beitrag auch als Appell an die eigene Zunft betrachtet werden, mehr zu schaffen und weniger zu schnacken. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Zustimmung in den ostdeutschen Ländern zur Europäischen Union ganz anders ausfiele, wenn es beispielsweise einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen gäbe, der allseits uneingeschränkt akzeptiert und praktiziert würde. Oder endlich mit der Aushöhlung der europäischen Steuersysteme durch steuerliche Lockvogelangebote für internationale Großkonzerne aufgehört würde.

Denn schwer über einen Kamm zu scheren mögen wir Ossi sein. Aber die Forderung nach Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit und gerechter Teilhabe ist doch nachvollziehbar und verständlich. Und das ist nun wahrlich keine falsche Messlatte für gute Politik.

Anwalt für die Freiheit

Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments gestern und heute

HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, 1979 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1999 bis 2007 Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments, 1. Januar 2010 bis 1. Januar 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Beauftragter für Europäische Angelegenheiten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Vor vierzig Jahren, vom 7. bis 10. Juni 1979, waren die Bürgerinnen und Bürger der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) aufgerufen, ein Europäisches Parlament zu wählen. Genau vierzig Jahre vorher, 1939, wurden die jungen Generationen Europas gezwungen, in den furchtbarsten Krieg der Menschheitsgeschichte zu ziehen, um einander zu töten. Ausgelöst wurde dieser Krieg von einem verbrecherischen Regime, das den einzelnen

Menschen einer Ideologie unterordnete, dem Nationalsozialismus. 1979 – Welch ein Aufbruch in eine gemeinsame freiheitliche und friedliche Zukunft Europas, zunächst in neun Ländern unseres Kontinents, im Westen Europas!

Heute, 2019, sind die Bürgerinnen und Bürger in 27 Ländern der Europäischen Union (EU) aufgerufen, zum neunten Mal ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen. Die Wahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 könnten für unseren Kontinent und nicht nur für die EU zu einer Schicksalswahl werden.

Das historische Gedächtnis der Menschen ist begrenzt. Positives wird für selbstverständlich gehalten, kritische Entwicklungen werden resignativ als scheinbar unabänderlich hingenommen. Dabei sind es die Menschen selbst, die die Zukunft gestalten – in der parlamentarischen Demokratie über ihre von ihnen gewählten Repräsentanten. Dies ist der Inhalt und Sinn von Freiheit und Demokratie. Dabei sind Freiheit und Verantwortung zwei Seiten einer Medaille. Das ist unsere Chance für eine gute Entwicklung der Europäischen Union als dem freiheitlichen und demokratischen Kern unseres europäischen Kontinents.

Blicken wir kurz zurück ins Jahr 1979 – nicht, um nostalgisch innezuhalten, sondern um den Weg bis 2019 noch einmal zu gehen; jenen Weg, der Voraussetzung und Teil unseres Voranschreitens in die Zukunft ist.

„GRUNDGESETZ“ DER EUROPÄISCHEN UNION

Am 7. Juni 1979 wurde in Großbritannien, Irland und in den Niederlanden gewählt, am 10. Juni 1979 in Belgien, in der (noch nicht wiedervereinigten) Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien und Luxemburg. Am 23. Mai 2019 wird in Irland und in den Niederlanden gewählt – leider nicht in Großbritannien; der Brexit ist die größte Niederlage in der Geschichte der EU –, am 26. Mai 2019 in Belgien, Bulgarien, in der (wiedervereinigten) Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. In diesen 27 Ländern leben etwa 450 Millionen Menschen. Die Benennung dieser Länder ist nicht so sehr eine numerische Aufzählung, sondern Ausdruck eines 1979 unvorstellbaren historischen Wandels zu Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden.

Erst die Überwindung der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal in den 1970er-Jahren, danach der Zusammenbruch des totalitären Kommunismus (1989/90) ermöglichten es diesen Ländern, der Wertegemeinschaft der EU beizutreten. Dieser europäischen Wertegemeinschaft, deren Kern die Würde jedes einzelnen Menschen ist, anzugehören, entsprach dem innersten Bedürfnis der Menschen. Diese Wertegemeinschaft zu verteidigen –

ebenso nach innen wie nach außen – ist die höchste Priorität für die Europäische Union heute und in Zukunft. „Wir sind zu unserem Glück vereint“ – so heißt es in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 in Erinnerung an die Römischen Verträge vom 25. März 1957. Welche Erfolgsgeschichte für die Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Einigung Europas! Gerade in Zeiten großer Herausforderungen für die EU müssen wir uns daran erinnern. Die Berliner Erklärung war der Wegbereiter für den am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon, der den bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheiterten „Verfassungsvertrag“ im Kern bewahrte und weiterführte.

Bestandteil des Vertrags von Lissabon ist die Charta der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger der EU, unterzeichnet am 12. Dezember 2007 im Europäischen Parlament in Straßburg durch die Präsidenten des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Dieser Vertrag, in Kraft getreten am 1. Dezember 2009, ist heute das „Grundgesetz“ der Europäischen Union.

GESETZGEBUNGSRECHT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Der größte Erfolg des Europäischen Parlaments in seiner bisherigen Geschichte ist, dass es sich immer als Anwalt für die Freiheit aller Völker verstanden und sich für die Menschenrechte in ganz Europa und der Welt eingesetzt hat. Die jährliche Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit (auch EU-Menschenrechtspreis) ist dafür Beweis und beeindruckendes Symbol. Dabei sollten wir Deutschen nicht vergessen: Anders als in mancher europäischen Hauptstadt entwickelte sich im Europäischen Parlament kein ernsthafter Widerstand gegen die deutsche Einheit. Im Gegenteil: Sie wurde unterstützt, weil Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden ein berechtigter Anspruch für alle Europäer ist. Das Vertrauen, das zwischen den Europaabgeordneten in der praktischen täglichen Zusammenarbeit gewachsen ist, hat wesentlich dazu beigetragen, auch das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen nicht nur zu akzeptieren, sondern auch zu unterstützen. Für uns Deutsche bleibt es Verpflichtung, dass wir uns in den Dienst der Europäischen Union und unseres Kontinents stellen, ohne einen Anspruch auf Dominanz, jedoch immer in dem Bewusstsein, dass alle Völker – ob groß oder klein – ihre eigene Würde haben, die wir achten müssen.

Das Europäische Parlament ist heute einflussreich und mächtig. Bis dahin war es ein weiter Weg. Bei den ersten Europawahlen 1979 wurden die Kandidaten oft gefragt, warum sie für das Europäische Parlament kandidierten, da dieses doch „nichts zu sagen“ habe. So verständlich diese Fragen waren, so sehr waren sie jedoch auch Ausdruck eines Mangels an Vertrauen,

dass sich dieses ändern ließe. Parlamente müssen sich ihre Kompetenzen erkämpfen: mit klaren Vorstellungen, Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit. Vor allem ist die Überzeugung wichtig, das Richtige zu tun. Dies lässt manchen mitleidigen Einwand, „unrealistisch“, gar „naiv“ zu handeln, mit Gelassenheit ertragen. Wenn sich Robert Schuman, Jean Monnet, Konrad Adenauer oder Alcide De Gasperi bei der Begründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von solchen „Ermahnungen“ hätten leiten lassen, wäre der Weg zur europäischen Einheit niemals beschritten worden.

Das Europäische Parlament hat sich in einem kontinuierlichen Prozess, Schritt für Schritt, seine Kompetenzen, sein Gesetzgebungsrecht – als gleichberechtigter Mitentscheider mit den Regierungen (Ministerrat) – erstritten: Einheitliche Europäische Akte (1987), Vertrag von Maastricht (1993), Vertrag von Amsterdam (1999), Vertrag von Nizza (2003), Vertrag von Lissabon (2009). Die Daten bezeichnen das jeweilige Inkrafttreten der Verträge, mit denen bei der Gesetzgebung schrittweise die Einstimmigkeit im Ministerrat zugunsten der Mehrheitsentscheidung überwunden wurde – mit Ausnahme der Steuergesetzgebung, bei der das Einstimmigkeitsprinzip Anwendung findet. Auch in Fragen der Außenpolitik gilt noch die Einstimmigkeit im Ministerrat. Sowohl bei der Steuergesetzgebung als auch bei der Außenpolitik muss das Ziel sein, die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat und die gleichberechtigte Mitentscheidung des Europäischen Parlaments zu verwirklichen. Gleichwohl: Das Gesetzgebungsrecht des Europäischen Parlaments ist eine Erfolgsgeschichte, die 1979 erhofft, aber vermutlich kaum für realisierbar gehalten wurde.

„SPITZENKANDIDATEN“ FÜR DIE EUROPAWAHL

Das Europäische Parlament wählt den Kommissionspräsidenten und die gesamte Kommission. Mit dem Vertrag von Lissabon müssen die Staats- und Regierungschefs, wenn sie einen Vorschlag für den Präsidenten der Kommission unterbreiten, das Ergebnis der Wahlen „berücksichtigen“. So hat das Ergebnis der Wahlen Konsequenzen für die Person des Kommissionspräsidenten. Daraus hat sich folgerichtig für die Wahlen 2014 und nun 2019 die Kandidatur von „Spitzenkandidaten“ entwickelt.

Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), ist Spitzenkandidat der EVP und Frans Timmermans, Vizepräsident der Kommission, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten/Sozialisten. Für die Wahl des Kommissionspräsidenten wird es darauf ankommen, wie die Mehrheiten im künftigen Europäischen Parlament sein werden. Eine Mehrheit von EVP und Sozialdemokraten, die sich auf die verschiedenen Positionen in der EU verständigen könnten – wie 2014 und davor –, ist angesichts des Erstarkens von Populisten und Nationalisten („soziale Nationalisten“), die teilweise das gesamte europäische Einigungswerk infrage stellen, nicht selbstverständlich.

Entscheidend ist, dass die proeuropäischen Parteien, insbesondere auf nationaler Ebene, stärker als in der Vergangenheit den Europawahlkampf mit großem Engagement führen und die Europawahl nicht als eine Wahl geringerer Bedeutung behandeln.

INNERE UND ÄUSSERE GEFÄHRDUNGEN

Die Europäische Union hat viele Gegner – im Inneren wie auch außen. Der russische Präsident hat den Zusammenbruch der Sowjetunion als die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Eine gleiche Entwicklung für die Europäische Union würde ihn nicht nur erfreuen, sondern er arbeitet darauf hin. Der amerikanische Präsident hat den Brexit positiv kommentiert. Die USA haben seit Präsident Harry S. Truman die europäische Einigung stets unterstützt. Für den gegenwärtigen Präsidenten gilt das nicht. Für ihn sind „deals“ mit der EU schwieriger als bilaterale Vereinbarungen mit ihren Mitgliedstaaten. Deswegen ist das gemeinsame Handeln der EU-Staaten von größter Bedeutung. Für einen Transatlantiker ist es schmerzlich, diese Wahrnehmung und die daraus resultierenden Konsequenzen zum Ausdruck zu bringen.

Auch auf Unwahrheiten, Desinformation und „fake news“ muss sich die EU im Europawahlkampf einstellen und schnell darauf reagieren. Der französische Schriftsteller Éric Vuillard hat in Bezug auf die Propaganda des Nationalsozialismus geschrieben: „Die Machenschaften triumphieren über die Tatsachen.“ Das droht auch heute. Mit Mut und Entschlossenheit ist darauf zu reagieren.

Nur eine starke und handlungsfähige Europäische Union kann unsere Werte und Interessen verteidigen. Werte: Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden. Interessen: Europäischer Binnenmarkt mit digitalem Binnenmarkt; Wettbewerbsfähigkeit; gemeinsames Handeln in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Europäische Armee); gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik; Energiesicherheit; Klima- und Umweltschutz (Bewahrung der Schöpfung) und so weiter. Die Verteidigung europäischer Werte muss auf allen Ebenen erfolgen: auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

In einigen Ländern der Europäischen Union ist der Rechtsstaat besonders gefährdet (zum Beispiel in Polen, Ungarn, Rumänien). Es ist Aufgabe der Europäischen Kommission, als Hüterin der Verträge im konstruktiven Dialog mit den betroffenen Regierungen und Parlamenten auf die Geltung der europäischen Werte hinzuwirken. Dabei gilt: Parlamentarische Mehrheiten müssen die fundamentalen Prinzipien des Rechts und der pluralistischen Demokratie – einschließlich der Rechte von Minderheiten – respektieren.

Das Europäische Parlament ist in dieser „verbundenen Demokratie“ beziehungsweise „mehrstufigen Demokratie“ eine (!) wichtige Säule.

Nationalismus führt zurück in die Vergangenheit mit den uns bekannten Tragödien. Nur ein Europa der Zusammenarbeit kann die europäischen Werte und Interessen sichern.

FRIEDEN IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Angesichts der Herausforderungen, ja Gefährdungen, mit denen die Europäische Union heute konfrontiert wird, ist der Ursprungsgedanke des europäischen Einigungswerkes wieder stärker zu betonen. Die europäische Einigung ist im Kern ein Friedensprojekt. Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich. Die Feststellung, in Europa herrsche seit siebzig Jahren Frieden, ist nicht zutreffend. In den 1990er-Jahren tobte der Krieg auf dem Balkan, heute existiert angesichts der russischen Aggression – dazu gehört auch die völkerrechtswidrige Okkupation der Krim – eine kriegsähnliche Situation in der Ostukraine. Frieden gibt – und gab – es zwischen den an der europäischen Einigung beteiligten Ländern. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Interessensunterschiede und Konflikte werden friedlich, mit Mitteln des Dialogs und des Rechts gelöst. Das ist eine historische Errungenschaft, die es mit Entschlossenheit nach innen und nach außen zu verteidigen gilt.

Heimat, Vaterland, Europa bilden zusammen unsere Identität. Dabei muss den Menschen bewusst sein: Wer nur seine Heimat sieht, wird sie nicht schützen; wer sein Land über alle Nationen stellt, wird zum Nationalisten, und Nationalismus führt zum Krieg; wer nur als Europäerin oder Europäer empfindet, die oder der hat keine Wurzeln. Wenn wir unsere Identität so verstehen, sind wir Deutsche Patrioten und gute Europäer zugleich. Die Europäische Union ist nicht das Paradies auf Erden, aber der bessere Teil der Welt. Dass dies so bleibt, liegt in unserer Verantwortung. Darum sind die Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 von so großer Bedeutung.

Next Generation

Hin zum „digitalen“ Europa

PENCHO KUZEV

Geboren 1980 in Veles (Mazedonien), Koordinator für Digitalisierung und Datenpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Unsere digitale Gegenwart ist von Tech-Giganten geprägt, die ihren Sitz weit entfernt von Europa haben. Kalifornien navigiert uns auf der Straße, liefert bequem unsere Produkte, gestaltet unsere Freizeit und vernetzt uns mit und in jeder Ecke der Welt. Die USA

sind zweifellos das größte Zentrum der Innovation. Laut Einschätzung von *The Economist* investieren die Vereinigten Staaten von Amerika jährlich 450 Milliarden Dollar in Forschung und Entwicklung – zwanzig Prozent mehr als China und mehr als Europa, Japan und Südkorea zusammen. Kein Wunder, dass die Politik hierzulande zugeben musste, dass Europa die erste Halbzeit verloren hat.

Die digitale Zukunft kann durchaus auch in anderen Teilen der Welt entschieden werden. Die Herrschaftsansprüche Chinas sind allgegenwärtig. Massive Subventionen beim Einkauf von Hochtechnologie als Teil einer globalen Industriepolitik und eine rasante Geschwindigkeit in der Umsetzung digitaler Vorhaben kennzeichnen das chinesische Modell. Während man sich in Deutschland die Frage stellt, ob die Landwirte tatsächlich die 5G-Technik

brauchen, wird die Jangtse-Delta-Region bereits in diesem Jahr zu den ersten Wirtschaftsräumen gehören, die auf vorkommerzielle 5G-Dienste zugreifen. Der Aufstieg des chinesischen Unternehmens Huawei zum weltweit größten Anbieter von Telekommunikationsausrüstung gibt China einen enormen Schub gegenüber den USA und der Europäischen Union (EU) im Wettlauf um die Einführung der nächsten Generation der Mobilkommunikation.

Wie sieht es mit der zweiten Halbzeit aus? Immerhin sind beispielsweise Deutschland und Europa führend beim Einsatz von Industrierobotern. Die Digitalisierung des Maschinenbaus eröffnet darüber hinaus weitere Wachstumschancen. Im internationalen Wettbewerb kann die entscheidende Größe jedoch nur Europa heißen. Kein europäisches Land bringt im internationalen Vergleich der Titanen allein die Ressourcen auf, um ein relevanter Mitbewerber um Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI) zu sein. Ebenso ist kein EU-Land in der Lage, allein das notwendige Niveau in der Forschung zu gewährleisten, um überhaupt ansatzweise eine Herausforderung für die USA darzustellen.

DATEN ALS WETTBEWERBSFAKTOR

Die vollständige Verwirklichung der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr) ist ein Erfolg des langen Atems. Dank der Rechtsprechung der europäischen Gerichte und der sukzessiven Fortentwicklung der europäischen Verträge genießen alle Bürger der EU die Vorteile eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. Dreißig Jahre nach der Gründung des EU-Binnenmarktes und zwanzig Jahre nach den Anfängen der Liberalisierung im Telekommunikationsmarkt ist das „digitale Europa“ dagegen ein noch unvollendetes Konzept.

Das, was man in der *old economy* mühsam erreicht hat, nämlich die Beseitigung ungerechtfertigter Hemmnisse für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, sollte in der *new economy* eigentlich viel einfacher gelingen. Letztendlich kennen Daten keine Grenzen – es sei denn, man findet immer wieder neue Interpretationslinien, um die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten im digitalen Kontext zu betonen. Mal ist es die kulturelle Vielfalt, mal die Investitionssicherheit der beteiligten Unternehmen, die durch zu viel Harmonisierung angeblich gefährdet sei. Wieder andere rechtfertigen eine stärkere Kompetenz der nationalen Behörden gegenüber der EU-Kommission durch die unterschiedlichen geografischen Bedingungen oder die „besonderen Gegebenheiten“ der nationalen Telekommunikationsmärkte. Im Ergebnis leidet die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU in der globalisierten Welt.

Während im Kontext des Datenschutzes seit Mai 2018 in der EU einheitliche Standards für personenbezogene Daten gelten, fällt der Bereich der

nicht-personenbezogenen Daten oder Verwaltungsdaten überwiegend in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Selbst bei den Daten, die keinen Personenbezug aufweisen, ist man in Deutschland zurzeit nicht bereit, einen Schritt in Richtung des Aufbaus einer „Datenökonomie“ zu gehen, in dem der gesellschaftliche Mehrwert und die eigene Wettbewerbsfähigkeit Vorrang vor der Silo-Denkweise der verschlossenen Daten haben. Auf diese Weise kann kein System entstehen, dessen Offenheit Chancen bietet und Vertrauen durch evidenzbasierte Entscheidungen schafft. Aus ordnungspolitischer Perspektive ist es durchaus die Aufgabe des Staates, Mindestrahmenbedingungen zur Sicherstellung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Das Gegenteil ist jedoch Praxis: Die Bereitstellung von Daten im direkten oder indirekten Staatsbesitz (kommunalen Daten) verläuft nur zögerlich. Der Europäischen Union ist die Schaffung von Mindeststandards zur Weiterverwendung der Daten des öffentlichen Sektors zu verdanken. Die entscheidenden Impulse zur Wahrnehmung der Daten des öffentlichen Sektors als Innovationstreiber sind ein Ergebnis regulatorischer EU-Vorgaben und nicht einer nationalen Strategie der Verwaltungsmodernisierung.

CHANCEN DES DIGITALEN WANDELS

Nur durch mittelbar oder unmittelbar wirkendes EU-Recht ist der Binnenmarkt auch im Bereich der Telekommunikation *ein* Wirtschaftsraum geworden. In der breiten Öffentlichkeit wird oft zu Unrecht pauschale Kritik an der EU-Politik geäußert, und viele Errungenschaften der letzten vier Jahre werden ausgeblendet. Die drei Säulen der von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angeregten Strategie für einen digitalen Binnenmarkt – besserer Zugang zu digitalen Waren und Dienstleistungen, optimale Rahmenbedingungen für digitale Netze und Dienstleistungen und die bestmögliche Ausschöpfung des Wachstumspotenzials der Digitalwirtschaft – wirken sich unmittelbar positiv auf den Wohlstand in Deutschland und Europa aus.

Die grenzüberschreitenden E-Commerce-Angebote und das kostenlose Roaming im EU-Ausland bedurften eines harmonisierten Ansatzes, damit Europa die nächste Stufe eines wettbewerbsorientierten Binnenmarkts erreichen konnte. Die Beseitigung der doppelten Datenspeicherung und die Erleichterung der grenzüberschreitenden Unternehmenstätigkeit bieten weitere Einsparmöglichkeiten für Dienstleister. Schätzungen zufolge soll das einheitliche EU-Prinzip zur Gewährung des freien Flusses nicht-personenbezogener Daten bis 2020 Zusatzeinnahmen in Höhe von circa 1,9 Milliarden Euro für das verarbeitende Gewerbe und 4,5 Milliarden Euro für den Vertrieb, den Einzelhandel und für die Hotelbranche einbringen.

Verkäufer müssen Zugang zu gleichen Preisen gewähren, während die Verbraucher selbst entscheiden können sollten, auf welcher Website sie Waren

oder Dienstleistungen erwerben – im Inland oder Ausland. Die 2018 beschlossene Abschaffung des Geoblockings (Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Niederlassungsortes des Kunden) umfasst im Wesentlichen zwei Dimensionen: E-Commerce- und Video- oder Streaming-Plattformen. Das Verbot von Geoblocking auf dem Gebiet des Onlinehandels ermöglicht die Ausweitung des Geschäfts deutscher Unternehmen auf den kompletten EU-Binnenmarkt. Die Verbraucher profitieren wiederum von einem unbeschränkten Zugriff auf Onlineshops in jedem EU-Mitgliedstaat. Das verhindert Diskriminierung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen europaweit. Die Weiterleitung auf die jeweils nationalen Webseiten ist seit Dezember 2018 Vergangenheit. Die künstliche Aufteilung der Märkte konnte nur durch eine einheitliche europäische Lösung aufgehoben werden.

Die zweite Dimension der Geoblocking-Regulierung wird umgangssprachlich „Virtuelle Erweiterung des Reisegepäcks“ genannt. Ein deutsches Abonnement, beispielsweise vom Streamingdienst Spotify oder Sky GO, ist im EU-Ausland nicht mehr eingeschränkt. Die EU-Vorgaben stärken so die Verbraucherrechte und beleben das Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa.

Ein reibungslos funktionierender digitaler Binnenmarkt liegt im deutschen Interesse. Vor allem kleine und mittelständische deutsche Unternehmen, die über Grenzen hinweg Produkte und Dienstleistungen anbieten wollen, sind von einem uneinheitlichem Vertragsrecht betroffen. Audiovisuelle und urheberrechtlich geschützte Dienstleistungen sind allerdings von der Geoblocking-Verordnung noch nicht erfasst. Das Paradoxe daran ist, dass ausgerechnet diejenigen digitalen Produkte von der Regelung ausgenommen sind, die am einfachsten online grenzüberschreitend gehandelt werden könnten (zum Beispiel E-Books). Es ist auch in deutschem Interesse, dass die Bürger Kultur- und Informationsangebote aus der gesamten EU nutzen können. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass die EU-Kommission das Thema 2020 nochmals auf die Agenda setzen will.

AUSWIRKUNGEN DER DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG

Einerseits ist sich die Politik des Wertes der Daten bewusst, andererseits werden regulatorische Schritte unternommen, die dieser Logik nicht unbedingt entsprechen. So ist ungewiss, welche Auswirkungen die jahrelang verhandelte Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auf den Standort Europa haben wird.

Daten bilden die Grundlage für die Zukunftstechnologie KI. Die Grundsätze der Zweckbindung und Datenminimierung der DSGVO stehen in einem Spannungsverhältnis zur Entwicklung dieser Technologie in Europa. Deutschland steht in der Disziplin Datenschutz weltweit an der Spitze. Der

steigende Börsenwert der Tech-Giganten aus dem Silicon Valley oder aus China widerspricht allerdings der These, Datenschutz sei ein Wettbewerbsvorteil. Zugespitzt formuliert, ist KI ohne Zugang zu Daten wie ein Flugzeug ohne Treibstoff. Wenn auf nationaler Ebene mit rigiden Einschränkungen der Zugang zu Daten erschwert wird, mindert das die Chancen der eigenen Unternehmen, experimentieren und neue Produkte und Dienste entwickeln zu können.

Der Zugang zu Daten und Informationen ist der Schlüssel zu Innovation. Die Over-the-Top-Player – die größten, wertvollsten und mächtigsten Internet- und Tech-Konzerne der Welt (auch GAFAs, nach Google, Apple, Facebook und Amazon benannt) – unterscheiden sich beispielsweise von den übrigen Marktteilnehmern, da sie diese Ressource voll ausschöpfen können: von der Datensammlung und -weiterverwendung bis hin zur Mehrwertgenerierung, etwa in Form von Mehrwertdiensten (*The Apple Health App*), datengesteuerten Produkten (*Google Maps*) oder der Erschließung neuer Märkte (*Amazon Market Place*).

NETZWERKEFFEKTE UND MARKTMACHT

Die Dominanz der anderen wird leider häufig als Ursache für die eigenen Schwächen erachtet. Dabei wird die Verschärfung des Datenschutzes oder die Auferlegung von Kartellstrafen die eigenen Fähigkeiten im maschinellen Lernen nicht verbessern. Harte regulatorische Eingriffe, wie etwa die strukturelle Zerschlagung der digitalen marktbeherrschenden Unternehmen oder die Einführung von Dateneigentumskonzepten, werden nicht unbedingt die Etablierung von European Champions nach sich ziehen. Den Preis dafür würden die Verbraucher zahlen, und zwar mit schlechteren Angeboten oder ganzlichem Verzicht auf manche Dienste. Die Logik der Netzwerkeffekte begünstigt die Schaffung von Marktmacht. Je mehr Verkäufer Amazon anziehen kann, desto mehr Käufer werden dort einkaufen. Die Größe und die Teilnehmerzahl einer Plattform sind daher entscheidend für ihren Erfolg. Ob ein Monopolist seinen Sitz in San Francisco oder Tallinn hat, macht da wenig Unterschied.

Worauf sich die Politik und vor allem die Regulierungsbehörden in Europa fokussieren sollten, ist der Zugang zu Daten und der Aufbau strategischer Kompetenzen im KI-Bereich. Dies kann nur gelingen, wenn die Kompetenzen auf EU-Ebene gebündelt werden. Für Wettbewerbsprobleme sollte man durchaus den Kartellrechtsrahmen unter die Lupe nehmen. Wenn die digitalen Märkte und deren geografische Definition eine EU-Lösung suggerieren, sollte man von nationalen Alleingängen absehen und stattdessen den Fokus auf Brüssel richten.

Wahrung der Rechtsstaatlichkeit

—
Neue Schutzmechanismen für einen europäischen Fundamentalwert

GUNTHER KRICHBAUM

Geboren 1964 in Korntal, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag.

Die vorzeitige Pensionierung von Richtern, eine unfreundliche Gesetzgebung gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Manipulationen am Justizsystem zugunsten hochrangiger Politiker, die sich einer Strafverfolgung entziehen wollen, und Morde an zu Korruptionsvorwürfen recherchierenden Journalisten sind nur einige Beispiele dafür, was uns dieser Tage aufhorchen lässt.

Diese Entwicklungen, die leider immer mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) betreffen, unterminieren das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV)

verankert ist. Das dort beschriebene Wertefundament bildet den Kern, das Einende der Union. Ein Mitgliedstaat, der rechtsstaatliche Prinzipien untergräbt, kann daher Kritik keineswegs als unzulässige Einmischung in seine inneren Angelegenheiten abtun, denn er greift durch sein Handeln die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit an: Die gegenseitige Anerkennung von Gerichtsentscheidungen oder der Europäische Haftbefehl beispielsweise können nur existieren, wenn alle Mitgliedstaaten dieselben Grundwerte teilen. Nur so kann es einen gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen geben und kann eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung garantiert, Korruption vorgebeugt und ein sicheres Investitionsumfeld geschaffen werden.

Bereits seit 1993 ist die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit – zunächst im Rahmen der Kopenhagener Kriterien, später als Bestandteil des Primärrechts – Vorbedingung für einen EU-Beitritt. In der Vergangenheit wurden davon aus politischen Gründen bei den Beitritten Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 Ausnahmen zugelassen. Beide Staaten unterziehen sich stattdessen einer jährlichen Überprüfung. Nach mehr als zehn Jahren unter dem sogenannten Kooperations- und Kontrollverfahren nimmt der Unmut in beiden Staaten zu, weil die Sonderbehandlung als stigmatisierend empfunden wird.

Im Hinblick auf Rumänien zeigt der jüngste Bericht vom 13. November 2018 jedenfalls ernstzunehmende Rückschläge. Das belegt, dass die mit dem Mechanismus verbundenen Erwartungen noch nicht eingetreten sind. Trotzdem sind die regelmäßigen Berichte von zentraler Bedeutung, und an ihre Einstellung kann nicht gedacht werden. Als Reaktion auf diese Erfahrung wurden die Beitrittsverhandlungen neu strukturiert und das Kapitel Rechtsstaatlichkeit an deren Beginn gestellt. Bleiben Fortschritte in den Kandidatenländern aus, können die Verhandlungen ausgesetzt werden. Angesichts dieses Verfahrens bei Beitrittskandidaten muss es auch Möglichkeiten geben, die Mitgliedstaaten selbst zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit anzuhalten. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU.

Doch was verstehen wir unter „Rechtsstaatlichkeit“? Es handelt sich um einen Sammelbegriff, der die wesentlichen Bedingungen der Legalität hoheitlichen Handelns beschreibt.¹ In den Mitgliedstaaten hat dieses Prinzip je nach juristischer Tradition im Detail voneinander abweichende Ausformungen erfahren. Die Europäische Kommission legt den Begriff in Orientierung an die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) recht umfassend aus und fasst darunter Grundsätze wie etwa „das Rechtmäßigkeitsprinzip (das einen transparenten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen und pluralistischen Gesetzgebungsprozess impliziert), die Rechtssicherheit, das Willkürverbot, unabhängige und unparteiische Gerichte, eine wirksame richterliche Kontrolle, die Achtung der Grundrechte und Gleichheit vor dem Gesetz“.²

Zur Wahrung der so verstandenen Rechtsstaatlichkeit ist viel erreicht worden. Es gibt auf europäischer Ebene diverse Mechanismen für den Fall, dass ein Mitgliedstaat die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit systematisch missachtet.

Seit 2014 existiert der EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips. Ziel des dreistufigen Dialogverfahrens zwischen Kommission und dem betroffenen Mitgliedstaat ist es, schnell auf entsprechende Bedrohungen zu reagieren und die Verstärkung festgestellter systemischer Mängel zu vermeiden. Allerdings kann die Kommission lediglich Empfehlungen aussprechen. Davon hat sie erstmals im Falle Polens Gebrauch gemacht.

Die (potenziell) einschneidendsten Sanktionen sieht Artikel 7 EUV vor. In letzter Konsequenz können einem Mitgliedstaat Rechte, einschließlich des Stimmrechts im Rat, entzogen werden. Voraussetzung ist allerdings die einstimmig zu treffende Feststellung, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte vorliegt. Dieses Einstimmigkeitserfordernis stumpft das scharfe Schwert des Artikel 7-Verfahrens ab, wenn sich mehrere betroffene Mitgliedstaaten gegenseitig Beistand leisten. Das kann nicht im Sinne des Erfinders liegen und sollte geändert werden.

Ob ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 258 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) neben dem Artikel 7-Verfahren zulässig ist, ist umstritten. Es ist statthaft, wenn ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus den Verträgen verstößt. Der EuGH zog Artikel 2 EUV in entsprechenden Verfahren bereits heran. Allerdings bietet das Vertragsverletzungsverfahren wegen seiner langen Verfahrensdauer keine effiziente Handlungsmöglichkeit bei schwerwiegenden Verstößen.

NEUE ANSÄTZE

Daraus wird ersichtlich, dass politische Verfahren nur unzureichende Sanktionen bieten, wohingegen rechtliche Verfahren wenig effektiv erscheinen. Deshalb bedarf es neuer Ansätze.

Ein solcher Ansatz ist der Vorschlag der Kommission für eine „Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten“ (Ratsdokument COM[2018]324 final). Er verbindet die Feststellung von Rechtsstaatsmängeln mit finanziellen Sanktionen, wie der Aussetzung oder Reduzierung von Zahlungen seitens der EU. Dahinter verbirgt sich die Grundidee, dass fehlende Rechtsstaatlichkeit die fehlende Fähigkeit begründet, den wirtschaftlichen und zweckgebundenen Einsatz gewährter finanzieller Zuwendungen zu kontrollieren – etwa weil Korruption nicht ausreichend bekämpft wird oder Behörden nicht wirksam gerichtlich kontrolliert werden. Wichtig ist dies insbesondere, um die rechtmäßige Verteilung der durch alle Unionsbürger zu leistenden Abgaben zu gewährleisten. Zweifelsohne böte sich durch eine

Verbindung mit finanziellen Sanktionen ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Rechtsstaatsdefiziten. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass der Vorschlag unter anderem aufgrund einer angenommenen Exklusivität des Artikel 7-Verfahrens und seiner unspezifischen Kriterien, die die genannten Rechtsfolgen auslösen sollen,³ kritisiert worden ist.

Fraglich ist vor allem, wie ein einheitlicher Bewertungsmaßstab angelegt werden soll. Die Lösung kann jedenfalls nicht auf der politischen Entscheidungsebene liegen. Ein Mehrheitsvotum der Mitgliedstaaten ist dafür nicht geeignet. Der betroffene Staat könnte den Vorwurf erheben, er sei Opfer einer böswilligen Kampagne einzelner Staaten. Auch ist der Eindruck eines behelrenden Auftretens, das Negativreaktionen auslösen kann, zu vermeiden.

Diesem Vorwurf ließe sich mittels einer periodischen Überprüfung *aller* Mitgliedstaaten begegnen, wie sie unter anderem das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 25. Oktober 2016 (P8_TA-PROV[2016]0409) vorgeschlagen und jüngst mit Entschließung vom 14. November 2018 (P8_TA-PROV[2018]0456) bekräftigt hat. Neu ist diese Idee nicht: Im Rahmen des Europäischen Semesters – hierbei handelt es sich um einen sechsmonatigen Zyklus, in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen – werden unter anderem die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes regelmäßig überprüft. Die Kommission erstellt auf dieser Grundlage sogenannte länderspezifische Empfehlungen, die die Mitgliedstaaten bei ihrer Haushaltsplanung berücksichtigen sollen.

Darüber hinaus bereitet die eindeutige Klassifizierung der Fälle Schwierigkeiten: Während bei der zielgerichteten, vorzeitigen Pensionierung von Richtern deren persönliche Unabhängigkeit und damit die Unabhängigkeit der Justiz bedroht sind, lassen sich überlange Vollstreckungsverfahren, die dazu führen, dass Sicherheiten praktisch unverwertbar sind, nicht so eindeutig einordnen.

VERNETZUNG VORHANDENER STRUKTUREN

Es bedarf zur Bewertung der Vorfälle zunächst einer integren Faktenbasis. Dazu erscheint es sinnvoll, in einem ersten Schritt vorhandene Strukturen besser zu vernetzen. Dabei gibt es keinen Grund, die Einbindung der Expertise des Europarates zu scheuen: Die Venedig-Kommission etwa hat ihre ausgezeichnete Expertise bereits mit Blick auf Südosteuropa unter Beweis gestellt. Auch das Justizbarometer der Europäischen Kommission bietet fundierte Analysen und erfährt zu Unrecht wenig Beachtung. Die vom Justizbarometer herangezogenen Kriterien bieten einen ersten Ansatzpunkt, die Kriterien der Rechtsstaatlichkeit zu formalisieren und messbar zu machen, auch wenn es nur einen Teilaspekt der Rechtsstaatlichkeit betrachtet.

In einem weiteren Schritt wäre es denkbar, vorhandene Strukturen zu erweitern, um umfassende Betrachtungen zu gewährleisten. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte wäre dazu gut geeignet. Die Organe der Agentur werden durch einen Verwaltungsrat beaufsichtigt, in den die Mitgliedstaaten und der Europarat je einen und die Kommission zwei Vertreter entsenden. Dieser paritätische Ansatz bietet Entwicklungspotenzial. Die Grundrechteagentur führt bereits eigene Analysen und Datenerhebungen durch, fertigt Jahresberichte zu Einzelthemen, ohne sich auf einzelne Mitgliedstaaten zu fokussieren, und kann auf Ersuchen von EU-Organen oder Mitgliedstaaten anlassbezogene Berichte erstellen. Sie ist jedoch nicht in der Lage, umfassend über einzelne Mitgliedstaaten zu berichten. Daher müssten die Kompetenzen der Grundrechteagentur und ihre personellen sowie finanziellen Ressourcen gestärkt werden.

ERGÄNZUNG DES ARTIKEL 7-VERFAHRENS

Um schließlich dem Vorwurf der Politisierung der Werte des Artikels 2 EUV in schwerwiegenden Einzelfällen zu entgehen, ließe sich ein Verfahren beim EuGH etablieren. Darin läge zugleich eine Chance, das Verfahren zu verrechtlichen und mit Standards auszustatten, die einheitlich in der EU anwendbar wären. Zur Beschleunigung der Verfahren wäre denkbar, den Gedanken der Fachgerichte nach Artikel 257 AEUV aufzugreifen. Deren Entscheidungen, gegebenenfalls verbunden mit Sanktionen, wären in einer weiteren Instanz überprüfbar.

Es liegt in der Hand der Mitgliedstaaten, den EuGH mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Dies setzt allerdings eine Änderung der Verträge voraus, welche nach Artikel 48 EUV die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten erfordert. Das ist angesichts der skizzierten Lage zugegebenermaßen kein leichtes Unterfangen.

Die Werte des Artikels 2 EUV sind die Basis der europäischen Integration und können als solche nicht hoch genug geschätzt werden. Aktuell stehen sie jedoch in einigen Mitgliedstaaten unter Druck. Daher ist die Ergänzung des Artikel 7-Verfahrens durch weitere Schutzmechanismen eine wichtige Herausforderung, um das Wertefundament der Europäischen Union effektiv von innen heraus zu schützen.

¹ Pechstein, in: Streinz, EUV/AEUV (3. Aufl. 2018), Art. 2 EUV, Rn. 6.

² COM(2014)158 final, S. 4, abrufbar unter www.eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:caa88841-aa1e-11e3-86f9-01aa75ed71a1.0017.01/DOC_1&format=PDF [zuletzt abgerufen am 08.01.2019].

³ Bundesrat, Drucksache 166/18 (Beschluss), Nr. 33; Europäischer Rechnungshof, Stellungnahme 1/2018, Empfehlung 1, abrufbar unter www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/OP18_01/OP18_01_DE.pdf [zuletzt abgerufen am 08.01.2019].

Souveränität und Gemeinschaft

Die Polen und die Europäische Union

AGNIESZKA ŁADA

Geboren 1981 in Warschau (Polen), Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, promovierte Politikwissenschaftlerin, Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten.

Polen gehört seit Jahren zu den Ländern der Europäischen Union (EU), deren Bevölkerung die europäische Integration mit großer Mehrheit befürwortet. Zugleich

stimmte jedoch ein wesentlicher Teil der polnischen Bevölkerung bei den Parlamentswahlen 2015 und Kommunalwahlen im Oktober 2018 für die euroskeptische Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS). Dieses scheinbare Paradoxon lässt sich erklären, wenn man sich eingehender mit den Ansichten, Hoffnungen und Sorgen der polnischen Gesellschaft befasst.

Die Polen fühlen sich seit Jahrhunderten als Teil des westlichen Kulturkreises. Die Jahre der erzwungenen Zugehörigkeit

zum Ostblock haben dieses Gefühl noch verstärkt. Deshalb verfolgte Polen nach 1989 aus politischer Sicht ein klares Ziel – den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Dieses Bestreben wurde von der Mehrheit der damaligen Eliten unterstützt und basierte auf der Erkenntnis, dass nur eine enge Einbindung in die westeuropäischen und transatlantischen Strukturen die für das Land so wichtige Sicherheit gegen das politische, wirtschaftliche und militärische Handeln Russlands bietet.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in Polen eine Selbstverständlichkeit war. Bis zur letzten Minute des Beitrittsreferendums im Jahr 2003 kursierten Ängste, dass die Wahlbeteiligung unter fünfzig Prozent liegen oder die Beweggründe der Beitrittsgegner bei zu vielen Polen verfangen könnten. Dazu kam vor allem die Angst vor einem erneuten Verlust der gerade erst wiedererlangten Souveränität, den negativen Konsequenzen für den polnischen Agrarsektor, der angesichts der Konkurrenz seitens der modern ausgestatteten Landwirte aus Westeuropa Verluste befürchtete, sowie die Sorge um die Wirtschaft, die dem Wettbewerb mit westlichen Unternehmen nicht würde standhalten können. Letztendlich lag die Wahlbeteiligung jedoch bei 59 Prozent, und über drei Viertel der Wähler (77 Prozent) befürworteten den Beitritt zur EU. Dennoch prägen die damals laut gewordenen Sorgen auch heute noch einen Teil der Europa-Debatten in Polen und bilden eine Argumentationsgrundlage für Populisten.

Die Polen gehören, nachdem sie sich von den realen Vorteilen der EU-Mitgliedschaft haben überzeugen können, seit Jahren zu den europäischen Nationen, die ihre Mitgliedschaft positiv beurteilen: Aktuell

sind siebzig Prozent der polnischen Bevölkerung dieser Ansicht, während im Vergleich dazu nur sechzig Prozent aller Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU positiv beurteilen. In Deutschland bewerten 79 Prozent der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft als positiv.¹

Die Hälfte der polnischen Befragten äußerte im Frühjahr 2018 unverändert positive Gefühle gegenüber der EU, während 37 Prozent neutrale Ansichten bekundeten. Der EU-Durchschnitt liegt in dieser Frage bei jeweils vierzig und 37 Prozent, in Deutschland hingegen bei 49 und 34 Prozent. Die Polen unterstützen mehrheitlich auch die Ansicht, dass mehr Entscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden sollten (59 Prozent, EU-Durchschnitt: 55 Prozent, Deutsche: 59 Prozent), wobei der Anteil innerhalb des letzten Jahres um sieben Prozentpunkte gestiegen ist. Eine deutliche Mehrheit der Polen (80 Prozent) fühlt sich auch als EU-Bürger (EU-Durchschnitt: 70 Prozent).²

UNTERSCHIED ZWISCHEN TATEN UND RHETORIK

Diese hohen Zustimmungswerte werfen die Frage auf, wie es möglich ist, dass diese europafreundliche Gesellschaft von einer europakritischen Regierung regiert wird. Die PiS erzielte bei den Parlamentswahlen 2015 38 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 51 Prozent. Aufgrund der vorhandenen Sperrklauseln und des in Polen geltenden Wahlsystems verfügt die Partei jedoch über eine Mehrheit im Parlament.

Genauso wichtig ist, dass die PiS nicht dank EU-feindlicher Slogans die Macht

erringen konnte. Sie äußerte derlei nicht während des Wahlkampfes, weil bekannt war, wie groß die Unterstützung für die EU-Integration in Polen ist. Nach wie vor ist ein Unterschied zwischen dem Handeln und der Rhetorik der Regierenden zu erkennen. Einerseits werden Gesetze unter Verstoß gegen die in der EU geltenden Grundsätze geändert, die Demonstration der europäischen Solidarität wird verweigert und die EU offen kritisiert. Diese Rhetorik adressiert besonders die Stammwählerschaft der PiS, die den euroskeptischen Teil der Gesellschaft vertritt und die befürchtet, dass Polen ein „fremder Wille“ aufgezwungen wird. Andererseits betonen die Politiker der Regierungspartei, dass sie Polen nicht aus der EU herausführen wollen, um damit in der politischen, stark pro-europäischen Mitte Stimmen zu gewinnen.

UNZUREICHENDE POLITISCHE BILDUNG

Eine andere Ursache für das Paradoxon zwischen europafreundlicher Bevölkerung und europafeindlicher Regierung liegt in einem mangelnden politischen Bewusstsein, das auf unzureichende politische Bildung auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen in einer kommunistischen Diktatur zurückgeht. Auch das auf das Auswendiglernen von Fakten gestützte polnische Bildungssystem nach 1989 vermochte es nicht, die folgenden Generationen zum Nachdenken über das Wesen der Staatsbürgerschaft zu bewegen, die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zu lehren oder ein Verantwortungsbewusstsein für das größere Ganze zu ver-

mitteln. Dieser Prozess braucht wie in der Bundesrepublik sowohl Zeit als auch die entsprechenden Instrumente.

Hinsichtlich bestimmter Integrationsbereiche in der EU, wie beispielsweise den Euro als der gemeinsamen Währung – 34 Prozent der befragten Polen unterstützen den Euro – oder einer gemeinsamen Migrationspolitik, erklären die Polen ihre mehrheitliche Abneigung, obwohl in der Migrationsfrage im Jahr 2018 bereits 51 Prozent einer einheitlichen Politik innerhalb der EU zugestimmt hatten. Dennoch spricht sich die Mehrheit der polnischen Bevölkerung gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in Polen aus.³ Die Zusammenhänge zwischen der Unterstützung von Integration und ihrer konkreten Umsetzung in den einzelnen Bereichen werden übersehen. Die Entwicklungsgeschwindigkeit der EU, die unsichere internationale Lage, die Wirtschaftsschwankungen in der dreißigjährigen Geschichte der jungen polnischen Demokratie sowie die zurückgewonnene vollständige Unabhängigkeit führen dazu, dass ein Teil der Bürger weitere Änderungen fürchtet. Dieses Phänomen ist nicht typisch polnisch, sondern auch in den anderen Ländern westlich der Oder zu beobachten.

ANFÄLLIGKEIT FÜR POPULISTISCHE SLOGANS

In der polnischen Bevölkerung, die mehrheitlich die Kosten der politischen und wirtschaftlichen Transformation in der Hoffnung trug, nach einer gewissen Zeit keine weiteren Änderungen oder Schwierigkeiten mehr ertragen zu müssen, ist die Anfälligkeit für populistische Slogans

groß. Dazu gehören die Verbreitung von Ängsten vor der Dominanz durch fremdes Kapital, dem Zustrom kulturell fremder Flüchtlinge oder der Einführung der gemeinsamen Währung und der damit verbundenen finanziellen Verantwortung für potenzielle Fehler der anderen. Die Vorstellung, dass sich Polen den Befehlen aus Brüssel unterordnen müsse, schürt Ängste, weil sie mit einem mangelnden Wissen über die Funktionsmechanismen der EU einhergeht.

Angesichts des Streits um die Gerichtsreform und des demonstrativen Widerwillens der nationalkonservativen Regierungspartei, sich mit der EU solidarisch zu erklären und einen konstruktiven Dialog über ihre Zukunft zu führen, nahmen die Vorwürfe zu, die PiS plane den Austritt Polens aus der EU. Der überwiegenden gesellschaftlichen Wahrnehmung zufolge strebt die Regierungspartei eher die Verlangsamung als die Vertiefung der europäischen Integration an: Die PiS zielt auf die Beschränkung der Integration und die Vergrößerung der Rolle der Nationalstaaten in der Union (27 Prozent) oder aber die Erhaltung des Status quo (25 Prozent) ab. Die Annahme, die Regierungspartei strebe den Austritt Polens aus der EU an, wird jedoch nicht nur vereinzelt, sondern von jedem sechsten Befragten geäußert (16 Prozent).

Gleichzeitig weicht die wahrgenommene Politik der PiS in Sachen europäische Integration deutlich von den gesellschaftlichen Erwartungen ab. Die Polen deklarieren sich als Befürworter des aktuellen Integrationszustands (35 Prozent) oder einer weiteren Vertiefung (35 Prozent). Für die Beschränkung der Integration und die Stärkung der Rolle der Nationalstaaten sprechen sich 14 Prozent

der Befragten aus. Nur wenige unterstützen einen polnischen EU-Austritt (vier Prozent) oder ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (drei Prozent).⁴

KAUM ZUSTIMMUNG FÜR EINEN „POLEXIT“

Auch andere Umfragen, in denen die Bevölkerung direkt nach der möglichen Unterstützung des EU-Austritts Polens gefragt wird, beweisen eindeutig, dass die Gesellschaft mehrheitlich dagegen ist. Je nachdem, wie die Frage formuliert wurde, beläuft sich die Befürwortung eines „Polexit“ auf maximal acht Prozent. Gleichzeitig sind 77 Prozent der Polen der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft die polnische Unabhängigkeit stärkt, sechzehn Prozent hingegen stimmen dieser Aussage nicht zu.⁵

Die Sorge, dass die Regierungspartei Polen aus der EU führen will – nicht unbedingt absichtlich und bewusst, sondern durch Maßnahmen, die zur Isolierung des Landes in Europa beitragen – sollte jedoch nicht ignoriert werden, falls die Isolierung zunimmt und die euroskeptische Rhetorik sich verstärkt. Die Prozesse in den europäischen Gesellschaften und die Schnelligkeit der Verbreitung populistischer Slogans zeigen, dass sich gefestigte und rationale Überzeugungen nach einer gewissen Zeit ändern können. Die Verbreitung der Sorge vor einem polnischen „Exit“ sollte die Diskussion über die polnische Europapolitik und die Einstellung zu Polen zwar nicht dominieren, aber die Verbreitung einer euroskeptischen Rhetorik sollte beunruhigen und muss zum Handeln mobilisieren.

Aus deutscher Sicht ist ein aktives und der EU freundlich gesinntes Polen ein wichtiger Partner beim Ausbau der Union. Trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in einigen Punkten fällt es den Deutschen dank ihrer Herangehensweise an zahlreiche Wirtschaftsfragen, der politischen Kultur und der Nachbarschaft leichter, mit Polen gemeinsame Interessen zu finden und zusammenzuarbeiten, als mit vielen anderen Ländern. Hinzu kommen die engen wirtschaftlichen Beziehungen: Seit Jahren wächst das deutsch-polnische Handelsvolumen, das seit Langem bereits größer ist als das deutsche-russische.

ANTWORTEN AUF POLNISCHE ZWEIFEL

Die Abkehr Warschaws vom proeuropäischen Kurs ist deshalb für Berlin ein Anlass zur Beunruhigung. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland die proeuropäische Haltung der großen Mehrheit der polnischen Bevölkerung unterstützt, die Sorgen der östlichen Nachbarn zu verstehen versucht und Polen partnerschaftlich behandelt. Die Antwort auf die polnischen Zweifel sollte nicht darin bestehen, dem Land den Rücken zuzukehren, sondern über deren Ursachen nachzudenken. Gleichzeitig müssen die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten die Umsetzung der EU-Gesetzgebung und die Einhaltung der europäischen Regeln voneinander fordern und durchsetzen.

Übersetzung aus dem Polnischen:
Übersetzungsbüro Perfekt, München

¹ Europäisches Parlament: Democracy on the move. European elections – one year to go, Eurobarometer 89.2, Mai 2018, www.europarl.europa.eu/at-your-service/en/be-heard/eurobarometer/eurobarometer-2018-democracy-on-the-move.

² EU-Open Data-Portal: Standard-Eurobarometer 89, Frühjahr 2018, www.ec.europa.eu/germany/news/eurobarometer20180614_de.

³ Standard-Eurobarometer 89, Frühling 2018.

⁴ CBOS Public Opinion Research Center: Does Law and Justice (PiS) Lead Poland out of the European Union? [im Original: Czy PiS wyprowadza Polskę z Unii Europejskiej?], Forschungsmeldung Nr. 154/2018, Warschau, 22.11.2018.

⁵ IPSOS-Umfrage für OKO.press, 12.–13. August 2018, CATI-Methode (telefonisch), landesweite repräsentative Stichprobe (1.023 Personen), vgl. www.oko.press/wiekszosc-polakow-popiera-zawierzenie-polski-czarnej-madonnie-przez-morawieckiego-sondaz [in polnischer Sprache].

Vom „ring of friends“ zum „ring of fire“

Die Europäische Union und ihre Nachbarn

ANTJE NÖTZOLD

Geboren 1982 in Meerane,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Professur Internationale Politik,
Technische Universität Chemnitz.

Die Europäische Union (EU) hat als Friedensprojekt und aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs nach dem Zusammenbruch des sowjetisch beherrschten Ostblocks eine enorme Attraktivität für die ihre Nachbarstaaten entwickelt.

Für die EU war eine erfolgreiche Transformation ihrer osteuropäischen Nachbarn nach ihrem Vorbild von zentralem Interesse. Im Rahmen der Beitrittsprozesse konnte sie einen beachtlichen Einfluss auf die innenpolitischen Reformen ausüben und Stabilität in ihrer östlichen Nachbarschaft sichern.

Anfang der 2000er-Jahre war jedoch klar, dass die Stabilisierungs- und Gestaltungspolitik der Europäischen Union nicht weiter maßgeblich über den Assoziierungsprozess im Zuge eines Beitritts erfolgen konnte. Die große Erweiterungsrunde von 2004, im Rahmen derer zehn Staaten beitraten, die anstehenden Beitritte Bulgariens und Rumäniens sowie die versprochene Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans veränderten die EU-Außengrenze und damit die Herausforderungen in der neuen Nachbarschaft gravierend. Darüber hinaus wurde mit Blick auf die Westbalkan-Staaten deutlich, dass die Strategie der Stabilisierung im Wege eines Beitritts ihre Grenzen

erreichte, sodass die EU eine neue Strategie ohne die automatische Aussicht auf eine spätere Mitgliedschaft benötigte.

Ende 2002 sprach der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi von einem neuen *Wider Europe*-Konzept, um einen *ring of friends* um die EU von Marokko über das Schwarze Meer bis Russland zu schließen. 2004 initialisierte die EU die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) als einheitliches Politikkonzept gegenüber den östlichen Nachbarn – Belarus, Moldawien, Ukraine sowie den Südkaukasusstaaten Armenien, Georgien, Aserbaidschan – und den südlichen Mittelmeeranrainern – Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten. Die ENP soll den übergeordneten Rahmen der EU-Beziehungen zu den sechzehn Nachbarstaaten bilden, um mittels politischer Assoziierung sowie ökonomischer Entwicklung und Integration, jedoch ohne Beitrittsversprechen, Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft zu erreichen.

Der vornehmlich bilaterale Fokus der ENP soll über Aktionspläne mit den Partnerländern deren Übernahme europäischer Normen und Werte voranbringen, im Gegenzug für finanzielle Unterstützung und das langfristige Angebot der Integration in EU-Politiken wie den gemeinsamen Binnenmarkt. Darüber hinaus ergänzte die EU ihre Aktivitäten mit den Nachbarstaaten durch subregionale, multilaterale Initiativen, die sich vor allem konkreten Projekten und sektoralen Politikfeldern wie Energiekooperation, Infrastrukturausbau und Wirtschaftsförderung widmen und die Zusammenarbeit auch zwischen den Partnerstaaten fördern sollen. Die 1995 initiierte Euro-Mediterrane Partnerschaft, auch als Barcelona-Prozess bekannt, wurde 2008 mit der Union für das Mittelmeer (UfM) neu aufgestellt und bezieht alle Mittelmeerstaaten ein, das hieß auch die (potenziellen) Beitrittskandidaten des westlichen Balkans, die Türkei, Monaco sowie Mauretanien. 2009 kam ferner mit der Östlichen Partnerschaft (ÖP) ein multilaterales Forum für die östliche Dimension der ENP hinzu.

Konzeptionell hat die EU damit in den letzten fünfzehn Jahren einen umfassenden und ambitionierten Ansatz mit einem breit aufgestellten Instrumentarium zur Stabilisierung und Transformation ihrer Nachbarstaaten entwickelt. Seine Umsetzung ist jedoch nicht nur hinter den Zielen der Strategie-papiere, sondern auch den Erwartungen beider Seiten zurückgeblieben.

HINDERNISSE BEI DER IMPLEMENTIERUNG

Das hochgesteckte Ziel eines Rings gut regierter Staaten, die die Werte und Prinzipien der Union teilen, an gemeinschaftlichen Politiken der EU zum beiderseitigen Wohl partizipieren und damit eine sichere EU-Nachbarschaft bilden, scheiterte aufgrund von Ursachen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union.

Einerseits trug die Idee einer einheitlichen Nachbarschaftspolitik – trotz der bilateralen Ausrichtung der ENP – der enormen Diversität der adressierten Staaten zu wenig Rechnung. Dies gilt besonders im Hinblick auf die jeweilige Ausgangslage, die Ziele der Nachbarschaftspolitik, ihres Grades der Kooperation mit der EU sowie der Annäherung an deren Werte und Politikgestaltung. Auch die subregionalen, multilateralen Initiativen UfM und ÖP umfassten bereits bei ihrer Etablierung die unterschiedlichsten Staaten als formal gleichwertige Partner: Während die UfM autoritäre Staaten wie Libyen unter Muammar al-Gaddafi und Syrien unter Baschar al-Assad, kooperationsbereite und reformorientierte Länder wie Marokko und Jordanien sowie das quasi-europäische Israel in einem Kooperationsforum zusammenbrachte, saßen in der ÖP Belarus als die „letzte Diktatur Europas“ und die „Erb-Autokratie“ Aserbaidschan zusammen mit demokratisch und europäisch orientierten Staaten wie der Ukraine und Georgien an einem Tisch.

Mit Blick auf die Umsetzung der Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik vermochte die EU vor allem im politischen Bereich guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ihr schärfstes Schwert – die Bindung ihrer Mittelvergabe an Fortschritte der Partnerländer (Konditionalität) – nicht immer konsequent einzusetzen. Ferner gelang in den bilateralen Kooperationsbeziehungen keine wirkliche Schwerpunktsetzung. So glichen die auf einige Jahre angelegten und bilateral ausgehandelten Aktionspläne eher einem endlosen Wunschzettel als übersichtlichen kurz- und mittelfristigen Prioritäten.

Andererseits erschütterten diverse Entwicklungen die Stabilität und Sicherheit in der südlichen und östlichen Nachbarschaft und verschlechterten die Wirkungsmöglichkeiten für die Europäische Union im Rahmen der ENP massiv. Nachdem die zivilgesellschaftlichen Aufstände in den arabischen Mittelmeerländern Anfang 2011, die die autokratischen Herrscher in Tunesien und Ägypten hinwegfegten, zunächst Hoffnungen auf tiefgreifende Reformen und eine demokratisch orientierte Entwicklung weckten, ging der „Arabische Frühling“ mit den Bürgerkriegen in Libyen und Syrien sowie dem Militärputsch in Ägypten schnell in einen „Arabischen Winter“ über und destabilisierte die gesamte Region zunehmend. In der Ukraine löste die Weigerung der prorussischen Regierung unter Viktor Janukowitsch, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, Ende 2013 die proeuropäischen Maidan-Proteste aus, in deren Folge Russland 2014 die Krim annektierte und ein Bürgerkrieg zwischen der ukrainischen Regierung und separatistischen, von Russland unterstützten Gruppen in den ostukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk ausbrach. Eine dauerhafte Lösung ist weder für die Territorialfrage der Krim noch den weiterhin gewaltsam ausgeprägten Konflikt in der Ostukraine in Sicht. Die Ukraine ist auf unabsehbare Zeit destabilisiert, und die EU sowie ihre östlichen Nachbarn sind hinsichtlich der russischen Intentionen in der Region nachhaltig verunsichert.

Den gravierenden Veränderungen in ihrer Nachbarschaft versuchte die Europäische Union durch mehrere Überarbeitungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu begegnen. Bereits 2011 reagierte sie auf die zunächst positiven Entwicklungen in der südlichen Nachbarschaft und versprach, die Beziehungen auf „eine qualitativ neue Stufe zu heben“, indem sie „gezielter, innovativer und ehrgeiziger“ den Bedürfnissen der Menschen und Gegebenheiten vor Ort Rechnung trage.¹ Die im Mai 2011 vorgestellte „neue Antwort“ der Europäischen Nachbarschaftspolitik präsentierte jedoch nichts wirklich Neues mit Ausnahme des „Mehr-für-mehr“-Prinzips, das eine höhere finanzielle Unterstützung an konkrete Fortschritte bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit koppeln sollte.²

VERBESSERTE KONZEPTE DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK?

Im November 2015 präsentierte die Kommission nach einer weiteren Überprüfung und einem öffentlichen Konsultationsprozess erneut eine „verbesserte ENP“, in der die Schwachpunkte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung eingestanden und Anpassungen vorgeschlagen wurden, wie Diskussionen über Charakter und Prioritäten der jeweiligen Zusammenarbeit, ein neues Bewertungskonzept der Fortschritte sowie eine Verstärkung des Prinzips der Flexibilität.³ Explizit gestärkt werden soll das Engagement der Europäischen Union für mehr Kooperation mit den Nachbarn in Sicherheitsfragen zur Unterstützung der Stabilisierung der Nachbarschaft und ihrer Resilienz. Zwar werden vier Schlüsselprioritäten für die Europäische Nachbarschaftspolitik festgelegt, doch sind diese von „guter Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte[n]“ über „wirtschaftliche Entwicklung als Mittel zur Stabilisierung“ bis hin zu „Sicherheit“ sowie „Migration und Mobilität“ insgesamt erneut so breit gefasst, dass keine wirkliche Priorisierung erkennbar ist. Die für die ENP bereitgestellten Mittel wurden im Finanzrahmen 2014 bis 2020 moderat auf 15,4 Milliarden Euro erhöht, was bei sechzehn Ländern jedoch nur einem theoretischen Anteil von 137 Millionen Euro pro Land und Jahr entspricht.

So setzt die Europäische Union in der Europäischen Nachbarschaftspolitik rhetorisch auf größere Flexibilität sowie Differenzierung und Sensibilität gegenüber den Staaten, bleibt ihrem langfristig angelegten Transformations- und Assoziierungsansatz jedoch treu.⁴ Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist in Konzeption und Instrumentarium im Kern gleichgeblieben und stellt für die Europäische Union weiterhin das zentrale Instrument dar, um Stabilität, Sicherheit und Entwicklung in der Nachbarschaft zu erreichen.

Die Herausforderungen, das umzusetzen, sind in den letzten Jahren nicht weniger geworden. Im Gegenteil muss konstatiert werden, dass ein *ring*

of friends heute ein weiter entferntes Ziel denn je ist. Vielmehr ist die Europäische Union derzeit von einem *ring of fire* umgeben, sodass sich die Frage stellt, ob die Europäische Nachbarschaftspolitik das adäquate Konzept ist, den vielfältigen und brisanten Herausforderungen zu begegnen.

MUT ZUR PRIORISIERUNG

Eigentlich sollte die Europäische Union ein attraktiver Partner für ihre Nachbarn sein, vor allem mit Blick auf die finanziellen Hilfen und sektoralen Kooperationsmöglichkeiten. Obwohl die Europäische Nachbarschaftspolitik, ergänzt um die multilaterale Union für das Mittelmeer beziehungsweise die Östliche Partnerschaft, praktisch alle Bereiche und Instrumente für Kooperationen abdeckt, ist der europäische Einfluss auf die Stabilität und Entwicklung in den Nachbarstaaten insgesamt begrenzt. Zum einen, da der Wille zur Annahme der Kooperationsangebote den Staaten nicht aufgezwungen werden kann. Dieser ist vor allem dort vorhanden, wo eine politische Entscheidung für diesen Reformweg bereits gefallen ist. Wo er fehlt, bietet die Europäische Nachbarschaftspolitik zumeist nicht genügend Anreize für umfangreiche Veränderungen. Zum anderen ist die EU nicht der einzige Spieler auf diesem Feld. Insbesondere sicherheitspolitisch ist die EU schwach und hat den Einflüssen anderer Akteure, sei es des Verbündeten USA oder regionaler Konkurrenten wie Russland oder Iran, wenig entgegenzusetzen. Darüber hinaus bieten China oder die Golfstaaten alternative Finanz- und Investitionsquellen.

Die EU sollte in ihrer Nachbarschaftspolitik daher Mut zu einer wirklichen Priorisierung und Differenzierung beweisen. Einerseits sollten die multilateralen Foren nicht zwingend geografisch definiert werden, sondern Zusammenarbeit von der Erfüllung von Vorbedingungen abhängig machen. Andererseits sollte sich die Europäische Union in der Europäischen Nachbarschaftspolitik stärker auf reformwillige Staaten konzentrieren, ihnen attraktive Kooperationsangebote unterbreiten und dabei die bestehenden Instrumente und Prinzipien der Konditionalisierung sowie des „Mehr für mehr“ konsequent umsetzen.

¹ Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, KOM(2011) 200, Brüssel, 08.03.2011.

² Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, KOM(2011) 303, Brüssel, 25.05.2011.

³ Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, JOIN(2015) 50 final, Brüssel, 18.11.2015.

⁴ Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Bericht über die Umsetzung der überprüften Europäischen Nachbarschaftspolitik, JOIN(2017) 18 final, Brüssel, 18.05.2017.

Konflikt- management statt Konfliktlösung

Russland, Deutschland und die Europäische Union

FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg, stellvertretender Leiter, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das deutsch-russische Verhältnis befindet sich in einer Sackgasse, ein Ausweg ist derzeit nicht in Sicht, auch vom „gemeinsamen Haus Europa“ hat man schon länger nichts mehr gehört. Zu unterschiedlich sind die aktuellen Interessen. Narrative und Problemanalysen

widersprechen sich zum Teil diametral. Gesprächsformate wie der Petersburger Dialog gleichen oft Monologen, in denen aneinander vorbeikommuniziert wird. Der Honeymoon der 1980er- und frühen 1990er-Jahre ist vorbei, als man Russland auf dem Weg nach Westen sah und eine Modernisierungspartnerschaft für ein attraktives Angebot hielt.

Verschiedene Meilensteine markieren die gegenseitige Entfremdung, ein weiter Weg war es von der Putin-Rede 2001 vor dem Deutschen Bundestag bis zu seinen Einlassungen 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Es folgten der Krieg in Georgien, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und

die Aggression in der Ostukraine sowie das russische Engagement in Syrien an der Seite des Assad-Regimes. Schwer wiegen auch die Einschränkungen für die russische Zivilgesellschaft, die Charakterisierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als „ausländische Agenten“, eine limitierte Meinungs- und Pressefreiheit bis hin zu unaufgeklärten Morden an Journalisten und Oppositionellen.

Russland dokumentiert: Man will Großmacht sein, über eine eigene exklusive Einflussphäre verfügen, höchstens mit den USA und vielleicht mit China auf Augenhöhe verhandeln, nicht aber mit der Europäischen Union (EU), deren schiere Existenz als Bedrohung für das eigene Gesellschaftsmodell erachtet wird. Ein neues Jalta wäre sicher etwas, mit dem sich die russische Führung anfreunden könnte. Mit westlichen Vorstellungen staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung inklusive der freien Entscheidung, zu welchem Bündnissystem man gehören möchte, ist das nicht vereinbar. Wäre, so fragt man sich, unter heutigen Bedingungen eine deutsche Wiedervereinigung und die Entlassung der Staaten Mittel- und Osteuropas aus dem russischen Imperium denkbar?

FOLGEN DES HITLER-STALIN-PAKTS

Heute unternimmt die russische Führung alles, um die EU zu unterminieren. Die Art, wie staatliche russische Medien zu massiver Desinformation im Westen beitragen, ist umfangreich dokumentiert: Scheitert man schon darin, selbst Vertrauen zu gewinnen, mag es immerhin gelingen, auch das Vertrauen in alle und alles andere zu zerstören. Dass inzwischen ganze *Troll*-Armeen unterwegs sind, um in sozialen Medien das Meinungsklima zu vergiften, gehört dabei zum Arsenal, nicht nur in Europa, wie man inzwischen weiß. „Russland verfolgt eine einfache und klare Strategie“, so der Think Tank CSIS: „Es nutzt die inhärenten Schwächen im System der westlichen kapitalistischen Demokratien aus. Indem es das System von innen heraus durchdringt und instrumentalisiert – beispielsweise, indem es sich die lockeren Offenlegungsvorschriften für Eigentum zunutze macht, Korruptionsvorwürfen nicht nachgeht, die Arbeit einer unabhängigen Presse und Justiz unterbindet, keine Transparenz bei der Parteienfinanzierung und Zulassung von NGOs schafft sowie Medienkanälen erlaubt, fehlerhafte Informationen zu verbreiten, und so die Verwirrung und Desillusionierung der Öffentlichkeit fördert – gelingt es Russland, die demokratischen Institutionen in Europa durch seine Einflussnahme zu schwächen.“ In einigen EU-Ländern scheint diese Strategie bereits erfolgreich gewesen zu sein.

Deutschland wird innerhalb Europas nach wie vor als besonderer Partner gesehen, allerdings als einer, der sich gegebenenfalls für eigene Interessen instrumentalisieren lässt. Vergessen wird dabei sowohl auf russischer Seite als

auch von manchen Partei- und Wirtschaftsvertretern aus der Bundesrepublik, dass sich seit den Zeiten der Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr Fundamentales geändert hat: Mittlerweile liegen zwischen Deutschland und Russland befreundete Staaten und nicht zuletzt solche, die Mitglieder der EU und der NATO sind und die sich von Russland extrem bedroht fühlen. Gerade für sie hat der Zweite Weltkrieg eben nicht mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 begonnen, sondern mit den Folgen des Hitler-Stalin-Paktes 1939.

Niemand sollte erwarten, dass sich Deutschland über die Interessen dieser Staaten hinwegsetzt, um mit Russland erneut alte Sonderwege zu beschreiben. Bedrückend ist, dass dies auch in manchen deutschen Zirkeln ganz rechts und ganz links ebenso ausgeblendet wird wie die Opfer in den *bloodlands* zwischen heutiger EU und Russland, die viel zu wenig Bestandteil unserer Erinnerungskultur sind. Für die aufrechten Bürgerrechtler in Mittel- und Osteuropa war „Friedenssicherung durch Stabilisierung der bestehenden Herrschaftssysteme“ (Katja Gloger, *Fremde Freunde*, 2017) schon damals keine akzeptable Alternative. Bitter formulierte der ehemalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg: „Russland kann besetzen und erobern, wen oder was es will, in Deutschland wird es immer Leute finden, die dafür Verständnis haben.“ Der beste Weg zu guten Beziehungen mit Deutschland wäre für Russland heute, die Beziehungen mit seinen unmittelbaren Nachbarn in Ordnung zu bringen.

RÜSTUNGSFABRIKEN UND ALTÄRE, ABER KEINE REFORMEN

Für Deutschland ist die Verankerung in der EU zentral für eine friedliche Entwicklung, wirtschaftliche Prosperität und die Möglichkeit, eigenen Werten auch künftig in der Welt Geltung zu verschaffen. Großmächte und solche, die sich so fühlen, verhandeln hingegen lieber mit schwachen bilateralen Partnern und spielen diese bei Bedarf gegeneinander aus. Sie verstehen oft nicht, wie die EU funktioniert und dass in ihr auch kleine Staaten oder sogar Regionen ein gleichberechtigtes Mitspracherecht haben. Das geopolitische Spiel der Großmächte ist mittlerweile auf die Weltbühne zurückgekehrt, auch wenn die europäischen Länder weitgehend verlernt haben, in diesen Kategorien zu denken. „Die Europäische Integration“, schreibt Timothy Snyder in seinem neuesten Buch *Der Weg in die Unfreiheit*, „hatte lange genug Bestand, um von Europäern für selbstverständlich gehalten zu werden und Resonanz und Macht anderer Politikmodelle vergessen zu lassen. Doch die Geschichte geht immer weiter, und es ergeben sich stets Alternativen.“

Russland seinerseits hat sich vom Weg in die liberale Weltordnung verabschiedet und geht ideologisch eigene Wege. Der russische Ökonom

Wladislaw Inosemzew bilanziert: „Seit Ende der achtziger Jahre wurden in Russland weder umfassende Reformprojekte noch weitreichende Zukunftsvisionen entworfen. Das Land orientiert sich weiterhin an der Vergangenheit und nicht an der Zukunft.“

Die Staatsführung inszeniert sich in engem Schulterschluss mit der russisch-orthodoxen Kirche – der Dreiklang Orthodoxie, Autokratie, Nationalität wirkt prägend (Fiona Hill, Clifford G. Gaddy) – erneut als moralische Reserve der Welt, als Gegenpol zum „dekadenten Westen“ mit seiner Fixierung auf die Rechte sexueller und anderer Minderheiten. Der Kampfbegriff von *Gayropa* wird in Stellung gebracht, in nationalistischen und xenophoben Parteien des Westens sieht man natürliche Bündnispartner. „Rüstungsfabriken und Altäre, keine Reformen“ ist das, was man nicht nur im Isborsker Klub anstrebt. „Russki Mir“, die russische Welt, ist da, wo Russen und Russischstämmige leben, und überall dort fühlt man sich berechtigt, zu handeln. Denker wie Alexander Dugin hatten ihre Konjunktur, Eurasien gilt als das neue alte Imperium.

Vom Westen fühlt man sich betrogen, sieht die NATO-Osterweiterung als Vertrauensbruch, verweist bei Kritik an eigenen Brüchen des Völkerrechts auf die Interventionen westlicher Staaten in Serbien und im Irak, kritisiert eine Überdehnung des UN-Mandats im Fall Libyen. In der eigenen Bevölkerung kommt die neue Stärke gut an, noch immer profitiert Wladimir Putin vom Stabilisierer-Image nach den chaotischen Jelzin-Jahren. Ebenso ist die Suche nach äußeren Feinden immer noch ein beliebtes Mittel, um nach innen den Schulterschluss hinter den Regierenden zu organisieren.

FURCHT VOR „REGIME CHANGE“

Die Ukraine ist dabei für Russland in vieler Hinsicht ein Showcase, mit dem man Nachahmer, etwa in Belarus oder im Kaukasus, von zu großer EU-Nähe abschrecken möchte. Das Schlimmste für das eigene autoritäre Gesellschaftsmodell wäre eine prosperierende, freie und demokratische Ukraine, attraktiv und ein Bezugspunkt auch für die russische Bevölkerung. Die Furcht vor „Farbenrevolutionen“ und *regime change* ist in Moskau sowohl Obsession als auch politischer Kampfbegriff. Da geht man bis zur Christianisierung der Kiewer Rus zurück, um eine mehr als tausendjährige Bindung zu beschreiben und eigene Interventionen zu legitimieren. Auch deshalb birgt die aktuelle Anerkennung einer eigenen autokephalen orthodoxen Kirche der Ukraine durch den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel erheblichen zusätzlichen Sprengstoff – wenn es dessen überhaupt bedürfte.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 und den Übergriffen in der Ostukraine unternimmt Moskau alles, um das Nachbarland zu destabilisieren: Die momentane Krise im Asowschen Meer ist dafür nur

ein weiterer Beweis. Gleichzeitig testet Moskau aus, welche Reaktionen des Westens bei einem immer aggressiveren Kurs zu erwarten sind. Die momentanen Erfahrungen dürften dabei alles andere als abschreckend wirken, auch wenn die EU sich auf die Fortsetzung der bestehenden Sanktionen geeinigt hat und dies eine gewisse Überraschung für den Kreml gewesen sein dürfte.

Mit *frozen conflicts* lässt sich insgesamt gut Interessenpolitik machen: Da werden Abchasien und Südossetien sowie Transnistrien Faustpfänder gegen eine EU- und NATO-Integration von Georgien und der Moldau, da schürt man den Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland aus den gleichen Interessen, da darf in Montenegro schon einmal die russische Hand hinter internen Destabilisierungsversuchen vermutet werden. Erklärungen, all diese Konflikte seien nur gemeinsam mit Russland zu lösen, sind natürlich nicht falsch – nur liegt genau diese Lösung offenbar nicht im Interesse Russlands.

SPIELT RUSSLAND DIE „CHINESISCHE KARTE“?

In Russland selbst bleiben Strukturen oft intransparent, die Abhängigkeit von der Rohstoffwirtschaft ist ungebrochen, Rechtssicherheit fehlt vielerorts noch immer, ein *Crony*-Kapitalismus befreundeter Oligarchen ist kaum ein geeigneter Nährboden für Innovationen. Entsprechend hoch sind Kapitalflucht und der Braindrain junger Talente. Vor diesem Hintergrund sind Projekte wie die Gaspipeline Nordstream II eben nicht nur wirtschaftlich zu bewerten, auch wenn man sich darüber ärgern mag, wie unverhohlen etwa Flüssiggasinteressen aus den USA geopolitisch bemäntelt und wertemäßig verbrämt werden. Natürlich gibt es gemeinsame Wirtschaftsinteressen, viele deutsche Firmen haben in Russland massiv investiert, machen gute Geschäfte, leiden unter den Sanktionen. Allerdings lohnt es, die Bedeutung des Russlandgeschäfts in den Zusammenhang zu stellen und beispielsweise mit dem zu vergleichen, was Deutschland etwa mit Polen umsetzt.

Parallel versucht Russland, die „chinesische Karte“ zu spielen und in einer autoritären Internationale den Ton anzugeben. Problem dabei: Im Verhältnis zu China wird man aus demografischer und wirtschaftlicher Unterlegenheit heraus dauerhaft nur den Juniorpartner abgeben, der russische Ferne Osten bleibt zudem eine Zone, wo man sich mit Blick auf China über dessen Interessen nicht im Klaren sein kann. Im Ringen um Einfluss in Zentralasien hat man, allen Avancen einer Eurasischen Wirtschaftsunion zum Trotz, ebenfalls dauerhaft die schlechteren Karten, der russische Einfluss geht zurück. „Im Gegensatz zu China“, so Manfred Huterer in der Zeitschrift *Osteuropa* (9–10/2017, S. 109–115), „hat Russland die Vorteile der Globalisierung nicht genutzt.“ Eigentlich ein Grund, ein auskömmliches Miteinander mit Europa höher zu bewerten und etwas in dieses Verhältnis zu investieren.

Aus dem geschilderten Lagebild lässt sich für Deutschland und Europa sowie die gemeinsamen Interessen einiges ableiten. „Eine neue Ostpolitik des Grand Design“, so der langjährige Russland-Beauftragte der Bundesregierung und SPD-Politiker Gernot Erler im Juni 2017, „erscheint im Moment unrealistisch, gefordert ist zunächst eher eine Politik der Deeskalation und Gefahrenminderung.“ Ganz offenbar ist „Konfliktmanagement statt Konfliktlösung“ das Gebot der Stunde, wie auch Liana Fix und Jana Puglierin formulieren (Zeitschrift *Internationale Politik*, März/April 2017, S. 44–47). Um das aber erfolgreich angehen zu können, gibt es für Deutschland keine Alternative zur festen Verankerung in der NATO und der EU, deren Stärkung das zentrale Anliegen des deutschen Außenhandels bleiben muss. Bei allen aktuellen Zerreißproben innerhalb der Union ist es ermutigend, dass die Mitgliedstaaten bei der Sanktionspolitik weiterhin Einigkeit demonstrieren. Der europäische Pfeiler muss in Sicherheits- und Verteidigungsfragen stärker werden; nur aus einer Position der Stärke heraus lässt sich mit Ländern wie Russland befriedigend verhandeln. „Russland wird unberechenbarer“, meint Christian Neef, der Westen müsse sich darauf auch militärisch einstellen (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47–48/2014).

WANDEL NUR VON INNEN HER MÖGLICH

Gleichzeitig müssen Felder der Kooperation gesucht werden, allen voran bei der Rüstungskontrolle. Einerseits wirken amerikanische Absichten mit Blick auf die INF- (*Intermediate Range Nuclear Forces*) und die START-Vereinbarungen (*Strategic Arms Reduction Talks*) irritierend, unvernünftig sind sie nicht: Es gibt Hinweise auf russische Verletzungen der bestehenden Regelungen; gleichzeitig ist China nicht Teil der Verträge, sollte es aber unbedingt sein. Dies sollte nicht nur den USA, sondern auch den Europäern zu denken geben.

Deutschland und Europa sollten alles unternehmen, um die russische Zivilgesellschaft zu stärken und mit ihr im Gespräch zu bleiben. Nicht zuletzt der Jugendaustausch und die Städtepartnerschaften können eine Rolle spielen, um die gegenseitige Entfremdung zumindest nicht größer werden zu lassen – Gespräche über unterschiedliche Perzeptionen, Narrative und ihre Entwicklung sind allemal nützlich. Denn, so der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 16. September 2017: „Der Wandel wird nur von innen her möglich sein.“

Dialog also, auf allen Ebenen, mit klaren Botschaften, in den Kanälen, die derzeit offenstehen! Er sollte allerdings nicht mit Harmonie und Einverständnis verwechselt werden: Eine stabile Partnerschaft wird es nur dann geben, wenn fundamentale internationale Standards eingehalten werden und alle europäischen Länder auf sichere Grenzen vertrauen können.

Zutiefst verstört

Der Brexit – persönlich genommen

ANTHONY GLEES

Geboren 1948 in Oxford, Historiker und Politikwissenschaftler, seit 2008 Professor an der University of Buckingham und Leiter des Centre for Security and Intelligence Studies (BUCSIS).

Am 29. März 2019, um 23.00 Uhr britischer Zeit, wird der Brexit rechtskräftig und Großbritannien verlässt die Europäische Union (EU). Damit endet auf absehbare Zeit eine vierzigjährige Beziehung mit gegenwärtig 27 EU-Partnern, die gemeinsam die größte Union freier und friedlicher Demokratien sowie den größ-

ten Binnenmarkt freier Nationen weltweit bilden.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Großbritannien Wohlstand gebracht, seit 1973 hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahezu verdoppelt. Das Vereinigte Königreich ist nach dem wirtschaftlichen Niedergang der 1950er- und frühen 1960er-Jahre zur fünftgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Im Jahr 2016 stammten 63 Prozent der Investitionen in Großbritannien aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (E-27). Fünfzig Prozent des Handels finden mit der EU statt – sogar 65 Prozent, wenn man den

Handel über die EU mit Drittstaaten einrechnet. Großbritannien war das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der Europäischen Union, es fehlten Arbeitskräfte. Die Wiedereinführung von Zöllen und anderen Hindernissen, die der Brexit verursachen wird, werden das Vereinigte Königreich in bisher nie gekannter Weise treffen und die Arbeitslosigkeit steigern.

Der Brexit ist ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die sich – wie ich selbst – als Schulkinder und Studenten von den neuen Möglichkeiten mitreißen ließen, die ein „Eintritt nach Europa“ in den frühen 1960er-Jahren, als ich zur Schule ging, bot. Studieren in Europa wurde einfach gemacht. In meinem Fall erhielt ich Stipendien aus Oxford und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und profitierte vom Studium der politischen Ideen und jüngsten Geschichte in der Bundesrepublik Bonn und Göttingen. Die Erfahrung, dass wir unabhängig von unserer Nationalität gemeinsame Werte und Ambitionen teilen, die ich während meiner eigenen akademischen Laufbahn gemacht habe, versuchte ich vielen Generationen meiner eigenen Studenten nahezubringen. All das geht jetzt zu Ende. Die Gemeinsamkeit ist vorbei. Beim Brexit geht es zum einen um persönliche und zum anderen um intellektuelle und politische Verluste.

JEDER STEHT SCHLECHTER DA

Dass eine Regierung der Tories, die sich stets für die Verteidigung der Freiheit eingesetzt hatte, damit prahlen würde, die Freizügigkeit von Menschen (darunter

vier Millionen Briten, die in der EU leben) zu stoppen, ist für mich unfassbar, insbesondere als lebenslanger Tory-Anhänger. Kein Wunder, dass ich, meine Familie, meine Freunde sowie viele meiner akademischen Kollegen nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch persönlich zutiefst verstört sind. Was so viele von uns nachts wach hält, ist nicht nur das Verlustgefühl, sondern die Sinnlosigkeit dieses Verlustes. Am 26. Juni 2016 wurden Vernunft, gesunder Menschenverstand und Pragmatismus in einem Anfall von Massenzorn, Ressentiments und Unvernunft aus dem Fenster geworfen.

Für viele, die hart daran gearbeitet haben, Karrieren aufzubauen und ihre Steuern zu zahlen, sind die riesigen Summen, die jetzt rücksichtslos an den Brexit verschwendet werden, erschreckend genug. Nach Schätzungen der (unabhängigen) *Bank of England* gibt Großbritannien bereits 727 Pfund pro Sekunde (440 Millionen Pfund pro Woche) für die Brexit-Planung aus. Was die verschiedenen Deals von Premierministerin Theresa May betrifft, so schätzt das *Centre for European Reform*, dass ein „Norwegen-Deal“ in den nächsten fünfzehn Jahren jährlich sieben Milliarden Pfund an staatlicher Kreditaufnahme, ein „Kanada-Deal“ 57 Milliarden Pfund sowie ein „No-Deal“ 81 Milliarden Pfund kosten würde; der am 15. Januar abgelehnte Deal von Theresa May hätte vierzig Milliarden Pfund gekostet. Ein „No-Deal“ würde ferner zu einem Rückgang des britischen BIP von acht Prozent und einem Verlust von mindestens 750.000 Arbeitsplätzen führen. Die britische Wirtschaft ist bereits um zwei Prozent geschrumpft, und jeder Bürger ist um 1.000 Pfund ärmer, als er es ohne Brexit-Votum wäre. Bei jedem

einzelnen Deal steht Großbritannien schlechter da als zurzeit.

Der Brexit hat nicht einmal sein Hauptziel, die Beendigung der vierzigjährigen Auseinandersetzung um die Europäische Union innerhalb der Tory-Partei, erreicht, sondern den zwanghaften Streit verjüngt und von „Europaskeptizismus“ zu „Europafeindlichkeit“ verschärft. Die EU-Länder sind für manche zu Gegnern, ja sogar zu Feinden geworden. In den Tory-Kreisen gibt es keinen Frieden, und es kann ihn auf absehbare Zeit auch nicht geben.

Dennoch meinte Frau May, sagen zu können: „Ich denke, wir werden außerhalb der EU besser dran sein, wo wir die Kontrolle über unsere Grenzen, Gelder und Gesetze haben und in der Lage sind, um den Rest der Welt herum zu handeln“ (*Sky News*, 23. November 2018). Das ist Wahnsinn in jeder Hinsicht: Wir werden finanziell nicht bessergestellt sein, die Kontrolle unserer Grenzen wird sehr viel schwieriger werden, und der einzige Weg, den Handel zu befördern, würde bedeuten, die EU-27-Preise zu unterbieten – was aber auch bedeutet, dass wir nicht in den Binnenmarkt verkaufen könnten.

HAMMERSCHLAG GEGEN DIE RATIO

Für jemanden wie mich, der durch seine Forschung und Publikationen ein wenig davon versteht, wie oft wirtschaftliche Verzweiflung in den vergangenen Jahren zu politischem Extremismus geführt hat, wann immer es Demagogen und andere gibt, die bereit sind, diese auszunutzen, ist die Rücksichtslosigkeit gegenüber den

ökonomischen und politischen Kosten des Brexit-Experiments in einer scheinbar stabilen und reifen Demokratie wie Großbritannien wahrlich erschreckend. Für diejenigen (also wiederum solche wie mich), die sich ihren Unterhalt verdienen, indem sie Politik lehren, ist die Brexit-Abstimmung doppelt beunruhigend, denn sie offenbart, dass in der heutigen britischen Politik die Emotionen über Fakten und eine evidenzbasierte Politik triumphieren können. Beweise, Information und Ratio sind die Grundbausteine des wissenschaftlichen Studiums und der Lehre. Als Michael Gove (ein potenzieller Nachfolger von Theresa May) während der Brexit-Kampagne sagte, dass die Briten „genug von den Experten hätten“, war dies ein Hammerschlag gegen die Ratio. Die größten Experten wie Mark Carney, Gouverneur der *Bank of England*, waren natürlich aus rationalen und manchmal sogar emotionalen Gründen „Remainers“ – also diejenigen, die beim Referendum 2016 für den Verbleib in der EU stimmten.

Dieser unheilvolle Mangel an Respekt gegenüber Experten war heuchlerisch: Die meisten, wenn nicht sogar alle wirtschaftlichen Brexit-Argumente basierten auf der Meinung eines einzigen Experten, nämlich Professor Patrick Minford von der Cardiff University. Das Vereinigte Königreich stand ihnen als eine Art „großes Singapur“ vor Augen. Damit verbunden war die Erwartung eines viel größeren Wachstums außerhalb der EU, indem man nach den Regeln der Welthandelsorganisation (*World Trade Organisation*, WTO) Handel treiben würde – mit billigeren Lebensmitteln, Schuhen und billigerer Bekleidung. Obwohl viele auf die Schlussfolgerungen Minfords aufmerksam wurden, beschäftigten sich nur wenige mit

seinen dahin gehenden Forderungen, dass etwa die Industrieproduktion und die Agrarproduktion eingestellt, das Pfund weiter abgewertet und Millionen Menschen umgeschult werden müssten, allein um im IT-Bereich zu arbeiten.

GEGEN DIE EU, FÜR DIE NATO?

Das Expertenargument, dass die Souveränität der europäischen Staaten zum gegenseitigen Vorteil gebündelt werden müsse, galt den Brexit-Befürwortern als Ketzerei, obwohl die NATO-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs von den meisten unter ihnen unterstützt wird und die Bündniszugehörigkeit eine wesentlich weitreichendere Teilung von Hoheitsrechten erfordert. Ernstzunehmende Wissenschaftler wie mein Kollege Nick Rees glauben, dass Großbritannien den Verstand verloren hat.

Warum die Menschen für den Brexit gestimmt haben, ist kein Geheimnis: Schon David Camerons Idee eines Referendums war unklug. Schließlich gibt es immer ausreichend Gründe dafür, gegen einen Status quo zu stimmen. Hinzu kam: Das Vereinigte Königreich leidet unter enormen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, insbesondere in den Randregionen – genau dort, wo der Brexit am meisten Unterstützung erfuhr. Der Brexit war in erster Linie ein englisches und walisisches, kein schottisches oder nordirisches Phänomen. Nicht Brüssel, sondern die Westminster-Regierung hatte die Verpflichtung, den regionalen Benachteiligungen entgegenzuwirken. Es gab weitere grobe Versäumnisse der britischen Regierung: Zehn Jahre Sparpolitik im Zeitraum

von 2008 bis 2018 bedeuteten, dass die Reallöhne seit 2008 nicht mehr gestiegen waren. Kein Wunder, dass sich die sieben Millionen Wähler vergessen fühlten, aber auch hieran war die EU unschuldig.

Selbst wenn die Brexit-Anführer heute darauf bestehen, dass sich der Ausstieg lohnen wird, egal zu welchem Preis (auch um den Preis größerer Armut), war dies nicht die Perspektive, die den Bürgern damals in Aussicht gestellt worden war. Ihnen wurde gesagt, dass der Nationale Gesundheitsdienst das an EU-Beiträgen eingesparte Geld erhalten würde. Auch Nahrungsmittel und Kleidung würden deutlich billiger zu haben sein.

DAS VERSPRECHEN DES „CAKEISM“

Im Mittelpunkt der Brexit-Abstimmung stand aber das Versprechen eines „Cakeism“ (im Deutschen „Rosinenpicken“), das sowohl von *Vote.Leave* als auch von *Leave.EU* gegeben wurde. Brexit-Befürworter, insbesondere Boris Johnson, erklärten beispielsweise, dass der EU-Austritt Großbritannien ermöglichen würde, von den massiven Vorteilen der Zollunion und des Binnenmarkts zu profitieren, ohne sich aber an die Vorschriften halten oder in den gemeinsamen Haushalt einzahlen zu müssen. Dabei handelt es sich übrigens um einen Betrag von weniger als einem Prozent des britischen BIP, etwa acht Milliarden Pfund im Jahr 2017. Dem steht ein Ertrag, so der Verband der britischen Industrie, von circa neunzig Milliarden Pfund gegenüber.

Die Unterstützung für die „Cakeism“-Idee prägte das Denken von Millionen

Menschen, politisierte viele und radikalisierte das politische Leben. Bis heute folgen sie Theresa Mays „Mantra“ eines Vereinigten Königreiches, das den freien Handel mit der EU ohne Zollgrenzen zwischen Irland und Nordirland fortführt, während es gleichzeitig völlig frei ist, eigene Handelsabkommen mit der übrigen Welt abzuschließen, was zur Folge hätte, dass man die Preise für Waren und Dienstleistungen aus der EU unterbieten könne.

ROMANTISCHE LINIEN: DIE „ENGLISHNESS“

Deutet die Brexit-Abstimmung darauf hin, dass alle Aufklärung, alles Lehren über die EU und ihre Geschichte umsonst und Großbritanniens Weg untrennbar mit den Ereignissen auf dem europäischen Kontinent verbunden war? Die Antwort lautet: Nein. Die Wahlanalyse zeigt, dass diejenigen, die den größten Zugang zu Bildung, zu Logik und Vernunft haben, viel eher für „Remain“ stimmten: Je älter, ärmer und weniger gebildet die Wähler waren, desto wahrscheinlicher war es, dass sie für den Brexit stimmten. Der Brexit war ein Votum gegen etabliertes Expertendenken, sei es in der Industrie, in der Berufswelt oder im Bildungswesen, zugunsten eines vermeintlichen *Wisdom of Crowds* („Weisheit der vielen“).

Niemanden scheint zu interessieren, dass es weltweit gar keine Nation gibt, die ausschließlich nach den WTO-Regeln Handel treibt; alle WTO-Mitglieder sind Teil regionaler oder bilateraler Blöcke. Niemand scheint zu verstehen, dass Verwaltungsvorschriften Verbrauchern wie

auch den Herstellern nutzen und die Kosten im Lauf der Zeit senken und eben nicht erhöhen.

Die meisten Hochschulabsolventen haben wohl für „Remain“ gestimmt, selbst wenn es eine kleine, aber sehr einflussreiche Gruppe von Brexit-Intellektuellen gab, die die Debatte maßgeblich mitgestaltet haben. Einige, darunter der Historiker und Churchill-Biograph Andrew Roberts, argumentierten, dass eine Nation, die über ein Imperium geherrscht hat, mehr als fähig sei, nach den Regeln der WTO weltweiten Handel zu betreiben und das eigene Schicksal zu bestimmen. Andere, wie der Philosoph Roger Scruton, verfolgten eine ebenso romantische Linie und betonten die typisch englische Wesensart („Englishness“), die Liebe zum Land und zur Natur, welche die EU auf unerklärliche Weise zersetzt habe. Das deutsche Denken des 19. Jahrhunderts scheint sich irgendwie in eine britische Volkshaltung des 21. Jahrhunderts verwandelt zu haben.

„FLUCHT VOR DER VERNUNFT“

Die Entscheidung, die EU zu verlassen, muss meiner Meinung nach respektiert werden, wenn die Demokratie einen Sinn haben soll. Es gibt nach wie vor eine Debatte darüber, wie sie durchgeführt werden soll – ob der Verlust aller wirklichen Autorität durch Theresa May bedeutet, dass das Parlament den Prozess kontrollieren wird, oder ob es zu einem No-Deal-Brexit oder zu Neuwahlen kommen wird. Aber was auch immer passiert, Großbritannien wird infolge des Brexit ein ganz anderes Land sein.

Ein Traum wird nicht allein dadurch wahr, dass eine Mehrheit für ihn stimmt, auch wenn siebzehn Millionen Wähler sagen, dass er existiert. Die Realität wird aber sicherlich durch Extremismus und die „Flucht vor der Vernunft“ verändert. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Wähler einfach sagen würden: „Oh, wir haben uns geirrt, lasst uns wieder in die EU zurückkehren.“ Aller Wahrscheinlichkeit nach wird ein ohnehin schon radikaler „Rumpf“ von Brexit-Anhängern noch extremer und noch EU-feindlicher werden und alles so darstellen, als ob die EU das Recht Großbritanniens, das zu tun, was es will, auf böartige Weise vereitelt.

Was diejenigen angeht, die denken, dass wir uns in einer Zeit des Nach-

denkens über grundlegende Fragen befinden: Sollte man ins „innere Exil“ gehen? Sollte man versuchen, für „übermorgen“ zu planen? Wie ich aus meiner eigenen Familiengeschichte weiß, müssen Menschen manchmal auswandern: Ich vermute, dass die 27 EU-Staaten viele Menschen erwarten können, die England genau jetzt verlassen wollen. Durch einen „Unfall in der Geschichte“ habe ich Anspruch auf einen deutschen Pass – ich selbst könnte daher einer von diesen „Weggehenden“ sein.

Übersetzung aus dem Englischen: KERN AG, Bonn

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 18. Januar 2019.

„Der Star ist die Partei“

Über Aufbrüche in der CDU, neue Gemeinsamkeiten mit der CSU und parteipolitische Perspektiven des Jahres 2019

RALPH BRINKHAUS

Geboren 1968 in Rheda-Wiedenbrück, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit September 2018 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

2018 war ein schwieriges Jahr für die CDU, das sie jedoch mit Impulsen der Erneuerung abgeschlossen hat: mit Ihrer Wahl zum Fraktionsvorsitzenden, dem Dreikampf um den Bundesvorsitz beispielsweise. Wie blicken Sie aus parteipolitischer Sicht auf das Jahr 2019?

Ralph Brinkhaus: Zunächst ein Blick zurück: 2018 gab es einen schwierigen An-

fang mit den Regierungsgesprächen, eine enorm schwierige Jahresmitte mit dem Konflikt zwischen CDU und CSU. Aber danach hat es sich für die CDU gut gefügt, auch im Verhältnis zur CSU. Ich war viel in Bayern unterwegs, zum Beispiel bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz. Annegret Kramp-Karrenbauer war unter anderem bei der CSU-Landesgruppe im Bundestag auf deren Klausurtagung in Kloster Seeon.

Weil wir eine sehr schwierige Strecke hinter uns gelassen haben, wird es jetzt positiv weitergehen. Ich bin optimistisch, dass wir ein besseres Europawahlergebnis erzielen werden, als das noch vor einigen

Wochen für möglich gehalten wurde. Für den Wahlkampf gibt es eine gute Mischung, weil wir uns einerseits personell neu ausgerichtet haben, uns andererseits aber auch auf die Erfahrung bewährter Persönlichkeiten, vor allem die der Bundeskanzlerin, stützen. Wir haben mit Manfred Weber auch einen exzellenten Spitzenkandidaten.

Bei den Landtagswahlen in den neuen Ländern müssen wir ganz besonders hart kämpfen. Aber auch dort sind wir personell gut aufgestellt und müssen einfach eine überzeugende Politik machen. Dabei rate ich dazu – und das gilt nicht nur für die Landtagswahlen, sondern auch für die Europawahl –, den Blick nicht auf andere Parteien zu richten, sondern unser „eigenes Ding“ zu machen.

Die Bundespartei hat einen von den meisten als fair und spannend erlebten Wettbewerb um den Vorsitz ausgetragen. Der neue Generalsekretär räumt aber ein, dass es nach der knappen Entscheidung „sehr, sehr viele Enttäuschte“ gibt – unter den Delegierten wie auch an der Basis. War die Enttäuschung nur eine momentane oder muss man an ihrer Überwindung arbeiten?

Ralph Brinkhaus: Wer verliert, ist natürlich enttäuscht. Wäre man es nicht, hätte man nicht mit genügend Herzblut gekämpft. Insofern ist das eine normale Reaktion. Insgesamt erlebe ich aber eine große Zufriedenheit darüber, dass es eine Auswahl gab und wie diese intensive Debatte geführt worden ist. Diese Erfahrung überträgt sich in die Partei hinein, weil jetzt alle wissen, dass es nicht nur einen personellen Neuaufbruch gibt.

Die Partei wird sich auch bei den Verfahren neu aufstellen – also mehr Partizipation und mehr Öffnung hin zu den Mitgliedern.

Risse sehen Sie nicht – etwa zwischen liberal und konservativ?

Ralph Brinkhaus: Nein, Risse sehe ich nicht, im Gegenteil. Mit den beiden unterlegenen Kandidaten Friedrich Merz und Jens Spahn sind Themen auf die Agenda gekommen, die jetzt gemeinsam diskutiert werden.

In der Partei sprechen wir beispielsweise mehr über Wirtschaft, über Sicherheit, vielleicht auch mehr über Werte. Wir ziehen auch Bilanz, wo wir in der Migrations- und Ausländerpolitik stehen.

Sie haben bereits in Ihrer Parteitagrede eine Rückkehr zur Sacharbeit in Partei und Fraktion angemahnt. Trotzdem spricht man viel über Personen und Ämter, über mögliche Ministerposten, über den Zugriff zur Kanzlerinnennachfolge. Hatten Sie es vorausgesehen?

Ralph Brinkhaus: Mich hat betrübt, dass sich die Debatte lange auf einzelne Personen fokussiert hat. Unsere Partei besteht nicht nur aus Annegret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz. Für alle Politikbereiche und auf allen Ebenen haben wir gute Leute. Insofern war es ein bisschen frustrierend, dass lange immer nur über zwei Personen geredet wurde.

Ich würde mich freuen, wenn wir an den Punkt kommen würden, wo wir sagen: Der Star ist die Partei. Genauso, wie ich sage: Der Star ist die Fraktion.

Die Bundespartei, die CDU/CSU-Fraktion, die CSU-Landesgruppe – sie alle haben angekündigt, ihr eigenes Profil zu schärfen. Wird das Regieren dadurch nicht noch schwieriger, als es in der Regierungskoalition eines föderalen Staates ohnehin schon ist?

Ralph Brinkhaus: Das ist eine sehr gute Frage, weil sie mir die Gelegenheit gibt, auf etwas Grundsätzliches hinzuweisen: Man sollte ein eigenes Profil haben und den Wählerinnen und Wählern auch immer wieder verdeutlichen, was man tun würde, wenn man allein an der Regierung wäre. Auf der anderen Seite ist es aber so, dass die Zeiten absoluter Mehrheiten im Bund seit 1961 vorbei sind und man zum Regieren Koalitionspartner braucht. Mit diesem muss man Kompromisse eingehen. Aber niemand muss dafür seine Seele verkaufen und seine Positionen aufgeben.

Momentan gefällt mir überhaupt nicht, dass der politische Kompromiss, der aus einer klaren Positionierung heraus geschlossen wird, so gering geschätzt wird.

Das Herausstellen von Profilen ist also kein Gegensatz zum effektiven Regieren?

Ralph Brinkhaus: Überhaupt nicht.

Der Streit zwischen CDU und CSU hat Sie, wie Sie sagen, „extrem angefasst“. Wie beschreiben Sie heute Ihre Gefühlslage mit Blick auf die Union als Ganze? Und was können Sie als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Zusammenhalt beitragen?

Ralph Brinkhaus: Ich bin nicht allein Vorsitzender der CDU-Bundestagsabgeordneten, sondern der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU. Das versuche ich zu leben. Es geht darum, diese Gemeinschaft immer wieder herauszustellen, denn sie hat uns in sieben Jahren Bundesrepublik stark gemacht. Ich bin der tiefen Überzeugung – und deswegen hat mich das so „angefasst“ –, dass wir getrennt nie wieder die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten haben würden und nie wieder eine so gute Politik machen könnten, wie wir es gemeinsam geschafft haben.

Es ist essenziell, dass CDU und CSU zusammenstehen. Nicht nur Seon war ein guter Anfang, ich verstehe mich beispielsweise gut mit Alexander Dobrindt und Markus Söder. Übrigens ist es fachlich unter den Kollegen von CDU und CSU auch im letzten Jahr gut gelaufen.

Zu Jahresbeginn waren die Zeitungen voller Szenarien, wie es mit der Großen Koalition weitergeht. Die Fortführung bis ans Ende der Legislaturperiode galt nicht als die wahrscheinlichste Option. Warum sind Sie sicher, dass es anders kommt?

Ralph Brinkhaus: Zunächst einmal wollen wir über die volle Länge – bis 2021 – gute Politik machen. Zwar hatten wir bei der Bundestagswahl 2017 kein zufriedenstellendes Ergebnis, aber wir wurden die größte Fraktion und haben den Auftrag bekommen, eine Regierung für vier Jahre zu führen. Und diesen Auftrag müssen wir erfüllen. Deswegen muss es unser und der Plan der SPD sein, diese vier Jahre nicht nur durchzuhalten, sondern sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch gut zu gestalten. Schließlich ist

überhaupt nichts davon zu halten, die Menschen so lange neu wählen zu lassen, bis es den Politikern passt.

Über alle bevorstehenden schwierigen Wahlen und Halbzeitevaluierungen hinweg?

Ralph Brinkhaus: Die Sacharbeit ist in der Koalition gut angelaufen. Wir haben etwa bis Dezember enorm viel geliefert, und das wollen wir weiterhin tun. Wir wollen das Leben der Menschen Stück für Stück besser machen. Insofern sollte man uns auch an unserer Sacharbeit messen.

Die Koalition und die Union haben sich 2018 viel mit sich selbst beschäftigt. Entsprechend richten Sie den Blick wieder auf den politischen Gegner und raten zum „Gegenpressing“. Was und vor allem wen meinen Sie damit?

Ralph Brinkhaus: Gegenpressing bedeutet im Fußball, den Ball möglichst schnell zurückzugewinnen, wenn er in den Reihen der Gegner ist. Es geht darum, selbst das Spiel zu machen. Das heißt, wir wollen die Initiative in der Hand haben und die Themen setzen.

... und das wären beispielsweise?

Ralph Brinkhaus: Im Mittelpunkt steht, das Leben der Menschen in der Mitte der Gesellschaft zu verbessern, uns mehr auf die Themen der Mitte zu fokussieren, als das in der Vergangenheit der Fall war: Wohnen, Pflege, Mobilität, aber insbesondere auch die Innere Sicherheit. Es geht nicht allein um Einbruch in mein Haus, sondern auch um das Knacken von Ac-

counts. Insofern wird Cybersicherheit ein Schwerpunkt sein. Die Menschen wollen wissen, wie das Land morgen aussieht. Im Bereich Innovation und Technologie müssen wir sehr viel Gas geben.

Ich hatte Sie so verstanden, dass es beim Gegenpressing auch um eine Antwort auf die populistische Debattenführung geht.

Ralph Brinkhaus: Ja, das betrifft selbstverständlich auch das Thema Zusammenhalt der Gesellschaft. Und dabei stellt sich die Frage: Fördert die Art und Weise, wie momentan der politische Diskurs erfolgt, eine konsensuale Gesellschaft? Ich würde sagen, dass wir eine gegenläufige Entwicklung haben. Bei allem Streit um die Sache muss man auch immer respektvoll und achtsam mit dem politischen Gegner umgehen, weil es um einen Streit der Argumente geht und nicht darum, dass man sich für moralisch besser hält als den anderen.

In einem Aufsatz schreiben Sie: „Das Vertrauen in die Politik ist erschüttert. Bürger fühlen sich nicht mehr respektiert.“ Manche wollen „nichts mehr von einem Politiker hören“. Ist das nicht eine Analyse, die eine Volkspartei in ihrem Selbstbewusstsein aufrütteln müsste?

Ralph Brinkhaus: Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass wir einiges umstellen, und dementsprechend sind wir optimistisch, dass das künftig in die andere Richtung läuft.

Was heißt es, „das Land aus der Mitte heraus zu denken“?

Ralph Brinkhaus: Ich formuliere es mal so: Der Charakter einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie gut sie mit Randgruppen und Minderheiten umgeht. Trotzdem müssen wir die Mitte der Gesellschaft wieder mehr in den Fokus rücken. Das sind die Leute, die morgens früh aufstehen, ihre Kinder zur Schule bringen, arbeiten gehen und gegebenenfalls abends ein Ehrenamt ausfüllen. Diese Menschen haben im politischen Diskurs zuletzt relativ wenig stattgefunden.

Im Wahlkreis werde ich beispielsweise gefragt: Wie geht es in der Diesel-Frage weiter? Was ist mit der Pflege- und der Gesundheitsversorgung? Frühkindliche Bildung, Kita-Plätze bis zur Qualität der Grundschulen, G8- und G9-Abitur, berufliche Ausbildung – auch das sind die Themen, die die Menschen bewegen. Wir müssen die politische Flughöhe von 10.000 Metern verlassen, in der wir große Grundsatzdebatten führen über Dinge, die die Menschen vielleicht nicht ganz so interessieren.

Sie trauen sich viel zu, die Mitte in einer „granularen Gesellschaft“ finden zu wollen ...

Ralph Brinkhaus: Wichtig ist, dass wir der Versuchung widerstehen, die Menschen selbst in granulare Schubladen zu stecken. Das wäre ein Fehler. Ich schaue dabei auch auf die eigene Partei, in der etwa gesagt wurde, wir müssten jetzt eine urbane Großstadtpartei werden.

In Würzburg bei einer Veranstaltung habe ich kürzlich gesagt: Die Unionsfamilie ist zuständig für die Menschen, die im Zentrum von Würzburg leben – die vielleicht andere Interessen haben als die Menschen, die im Steigerwald leben. Aber

beide brauchen eine politische Heimat. Und die Volksparteien sind für beide da. Ich kann doch nicht sagen, es interessiert mich nicht, wer im Steigerwald lebt, und wer dort Diesel fährt, der hat Pech gehabt. Ich bin natürlich auch für die Fahrradfahrer in Würzburg zuständig, aber nicht allein. Sich auf Partikularinteressen zu konzentrieren, das können andere Parteien machen, aber nicht wir.

Unter dem Hashtag #Brinkhausunterwegs sind Sie aktuell auf einer „Zuhörtour“: Welche Themen nehmen Sie daraus konkret mit nach Berlin?

Ralph Brinkhaus: Ich war gleich zu Beginn des Jahres in der Lausitz. Dort haben die Menschen mir über ihre ganz konkreten Sorgen vor Ort berichtet. Was passiert mit unseren Arbeitsplätzen? Was passiert mit unserer Region? Da ist mein Standpunkt: Die Menschen im Braunkohletagebau, in den Kraftwerken oder bei den Zulieferern – die gehören auch zur Mitte der Gesellschaft. Und deswegen bleiben Umweltpolitik und das Erreichen der Klimaziele wichtig.

Aber auf der anderen Seite müssen wir auch immer sehen, was das für eine Region und die Menschen dort bedeutet. Wie kann ich sie auf den Weg zum Ziel mit an Bord nehmen, anstatt sie zu verlieren?

Was sagen Ihnen die Menschen zu Europa?

Ralph Brinkhaus: Die erste Reaktion ist meist, dass sie ansprechen, was alles in Brüssel schief läuft. Im Verlauf der Diskussion stellt sich heraus, dass viele Leute durchaus ein Verständnis dafür haben, dass es sich um ein wichtiges politisches

Projekt handelt und dass ihre Arbeitsplätze sehr stark vom europäischen Binnenmarkt abhängig sind. Die Menschen wissen auch zu gut, dass Deutschland in einem harten internationalen Wettbewerb steht, der zunehmend von China dominiert wird – einem Land mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden und momentan sehr, sehr viel Geldreserven. Wenn man ihnen dann noch bewusst macht, dass es hingegen nur achtzig Millionen Deutsche gibt, dann sagen viele: Nein, auch deshalb brauchen wir ein gemeinsames Europa. Wir haben den Fehler gemacht, Europa auf Geldfragen zu reduzieren. Das hat sich bei den Menschen eingebrannt. Unsere Herausforderung bis zum Mai wird sein, den Menschen wieder zu vermitteln, dass Europa weit mehr ist als die Summe von vielen Rettungspaketen – und zwar in erster Linie ein Friedensprojekt. Europa garantiert unsere Sicherheit – übrigens auch im Inneren. Gegen viele Formen der Organisierten Kriminalität muss man europaweit vorgehen.

Europa wird 2019 den Schwerpunkt der Debatten in der Bundestagsfraktion bilden. Mit welchem Ziel?

Ralph Brinkhaus: Wir wollen mitmachen in Europa, weil wir den Auftrag haben, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. In den letzten Jahren haben wir das besonders in Finanzfragen sehr ernst genommen, auch unterstützt durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Aber es gibt Luft nach oben, und das heißt: Nach Artikel 23 Grundgesetz können wir der Bundesregierung Handlungsmaximen für Verhandlungen in Brüssel mit auf den Weg geben; wir können eine Subsidiaritätsrüge ausspre-

chen und haben auch die Möglichkeit einer umfassenderen Kontrolle, ob und wie bestimmte Dinge umgesetzt werden. Wir wollen bei der europäischen Legislative nicht erst dann dabei sein, wenn ein europäischer Rechtsakt abgeschlossen ist. Das heißt: Als Deutscher Bundestag werden wir uns künftig in der Frühphase der Entwicklung von Richtlinien und Verordnungen einbringen. Und zwar nicht als Bremser, sondern einfach gemäß unserem Auftrag, dass wir unser deutsches Interesse vertreten.

Gegenüber den finanzpolitischen Avancen Emmanuel Macrons gelten Sie als skeptisch ...

Ralph Brinkhaus: Insofern sehr skeptisch, als wir in den europäischen Finanzen immer eine Gratwanderung haben: zwischen Solidarität, die in einer Gemeinschaft notwendig ist, einerseits. Andererseits darf Solidarität keine Einbahnstraße werden. Wir hatten jedoch den Eindruck: Die eine Seite gibt etwas, die andere bekommt etwas, hat aber keine Bereitschaft zur Beachtung bestimmter Konditionierungen. Wenn wir Europa auf einen reinen Umverteilungsmechanismus reduzieren, wird er Europa mittelfristig kaputtmachen, weil die Geberländer irgendwann keine Lust mehr haben, zu geben, und die Nehmerländer immer noch sagen, es ist nicht genug.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 8. Januar 2019.

Klassenkampf und Islam

—
Vierzig Jahre Iranische Revolution

CHRISTIAN FUNKE

Geboren 1982 in Unna (Westfalen), Iranist, Religions- und Islamwissenschaftler. Er verbrachte mehrere Jahre in Iran und forscht zu Themen des modernen Irans und des schiitischen Islam.

In der Silvesternacht des Jahres 1977 brachte US-Präsident Jimmy Carter auf seinen Gastgeber Mohammad Reza Schah Pahlavi in Teheran den Toast aus: „Dank der großartigen Führung des Schahs ist Iran eine Insel der Stabilität in einer der am meisten aufgewühlten Gegenden der Welt.“ Trotz sporadischer Proteste gegen seine fast vierzigjährige Herrschaft schien der Schah äußerlich auf dem Gipfel seiner

Macht: Durch Ölexporte stabilisiert, war Iran zum wichtigsten Verbündeten des Westens im Nahen Osten geworden, die technische Modernisierung schritt voran, und eine gebildete Mittelschicht war entstanden. Doch schon bald überschlugen sich die Ereignisse, und Straßenproteste, ein Generalstreik und Massendemonstrationen legten das gesamte Land lahm. Dabei traten religiöse Motive immer stärker hervor, und bald war die Rede von einer „Islamischen Revolution“. Der 76-jährige Ajatollah Ruhollah Chomeini führte aus dem Exil in Frankreich die Revolution an. Indem Chomeini bereits 1963 gegen die Reformvorhaben des Schahs protestierte – darunter die Einführung des Frauenwahlrechts und eine umfassende Landreform –

und sich an die Spitze protestierender Kleriker und Seminaristen in der den Schiiten heiligen Stadt Ghom – Chomeini unterrichtete dort bis 1963 Islamisches Recht – stellte, brach er mit der quietistischen Tradition der Schia. Diese besagt, dass weltliche Herrschaft, solange sie die Ausübung der religiösen Pflichten nicht hindert, toleriert werden soll, selbst wenn sie prinzipiell illegitim ist. Chomeini hingegen entwickelte die Vorstellung, dass die Rechtsgelehrten selbst herrschen sollten, um vorübergehend an die Stelle des zwölften schiitischen Imams zu treten, dessen endzeitliche Wiederkehr erwartet wird.

Viele Protestierende, Außenstehende und Experten sahen in Chomeini zunächst eine Art iranischen Gandhi, der nach der Revolution nach Ghom zurückkehren würde, um sich religiösen Studien zu widmen. Nicht seine außerhalb klerikaler Kreise kaum rezipierten Schriften und auf Kassetten verbreiteten Predigten waren es, die Religiöse, Nationalisten, Kommunisten, die Mittelschicht und die Unterschicht miteinander verbanden, sondern gemeinsame politische Forderungen sowie die Macht schiitischer Rituale, Bilder und Narrative. Sie ordneten das chaotische Revolutionsgeschehen in das Schema eines Kampfes zwischen Gut und Böse ein und verliehen sowohl persönlichen Erfahrungen als auch Verlusten einen Sinn.

Statt nach seiner Rückkehr in den Iran ins Seminar zurückzukehren, konzentrierte Chomeini die Macht im neuen Staat in den Händen des Klerus und schaltete jegliche Opposition systematisch aus. Er beendete die über 2500-jährige Monarchie und setzte an ihre Stelle eine „islamische Moderne“, die sich sowohl von der Nachahmung des Westens als auch von

den kommunistischen Systemen des Ostens abgrenzte. Eckpfeiler der neuen politischen Ordnung waren ein gelenktes parlamentarisches System und Chomeinis Version des schiitischen Islam, dessen Kleriker in allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen fortan den Ton angaben. Während viele kulturelle und wissenschaftliche Errungenschaften der Schahzeit rückgängig gemacht wurden, was bis heute zu einer Talentabwanderung führt, gelang es dennoch, ein politisches System zu schaffen, das eine eingeschränkte Mitwirkung des Volkes ermöglichte.

DIE URSACHEN DER REVOLUTION

Wie konnte es zu dem Umsturz kommen, den kaum jemand vorausgesehen hatte? In gewisser Weise wurde der Schah Opfer seines Erfolges und seiner Hybris zugleich. Noch zu Zeiten John F. Kennedys fragte er rhetorisch eine Gruppe von Offiziellen, warum die Studenten der Universität Teheran gegen ihn demonstrierten. „Wir haben ihnen alles gegeben. Was wollen sie noch?“ Der spätere Zentralbankdirektor Mehdi Samii entgegnete dem Schah, dass die Studenten die Dinge, die er ihnen gegeben hatte, als Teil ihrer unveräußerlichen Rechte betrachteten und sich dem Standpunkt verweigerten, dass ihnen diese Rechte gegeben worden seien, und zudem meinten, dass ihnen andere Rechte vorenthalten würden.¹ Damit brachte Mehdi Samii auf den Punkt, dass der rasanten wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes auf der politischen Ebene kein Pendant gegenüberstand. Die

neue Mittelschicht wurde zwar in die Bürokratie des Staates integriert, politische Partizipation dagegen wurde ihr nicht eingeräumt.

An dem Generalstreik von 1978 waren sowohl Staatsbedienstete als auch Lohnarbeiter beteiligt. Beide unterstützten die Forderungen nach der Freilassung politischer Gefangener, Pressefreiheit, Gewaltenteilung und der Abschaffung des 1975 eingeführten Einparteiensystems. Die verspäteten und oft dilettantischen Reaktionen des Schahs zerrütteten den Glauben an eine Zukunft des Pahlavi-Staates. Einen Markstein bildete eine Fernsehansprache des Schahs, in der er mit kraftloser Stimme und in ziviler Garderobe Reformen versprach und erklärte, er habe die Stimme der Revolution gehört. Psychologisch hatte die Revolution bereits gewonnen, denn Chomeini und seine Gefolgsleute beherrschten die Klaviatur der Symbole perfekt.

Nach fünfzig Jahren des iranischen Nationalismus, der auf die vorislamische Zeit rekurrierte und dezidiert laizistisch war, wurde der Islam zu einem Instrument, eine oppositionelle Haltung gegenüber dem Staat auszudrücken. So legten Haushälterinnen und Studentinnen das Kopftuch an, Arbeiter und Beamte ließen sich Bärte wachsen. Selbst atheistische Kommunisten bezogen sich auf Imam Hussein und sein Martyrium bei Kerbela. Die revolutionäre Rhetorik, die Klassenkampf und Islam miteinander vermischte, bediente sich der schiitischen Tradition und erfand sie gleichermaßen neu. Die Schriften Ali Schariatis und Dschalal Aleschah lieferten den intellektuellen Unterbau für diesen neuen Iran, der zugleich zurück zu den Wurzeln und in eine bessere Zukunft weisen sollte.

PARIA DER WELTGEMEINSCHAFT

Die erste Dekade der Islamischen Republik wurde vom Ersten Golfkrieg (1980–1988) überschattet. Nach einem vom Westen gedeckten Überraschungsangriff Saddams Husseins geriet Iran zunächst in die Defensive. Der irakische Diktator hoffte, er könne das durch Säuberungen stalinistischen Typs geschröpfte gegnerische Militär schnell bezwingen. Er sah sich jedoch bald mit einem langatmigen Stellungskrieg konfrontiert, in dem keine Seite bedeutende Gewinne erzielen konnte. Zahlreiche Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, lieferten Waffen an beide Konfliktparteien, deren menschliche und wirtschaftliche Opfer enorm waren. Auch im Inneren war der neue Staat nicht gefestigt. Nachdem gemäßigte und nationalistische Kräfte ausgeschaltet worden waren, rangen die islamo-marxistischen Volksmudschahedin mit Chomeinis Anhängern um die Macht, wurden aber letztlich verdrängt. Terroranschläge, Verhaftungswellen, patrouillierende Milizen, ein Aufstand der iranischen Kurden und die Islamisierung der Schulen und Universitäten prägten die ersten Jahre nach der Revolution. Chomeinis charismatische Führung schlichtete die schwelenden Konflikte zwischen links-islamistischen und konservativen Kräften, die allerdings nach seinem Tod wieder an Virulenz gewannen. Ein Jahr vor seinem Tod ordnete Chomeini die Massenhinrichtung von mindestens dreitausend politischen Gefangenen an. Es war ein Blutgericht, das die künftigen Machthaber zusammenschweißen sollte und bis heute seine Schatten wirft. Die Verfassung wurde

dahin gehend geändert, dass die politischen, nicht aber die religiösen Qualifikationen des Obersten Rechtsgelehrten ausschlaggebend für seine Eignung als Staatsoberhaupt sein sollten. Der Systemerhalt wurde dabei sogar über die Prinzipien des Islam gestellt und zum Kernprinzip der Islamischen Republik Iran erhoben. Der neue, seit 1989 amtierende Revolutionsführer Ali Chamenei und der neue Präsident Hashemi Rafsandschani (1989–1997) lenkten ihr Augenmerk auf den Wiederaufbau des vom Krieg gebeutelten Landes und bedienten sich hierzu ansatzweise einer wirtschaftsliberalen Politik, die auch ausländische Investoren ins Land holen wollte. Zur gleichen Zeit dauerten die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner sowohl in Iran als auch im Ausland an, wovon etwa die Kettenmorde, eine systematische Serie von Morden und des Verschwindenlassens von Personen in den 1990er-Jahren in Iran und das Mykonos-Attentat, bei dem am 17. September 1992 vier iranisch-kurdische Exilpolitiker im Auftrag des iranischen Geheimdienstes in Berlin ermordet wurden, beredtes Zeugnis ablegen. Die Feindschaft mit Israel, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion intensivierte, die Unterstützung der libanesischen Hisbollah und die revolutionäre Rhetorik machten Iran zu einem Paria der Weltgemeinschaft.

Erst mit dem unerwarteten Wahlsieg Mohammad Chatamis (1997–2005) bei den Präsidentschaftswahlen zeichnete sich sowohl im Inland als auch gegenüber dem Westen eine Politik der Entspannung ab. Die Reformen Mohammad Chatamis lockerten die repressive kulturelle Sphäre auf und ermöglichten durch Zeitungsgründungen einen kritischen Diskurs. Ziel des aus den Linksislamisten hervor-

gegangenen Reformflügels war es, die Islamische Republik durch politische und soziale Reformen zu stabilisieren und zu erhalten, doch stieß die Regierung auf immer stärkeren Widerstand von Revolutionsführer und Wächterrat.

POLITISCHE LÄHMUNG DES LANDES

Die Spaltung der politischen Elite, die um die Deutungshoheit der Revolution rang, in deren Namen sich jegliche Politik rechtfertigen muss, führte zu einer politischen Lähmung des Landes. Mit Mahmud Ahmadinedschad (2005–2013), der ebenfalls überraschend die Präsidentschaftswahlen gewann, schwang das Pendel wieder zugunsten derer aus, die die Islamische Republik im Sinne ihrer islamisch-autoritären Komponente definieren wollten. Während er im Ausland in erster Linie aufgrund seiner Aussagen zum Holocaust und seines offensiven Umgangs mit dem iranischen Nuklearprogramm wahrgenommen wurde, zeichneten seine Präsidentschaft in Iran vor allem Nepotismus, Messianismus, wirtschaftliche Krisen, Zensur, kulturelle Repressionen und eine populistische Rhetorik aus.

Nach der von massiven Betrugsvorfällen begleiteten Wiederwahl Mahmud Ahmadinedschads 2009 versammelten sich in Teheran und anderen Städten die größten Massenproteste seit der Revolution dreißig Jahre zuvor. Die Kernforderungen der sogenannten Grünen Bewegung unterschieden sich kaum von denen des Jahres 1978, verlangte sie doch die Freilassung politischer Gefangener, das Ende der

Zensur und der gewalttätigen Übergriffe auf politische Gegner sowie die Annullierung der Wahlen. Der massive Ansehens- und Legitimitätsverlust, der durch die Niederschlagung der Protestwelle entstand, hallt bis heute nach, spielen Wahlen und Massen im Selbstverständnis der Islamischen Republik doch eine zentrale Rolle. Dass die Antiaufstandseinheiten und Milizen nicht davor zurückschreckten, am heiligen Aschura-Tag, an dem die Schiiten des Todes des für sie dritten Imams Hussein in der Schlacht von Kerbela gedenken, Blut zu vergießen, Gefangene zu vergewaltigen und Gräber zu schänden, fasste Großajatollah Hossein Ali Montazeri mit den Worten zusammen, die Islamische Republik sei weder islamisch noch eine Republik.²

MITTELSCHICHT WURDE ABERMALS ENTTÄUSCHT

Die Präsidentschaft Hasan Rohanis (seit 2013) stand somit zunächst vor der Aufgabe, zwischen den politischen Lagern Brücken zu schlagen und das Vertrauen in das politische System wiederherzustellen. Rohani setzte, wie schon Rafsandschani, auf wirtschaftliche Reformen und warf sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale, indem er die letztlich erfolgreichen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm in eine neue Runde führte. Dass eine für die Bevölkerung spürbare wirtschaftliche Dividende des Abkommens ausblieb und sich die wirtschaftliche Lage Irans weiter verschlechterte, führte zu Unruhen. Ehemalige Anhänger der Reformbewegung und die Mittelschicht wurden abermals enttäuscht. Bei seiner

Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York 2013 führte Hasan Rohani aus: „Die Verwirklichung von Demokratie im Einklang mit der Religion und friedlichen Regierungswechseln hat dazu geführt, dass Iran ein Anker der Stabilität in einem Meer der regionalen Instabilität ist.“³

Wie auch zu Zeiten des Toasts Jimmy Carters steht Iran heute äußerlich stabil da. Gleichzeitig sind es tiefgreifende Probleme wie die immer wieder aufflammenden wirtschaftlichen Krisen, die anhaltende internationale Isolation, das umstrittene militärische Engagement in Syrien und die ungeklärte Frage, welchen Stellenwert die Partizipation des Volkes im Gesamtsystem einnehmen soll, die weiterhin ungeklärt sind. Gemessen an ihrem immer wieder vorhergesagten baldigem Zusammenbruch nimmt das vierzigjährige Bestehen der Islamischen Republik fast wunder. Hinter die Wünsche, Hoffnungen und Möglichkeiten ihrer Anfänge ist sie jedoch weit zurückgefallen. Die staatliche Korruption und Misswirtschaft, die wirtschaftliche Misere und die sich weiter öffnende Wohlstandsschere, die Verfolgung politischer Gegner und die alltägliche Gängelung von Frauen und Andersdenkenden machen das vierzigjährige Jubiläum der Iranischen Revolution für viele Iraner zu einem bitteren Anlass.

¹ Siehe Abbas Milani: *The Shah*, New York 2011, S. 280.

² Siehe Christian Funke: *Ästhetik, Politik und schiitische Repräsentation im zeitgenössischen Iran*, Leiden und Boston 2017.

³ Siehe: Matn-e kâmel-e sochanân-e doktor Rohâni dar schast-o haschtomin madschma'-e 'umûmi-e sâzmân-e mellal-e motahhed (vollständiger Text der Ansprache Hasan Rohanis bei der 68. Generalversammlung der Vereinten Nationen), www.president.ir/fa/71572 (in persischer Sprache).

Pragmatismus und Moral

Einblicke in die Persönlichkeit David Ben Gurions

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, Israel.

Tom Segev: *David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis*, Siedler Verlag, München 2018, 800 Seiten, 35,00 Euro.

Gründungsgestalten umweht immer ein besonderer Mythos. Und Mythen reizen Wissenschaftler, an ihnen zu kratzen. Diesbezüglich bildet der israelische Staatsgründer David Ben Gurion keine Ausnahme. Das Kratzwerk übernimmt der Jerusalemer Historiker und Journalist Tom Segev. Pünktlich zum 70-jährigen Jubi-

läum der Gründung des jüdischen Staates hat er eine dickleibige Biographie des ersten israelischen Premierministers vorgelegt. Wer Segev kennt, konnte sich auf ein kritisches Werk gefasst machen. Der Autor von Standardwerken über die Staatsgründung, den Sechstagekrieg, Palästina in der Zwischenkriegszeit oder auch über den Umgang Israels mit dem Holocaust wird den „neuen Historikern“ zugerechnet, die seit den 1980er-Jahren gängige Narrative der israelischen Geschichtsschreibung hinterfragen.

Segev hat den Anspruch, das Leben seines Protagonisten in dessen Gesamtheit aufzuzeichnen; es ist eher der Mensch denn der Politiker Ben Gurion, der ihn

interessiert. Folgerichtig widmet sich der Großteil des 800 Seiten starken Werkes der Zeit vor 1948. Das Buch beginnt mit Kindheit und Jugend des künftigen Politikers, schildert den frühen Tod seiner Mutter und Freundschaften, die ein ganzes Leben halten sollten. Vor allem aber zeigt es die frühe Begeisterung des jungen David Grün, wie der 1886 im polnischen Płońsk geborene Knabe damals noch hieß, für den Zionismus. Schon früh unterhielt er sich mit Gleichaltrigen auf Hebräisch und träumte von der Auswanderung nach Palästina. Mit bereits zwanzig Jahren setzte er seinen lang gehegten Plan in die Tat um und wanderte ins Gelobte Land aus.

ZIONISMUS ALS HÖCHSTES POLITISCHES PRINZIP

Dort widmete er, der nie eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen hatte, sein Leben vollständig dem Zionismus. Im Ersten Weltkrieg stellte er sich erst an die Seite der Osmanen, später, als das Kriegsglück sich wendete, an die der Engländer, beides in der Hoffnung auf eine wohlwollende Haltung der beiden Großmächte gegenüber einem zukünftigen jüdischen Staat. Nach Ende des Krieges setzte er seine Arbeit in der Gewerkschaft *Histadrut* und der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei *Poale Zion* fort. Schnell machte er dort Karriere, ab 1930 ebenso in der von ihm mitgegründeten Arbeiterpartei *Mapai*. Im Laufe der Zeit wurde er zum wichtigsten zionistischen Politiker.

„Ein Staat um jeden Preis“ hat Segev sein Buch im Untertitel genannt und damit auch das entscheidende Motiv des

Lebens seines Protagonisten beschrieben. Sein gesamtes Privatleben ordnete Ben Gurion der Gewinnung eines jüdischen Staates in Palästina unter. Im Dienste der zionistischen Sache war er oft monatelang von seiner Familie und seiner Frau Paula getrennt. Auch die eigene Gesundheit schonte er nicht. Und vor allem räumte er dem Zionismus eine höhere Priorität über andere politische Prinzipien ein, wenn notwendig sogar über die Demokratie. Leider erfährt der Leser nichts über die Antriebskräfte, die hinter Ben Gurions zionistischer Haltung standen. Dessen Ehrgeiz und Skrupellosigkeit beleuchtet Segev zur Genüge, aber weshalb sich der spätere Premierminister bereits in sehr frühen Jahren dem Zionismus regelrecht verschrieb, bleibt unterbelichtet.

Eindrucksvoll beschreibt Segev dagegen Ben Gurions unermüdlichen Einsatz für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina, ebenso sein ständiges Ringen mit der ungünstigen Voraussetzung dafür – der arabischen Bevölkerungsmehrheit. Von seiner Ankunft im Nahen Osten bis zu seinem Tod glaubte Ben Gurion nicht an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit den arabischen Nachbarn. Und tragischerweise bestätigte die antijüdische Gewalt der Araber ihn ein ums andere Mal, angefangen mit den Unruhen in Jaffa 1921 über die landesweiten Ausschreitungen 1929, den großen Aufstand 1936 bis 1939 bis zum Angriff der arabischen Nachbarländer auf den neugegründeten jüdischen Staat 1948. Folgerichtig sprach sich Ben Gurion dagegen aus, arabische Arbeiter zu beschäftigen, versuchte, sie durch jüdische Arbeiter zu ersetzen, und setzte seine Hoffnung darauf, die Araber mittelfristig durch jüdische Einwanderer zu minorisieren.

Im Jahr 1937 versuchte die britische Mandatsmacht, Palästina durch einen Teilungsplan zu befrieden, der zu Ben Gurions freudiger Überraschung die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus dem jüdischen Gebiet vorsah. Während die jüdischen Rechten den Teilungsplan als unzureichend ablehnten, setzte Ben Gurion sich für dessen Annahme ein – in der Hoffnung, die Grenzen des relativ kleinen jüdischen Gebietes unter dem Druck der fortgesetzten Immigration weiter zu verschieben zu können. Der Plan scheiterte an der arabischen Ablehnung. Die Rahmenbedingungen für eine jüdische Staatsgründung hatten sich jedoch in Ben Gurions Kopf festgesetzt: ein so großes Gebiet wie möglich mit so wenigen arabischen Bewohnern wie möglich, inklusive der Möglichkeit, deren Zahl durch Vertreibungen weiter zu dezimieren.

MIT ENTSCLOSSENHEIT ZUR ISRAELISCHEN UNABHÄNGIGKEIT

Der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Judenverfolgung brachten ein vorläufiges Ende der hochtrabenden Pläne. Der Holocaust stürzte Ben Gurion in tiefe Verzweiflung – allerdings weniger wegen des Schicksals der Verfolgten selbst, sondern vielmehr, weil er damit das Ende der jüdischen Migration aus Europa nach Palästina und damit das Ende des zionistischen Projekts befürchtete. In aller Offenheit erklärte er: „Ich sehe die grauenhafte geschichtliche Bedeutung der nationalsozialistischen Gräueltaten nicht in der entsetzlichen Menge der ermordeten Ju-

den, sondern in der Vernichtung gerade der hervorragenden Volksgruppe, die als einzige unter allen Teilen fähig [...] war, den Staat aufzubauen.“ Folgerichtig widersetzte er sich auch der Rettung europäischer Juden, solange diese nicht der Stärkung des zukünftigen Staates diene: „Die Forderung, Kinder aus Deutschland ins Land zu holen, entspringt bei uns nicht nur dem Mitgefühl mit diesen Kindern. Wenn ich wüsste, dass man alle Kinder Deutschlands durch ihre Verbringung nach England retten könnte und nur die Hälfte durch ihre Verbringung nach Erez Israel, würde ich das Zweite wählen, denn wir haben nicht nur diese Kinder in Rechnung zu ziehen, sondern die Geschichte des Volkes Israel.“ Letztendlich waren das weitgehend theoretische Überlegungen, weil die zionistische Bewegung ohnehin nicht imstande war, größere Gruppen verfolgter Juden zu retten. Dennoch wirft diese Haltung ein bezeichnendes Licht auf die Überzeugung des Politikers, dass die zionistische Staatsgründung allen anderen Zielen überzuordnen war.

Nicht zuletzt dieser Entschlossenheit war es zu verdanken, dass Ben Gurion sein Ziel schließlich erreichte: Am 14. Mai 1948 verlas er in Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung. Vorausgegangen war ihr ein blutiger Untergrundkampf gegen die britischen Besatzer und die Verabschiedung des UN-Teilungsplans am 29. November 1947. Im anschließenden Krieg gelang es dem neugegründeten Staat, seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Auf Befehl oder zumindest mit Wissen des neuen Premierministers wurden dabei Hunderttausende Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. Und auch nach dem israelischen Sieg setzte Ben Gurion große Anstrengungen

daran, ihre Rückkehr zu verhindern. Der jüdische Staat brauchte dauerhaft eine große jüdische Bevölkerungsmehrheit. Immer wieder haderte der Politiker mit der Frage, wie sich seine Vorstellung eines moralisch hochstehenden zionistischen Staates mit dieser Politik in Einklang bringen ließe. Ein ums andere Mal setzte er aber den Pragmatismus über die Moral.

Die im Land verbliebenen Araber erhielten zwar die israelische Staatsbürgerschaft, standen aber bis 1966 unter Militärverwaltung. Friedensverhandlungen mit den arabischen Nachbarstaaten lehnte Ben Gurion ab, aus Angst, zu weitgehende Zugeständnisse machen zu müssen. Und als – nach seiner Zeit als Regierungschef – die israelische Armee im Sechstagekrieg Ostjerusalem und das Westjordanland eroberte, war es nicht Friedenswillen oder Kompromissbereitschaft, sondern die Angst vor einer arabischen Bevölkerungsmehrheit, die für seine Skepsis gegenüber einer dauerhaften Besatzung sorgte.

ERLAHMENDER EHRGEIZ

Mit der Gründung des jüdischen Staates hatte Ben Gurion sein politisches Lebensziel erreicht, und sein Ehrgeiz erlahmte. Die verbleibenden zwanzig Jahre seines Lebens erzählt Segev als eine Geschichte des Abstiegs, reich an Affären und Intrigen. Das hat eine gewisse Logik, enthält dem Leser jedoch ein genaueres Bild des Regierungspolitikers Ben Gurion vor. Über seine Rolle beim Aufbau und der Konsolidierung Israels erfährt man wenig.

Dazu mag Segevs große Distanz gegenüber seinem Protagonisten beigetragen haben. Vor dem geistigen Auge des Lesers

entsteht das Bild eines vom Ehrgeiz zerfressenen, misstrauischen und zur Freundschaft unfähigen Mannes. Selbst seine miserablen Qualitäten als Liebhaber, der nur um die eigene Befriedigung bemüht gewesen sei, enthält das Buch nicht vor.

Weitgehend unterbelichtet bleiben jedoch die Verdienste des Spitzenpolitikers. Welche Voraussetzungen waren es, die ihn – abgesehen von persönlichen Ambitionen und hellem Verstand – an die Spitze der zionistischen Bewegung brachten? Wie hoch ist sein Anteil an der Entstehung des jüdischen Staates zu bemessen? Und bei allem Verständnis für Segevs Kritik an Ben Gurions Umgang mit der arabischen Bevölkerung des Landes: Welche Alternativen hätte es gegeben? War Ben Gurions Einschätzung nicht tatsächlich das Ergebnis zwar kühl kalkulierter, aber hochgradig realistischer Überlegungen? In den *Weltgeschichtlichen Betrachtungen* schreibt Jacob Burckhardt: „Sprichwörtlich heißt es: ‚Kein Mensch ist unersetzlich.‘ – Aber die wenigen, die es eben doch sind, sind groß.“ War David Ben Gurion demnach ein „Großer“ der Geschichte? Nach dem Abschluss des vorliegenden Buchs hat man darauf keine Antwort.

Dennoch lohnt die Lektüre. Die Biographie bietet tiefe Einblicke in die Persönlichkeit des israelischen Staatsgründers und analysiert die Probleme, die den jüdischen Staat auch heute, siebzig Jahre nach seiner Gründung, noch umtreiben.

Am 28. August 2018 hielt der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković eine Grundsatzrede in der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Kroatien und der Zukunft der Europäischen Union, in der er nach fünf Jahren Mitgliedschaft in der Europäischen Union Bilanz zog und einen Ausblick auf künftige Aufgaben und Ziele gab. Die weitere Perspektive für den westlichen Balkan stand auch im Zentrum der von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Nationalrat Österreichs initiierten *Interparlamentarischen Westbalkankonferenz* am 9. Oktober 2018 in Wien.

Am 21./22. September 2018 hat unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Julia Klöckner der Kommunalkongress der Konrad-Adenauer-Stiftung stattgefunden, bei dem rund 200 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Deutschland, Luxemburg und Frankreich über die Bedeutung der Lokalpolitik für die Zukunft Europas und die Rolle Europas für das Ehrenamt diskutierten.

Am „Tag der KAS“, der am 27. September 2018 von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet wurde, feierte auch die neue Veranstaltungsreihe *Standpunkt. Das neue Debattenforum der Konrad-Adenauer-Stiftung* Premiere. In einem Gespräch

thematisierten der italienische Philosoph Angelo Bolaffi und Norbert Lammert die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen der Demokratie. Das Debattenforum wird im ersten Halbjahr 2019 fortgesetzt.

Am 8. Oktober 2018 wurde der *Preis Soziale Marktwirtschaft* im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin verliehen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hielt in diesem Rahmen eine wirtschaftspolitische Grundsatzrede. Die Laudatio auf den Preisträger, Ralph Dommermuth, hielt die neue Juryvorsitzende Hildegard Müller.

Bei der jährlichen Europa-Rede am 9. November erörterte der Präsident des Europäischen Gerichtshofs, Koen Lenaerts, die aktuelle Lage Europas mit Blick auf die rechtliche Stellung der Mitgliedstaaten.

Einen Beitrag für das Erreichen neuer Zielgruppen leistete das innovative *PopUpLab* in der Mitte Berlins. Für den Zeitraum von knapp zwei Monaten wurden ab dem 12. November 2018 in einem angemieteten Ladenlokal Veranstaltungen wie Filmabende, Fishbowl-Diskussionen und Mittagsgespräche, aber auch Seminare und Konferenzen durchgeführt.

Mit Blick auf die Arbeit der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zur Künstlichen Intelligenz (KI) und im Vorfeld der Kabinettsklausur der Bundesregierung am 14./15. November 2018 zu diesem Schwerpunkt veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung Publikationen zur KI mit Blick auf wirtschaftliche Potenziale sowie gesellschaftliche, medienpolitische und ethische Fragen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel führte am 21. November 2018 mit einer Rede in die Veranstaltung *Parlamentarismus im Spannungsverhältnis von Globalisierung und nationaler Souveränität* ein. Anschließend diskutierten aktive und ehemalige Parlamentspräsidenten aus wichtigen europäischen Partnerländern über die gegenwärtigen Herausforderungen für nationale Parlamente.

Verantwortung und Engagement für das Gemeinwohl und deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt standen im Mittelpunkt des 9. Demokratiekongresses, der am 22. November 2018 zum Thema *Helden des Alltags – Alltag der Helden* in Dresden stattfand. Mitwirkende waren neben Ministerpräsident Michael Kretschmer zahlreiche Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftspolitischen Engagements.

Die traditionelle *Berliner Rechtspolitische Konferenz* fand am 29. und 30. November 2018 statt und stand unter dem Titel *Verfassungsstaat im Wandel – Herausforderungen für das Grundgesetz nach 70 Jahren*. Den Festvortrag über die Rolle des Bundesverfassungsgerichts hielt dessen Präsident Andreas Voßkuhle.

Anlässlich des Jubiläums *100 Jahre Frauenwahlrecht* widmete sich am 14. Januar 2019 eine Veranstaltung dem Thema Frauenpolitik. Dabei beleuchteten führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das bisher Erreichte in der Frauenpolitik und diskutierten über Ansätze für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen im nationalen und internationalen Kontext.

Zusammengestellt vom Vorstandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2019
zum Thema

Ordnung

— Gut verfasst?

Mit Beiträgen unter anderen von **Annegret Kramp-Karrenbauer**,
Dieter Grimm und **Adolf Muschg**.

IMPRESSUM

Nr. 554, Januar/Februar 2019, 64. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

*Einem Teil dieser Auflage liegt das
Jahresinhaltsverzeichnis 2018 bei.*

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stano Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



HIP UND EUROPÄISCH

Mode als plakatives, politisches Bekenntnis

„Die Europäische Union, einst als öder Verwaltungsapparat verschrien, wirkt plötzlich wie eine verlorene Utopie“, schreibt „monopol“, das Berliner „Magazin für Kunst und Leben“. Populismus und Nationalismus haben auch in der Kunst- und Kreativszene Besorgnis ausgelöst. Seitdem sind etwa Kapuzenpullis mit den EU-Sternen – hier die „EUnify Hoodies“-Kollektion – zu einem modischen Trend geworden, der sich über die sozialen Medien erstaunlich schnell verbreitet.

„Die Jugend muss Europa cool finden!“, fordert David Mallon, Creative Director des Labels, das die Hoodies gestaltet hat.

Euroscarf, ein Charity-Projekt, das vor allem Schals zu pro-europäischen Modestatementen entwirft, verweist auf seiner Website darauf, „wie existenziell und wichtig die Europäische Idee ist“. Es müsse „wieder klar werden, dass ein Aufwachen in Frieden, Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich ist und man sich für den Erhalt dieser Errungenschaften einsetzen muss“.

Beredete Politiker hätten es nicht anders formuliert. Umso besser, wenn sich diese Botschaft ohne ihr Zutun in den stilprägenden Subkulturen des Kontinents verbreitet.

Foto: © Søren Drastrup, Berlin



